Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

23 (1.5.1946)

Visual Library

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise 3mal v. 3chentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang — Karlsruhe, Mittwoch, 1. Mai 1946 — Nummer 23

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Amerikanischer Entwurf eines Viermächte-Vertrages

zur Entmilitarisierung Deutschlands

Ein 25-Jahre-Plan — Bildung einer Kontrollkommission vorgesehen — Frankreich einverstanden mit Diskussion — Rußland für Vertagung

Paris, 30. April. (DANA) Der britische Rundfunk meldet: Am Montag Abend überreichte der amerikanische Außenminister Byrnes der Außenministerkonferenz den amerikanischen Entwurf für den Viermächtevertrag mit Deutschland zur Entmilitarisierung Deutschlands.

Der Entwurf umfaßt einen auf 25 Jahre berechneten Plan, um deutsche Angriffe ein für allemal auszuschalten. Darin ist vorgesehen, daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Frankreich alle Maßnahmen ergreifen, damit die gesamten deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte, ferner die SA, die Gestapo und alle halbmilitärischen Gliederungen entwaffnet, demobilisiert und aufgelöst bleiben. Ebenso bleibt der deutsche Generalstab für dauern aufgelöst.

In Deutschland wird nach dem amerikanischen Entwurf keinerlei militärische Organisation zugelassen. Deutschland darf keinerlei Waffen, Munition, militärische Ausrüstung, Kriegsschiffe, Flugzeuge oder zur Herstellung von Atombomben verwendbares Material erzeugen oder einführen. Deutschland darf weder Land- noch Küstenbefestigungen, ebensowenig Flottenstützpunkte oder irgendwelche militärischen Anlagen besitzen.

Der Entwurf gestattet jedoch die Bildung einer deutschen Polizei und deren Ausrüstung mit eingeführten Handfeuerwaffen. Die Einfuhr von Sprengmitteln für den Bergbau und weitere nichtmilitärische Zwecke ist ebenfalls erlaubt.

Die vier Mächte werden eine Kontrollkommission errichten, die sich nach Beendigung der Alliierten Besetzung jederzeit überzeugen kann, ob die Entwaffnungsbestimmungen und die Verordnungen zur Entmilitarisierung des Landes auf Grund des Friedensvertrages eingehalten werden. Um eine Verletzung dieser Bestimmungen zu vermeiden, werden die Regierungen der vier Großmächte nötigenfalls sofort Maßnahmen ergreifen, einschließlich des Einsatzes von Luft-, See- und Landstreitkräften, und dem Weltsicherheitsrat sogleich über ihr Vorgehen Bericht erstatten.

Der amerikanische Außenminister Byrnes teilte auf der Montag-Sitzung der Pariser Außenministerkonferenz mit, er habe anläßlich seines Besuches in Moskau im Dezember vergangenen Jahres Generalissimus Stalin die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten versichert, bei der Entwaffnung Deutschlands während der nächsten 25 Jahre mitzuarbeiten. Byrnes erklärte ferner, der amerikanische Entwurf für den Friedensvertrag mit Deutschland sei im Febr[illegible] den Regierungen von Großbritannien, der Sowjetunion und Frankreich übermittelt worden. Großbritannien sei grundsätzlich das Recht zur weiteren Erörterung der Bestimmungen vorbehalten. Frankreich habe sich grundsätzlich einverstanden erklärt. Die sowjetische Regierung hätte mitgeteilt, daß sie zwar gewisse Einwände habe, jedoch bereit sei, den amerikanischen Entwurf über den Friedensvertrag mit Deutschland zu erörtern.

Der amerikanische Außenminister gab ferner bekannt, daß den Alliierten Regierungen ein amerikanischer Entwurf für den Friedensvertrag mit Japan zugeleitet worden sei. Die Friedensverträge mit Deutschland und Japan werden unabhängig von den Friedensverträgen mit den anderen ehemals kriegführenden Staaten behandelt werden.

Von französischer Seite war der Vorschlag gemacht worden, daß die Frage der deutschen Westgrenzen und vor allem die Zukunft des Ruhr- und Saargebietes auf der Außenministerkonferenz diskutiert werden solle. — Außenminister Byrnes erklärte dazu, daß der von ihm vorgeschlagene Vertrag Frankreich die Sicherheit gäbe, die es wünsche, wenn auch

nicht in der Form einer Abtrennung des Ruhrgebietes

und des linken Rheinufers von Deutschland.

Der französische Außenminister Bidault erklärte sich damit einverstanden, daß eine Diskussion des Vorschlags auf die Tagesordnung gesetzt werde. Ebenso stimmte der englische Außenminister Bevin zu.

Der sowjetische Außenminister Molotow machte gewisse Einwendungen. Er schlug die Bildung einer Kommission zur Ueberwachung der deutschen Rüstung vor und sprach sich für eine Verschiebung der Diskussion eines Friedensvertrags mit Deutschland aus.

Die Frage konnte während der Montag-Sitzung nicht entschieden werden. Sie wurde für die Dienstag-Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Text der Präambel des vom amerikanischen Außenminister Byrnes der Außenministerkonferenz vorgelegten Friedensvertrags wird von UP wie folgt wiedergegeben:

„Am 5. Juni 1945 haben die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritannien und der französischen Republik ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, die vollständige Entwaffnung und Demobilisierung Deutschlands durchzuführen. Diese Absicht ist bereits in beträchtlichem Umfang durchgeführt worden. Nichts soll die vollständige Durchführung dieser Aufgabe verhindern oder verzögern. Es bleibt noch sicherzustellen, daß die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands so lange in Kraft bleibt, wie es der Friede und die Sicherheit der Welt erfordert.

a) Alle bewaffneten Streitkräfte, einschließlich der Land-, Luftabwehr- und Marinestreitkräfte, alle militärischen Organisationen wie SS, SA und Gestapo und alle Hilfsorganisationen der vorgenannten Kräfte sollen vollständig entwaffnet, demobilisiert und aufgelöst werden und bleiben.

b) Der deutsche Generalstab und die Stäbe aller paramilitärischen Organisationen werden aufgelöst und bleiben aufgelöst. Keine deutsche militärische oder paramilitärische Organisation wird in irgend einer Form erlaubt sein.

Nur wenn sie diese Sicherheit haben, werden die Nationen Europas und der ganzen Welt es sich erlauben können, gänzlich und ausschließlich zu den Gewohnheiten des Friedens zurückzukehren. Um diese zu erreichen, kommen die Regierung der Vereinigten Staaten, des Vereinten Königreichs und der französischen Republik überein, sich auf ein in diesem Vertrag definiertes gemeinsames Vorgehen zu verpflichten.

Artikel I

Die vertragsschließenden Mächte kommen überein, sicherzustellen, daß

1. alle bewaffneten deutschen Land-, Luft- und Seestreitkräfte, alle halbmilitärischen Organisationen, die SA, SS, Gestapo und Gliederungen entwaffnet, demobilisiert und aufgelöst werden und bleiben;

2. der deutsche Generalstab und Stäbe von halbmilitärischen Organisationen aufgelöst werden und bleiben;

3. keine militärische oder halbmilitärische Organisation in irgendeiner Form oder Tarnung in Deutschland erlaubt wird;

4. Herstellung oder Einfuhr von militärischen Ausrüstungsgegenständen verhindert werden soll.

Die Vertragsschließenden werden insbesondere die Herstellung und Einfuhr von Waffen, Munition und militärischen Ausrüstungsgegenständen sowie die Haltung von militärischen Magazinen verhindern. Deutschland darf kein Material erzeugen, das sich zur Atomzertrümmerung eignet, ausgenommen unter Bedingungen, die von den Vertragsschließenden besonders festgelegt werden. Bau von Kriegsschiffen aller Klassen, sowie von Unterseebooten und Flugzeugen, Herstellung und Entwurf von Kriegsgerät und Ausrüstungen für Luftverteidigungszwecke sind ebenfalls verboten.

5. Errichtung und Gebrauch für militärische Zwecke folgender Einrichtungen verhindert werden soll:

a) aller militärischen Bauten, Anlagen und Einrichtungen einschließlich, aber nicht begrenzt auf Militärflugfelder, Flugzeug- und Marinestützpunkte, Militär- und Marinemagazine, dauernde oder vorübergehende Küstenbefestigungen, Festungen und andere befestigte Gebiete.

b) aller Fabriken, Betriebsanlagen, Docks, Forschungsanstalten, Laboratorien, Versuchsstationen, sowie technischer Daten, Modelle, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen, die zum Zweck der Herstellung oder des Gebrauchs der in Punkt 4 genannten Gegenstände gemacht werden.

6. Unter Bedingungen, die von den vertragsschließenden Mächten festgelegt werden, sollen bei der Entmilitarisierung und Entwaffnung nur folgende Ausnahmen gemacht werden:

a) Aufstellung und Verwendung so vieler Abteilungen der deutschen Zivilpolizei und ihre Ausrüstung mit solchen Typen und Mengen von importierten Kleinwaffen, wie sie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendig sind.

b) Einfuhr geringer Mengen von Materialien wie Sprengmitteln oder Bestandteile von Sprengstoffen, die für Zwecke des Ausbaus, des Bergbaus, der Landwirtschaft oder für andere friedliche Zwecke benötigt werden.

Artikel II

In Ergänzung der in Artikel I festgesetzten Bestimmungen zur Entwaffnung und Entmilitarisierung kommen die hohen vertragsschließenden Mächte überein, ein Ueberwachungssystem der vier Mächte einzurichten, das bei Beendigung der alliierten Besetzung Deutschlands wirksam werden soll. Dieses Ueberwachungssystem soll durch eine Kontrollkommission geleitet werden, die von den hohen vertragsschließenden Mächten auf der Grundlage der Teilnahme der vier Mächte ernannt werden soll. Diese Kontrollkommission soll durch ihre Offiziere und Beamten in allen Teilen des deutschen Gebietes solche Ueberwachungsmaßnahmen durchführen und Untersuchungen anstellen, wie sie zur Beurteilung, ob alle in Artikel I festgesetzten Bestimmungen zur Entwaffnung und Entmilitarisierung beachtet werden, erforderlich erscheinen.

Artikel III

Die hohen vertragsschließenden Mächte kommen überein, daß sie für die Dauer der alliierten Besetzung Deutschlands durch den Alliierten Kontrollrat in ihren jeweiligen Zonen alle Maßnahmen zur Entwaffnung und Entmilitarisierung, die in Artikel I festgelegt sind, streng durchführen werden. Sie kommen weiter überein, daß die ausdrückliche Annahme der in Artikel I und II festgelegten Maßnahmen durch Deutschland eine unerläßliche Bedingung für die Beendigung der alliierten Besetzung deutschen Gebietes ist.

Artikel IV

Die in Artikel II festgelegte Kontrollkommission soll die hohen vertragsschließenden Mächte und den Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Ergebnisse ihrer Ueberwachungsmaßnahmen und Untersuchungen unterrichten, die in diesem Artikel genehmigt sind. Die Kontrollkommission soll den hohen vertragsschließenden Mächten jeweils dann Bericht erstatten, wenn sie nach Auffassung der Mehrheit der Kommissionsmitglieder der Ueberzeugung ist, daß die in Artikel I festgesetzten Bestimmung zur Entwaffnung und Entmilitarisierung verletzt wurden oder mit der Möglichkeit ihrer Uebertretung unmittelbar zu rechnen ist. Die Kommission kann daneben jede ihr nützlich erscheinende Empfehlung zur Einleitung von entsprechenden Maßnahmen seitens der hohen vertragsschließenden Mächte einreichen, die nach Ansicht der Mehrheit der Kommissionsmitglieder zur Anwendung geeignet sind. Die hohen vertragsschließenden Mächte werden nach Erhalt eines solchen Berichtes oder solcher Empfehlungen durch gemeinsames Uebereinkommen sofortige Maßnahmen ergreifen, einschließlich der Verwendung von Luft-, See- oder Landstreitkräften, die erforderlich erscheinen, um solche Verletzungen oder versuchte Uebertretungen der Bestimmungen sofort abzuwenden oder zu verhindern. Die hohen vertragsschließenden Mächte haben unmittelbar darauf dem Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen über die ergriffenen oder noch anzuwendenden Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Die hohen vertragsschließenden Mächte sind übereingekommen, daß sie innerhalb von sechs Monaten nach dem In[illegible]treten des Vertrages Verhandlungen aufnehmen werden, um über besondere Vereinbarungen zwischen den vier Mächten zu verhandeln, die die bestmöglichsten Voraussetzungen für die Ueberwachung, Ueberprüfung und Untersuchung der Anzahl und der Art der Streitkräfte, die jede der Mächte zur Durchführung dieses Vertrages zur Verfügung zu stellen hat, sowie deren Grad der Bereitschaft und ihres allgemeinen Standortes, der Art ihrer Aufgaben und der Unterstützung, die sie zu leisten haben, schaffen sollen. Diese besonderen Vereinbarungen unterliegen der Ratifizierung durch die hohen vertragsschließenden Mächte entsprechend ihrer jeweiligen verfassungsmäßigen Durchführung.

Artikel V

Dieser Vertrag soll von den hohen vertragsschließenden Mächten entsprechend ihrem jeweiligen verfassungsmäßigen Vorgehen ratifiziert werden. Die Ratifikationen sollen bei der Regierung von ..... hinterlegt werden, welche die hohen vertragsschließenden Mächte unterrichten wird. Dieser Vertrag wird nach der Vorlage der Ratifikationen aller hohen vertragsschließenden Mächte in Kraft treten. Dieser Vertrag wird 25 Jahre vom Tage seines Inkrafttretens gültig bleiben. Die hohen vertragsschließenden Mächte kommen überein, sechs Monate vor Erlöschen dieses Vertrages Fühlung miteinander aufzunehmen, um zu entscheiden, ob im Interesse des Friedens und der Sicherheit eine Erneuerung dieses Vertrages mit oder ohne Abänderung notwendig ist, oder ob das deutsche Volk im Wiederaufbau seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage soweit fortgeschritten ist, daß die Aufrechterhaltung der in diesem Vertrag festgesetzten Kontrolle nicht länger notwendig ist.

Byrnes schlägt 25jährigen Beistandspakt vor

Paris, 30. April. (DANA) Der amerikanische Außenminister Byrnes erklärte in Paris in einer Pressekonferenz am Dienstag, er habe einen 25jährigen Beistandspakt zwischen Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten vorgeschlagen, die die völlige Entwaffnung Deutschlands auch nach der Beendigung der alliierten Besetzung garantieren solle.

Der amerikanische Entwurf für den Friedensvertrag mit Deutschland, sagte Byrnes, biete die Gewähr für eine vollkommene Entmilitarisierung Deutschlands während der nächsten 25 Jahre und gebe den alliierten Großmächten das Recht, die Durchführung der Friedensbestimmungen zu überwachen. Etwaige Verletzungen dieser Bestimmungen würden sogleich dem Weltsicherheitsrat übermittelt, der daraufhin entsprechende militärische Maßnahmen ergreifen könne.

Der amerikanische Außenminister fügte hinzu, er habe darum ersucht, den amerikanischen Entwurf auf die Tagesordnung der Außenministerkonferenz zu setzen, obgleich diese ursprünglich nur die Friedensverträge mit Italien und anderen ehemaligen Verbündeten Deutschlands erörtern sollte.

Abschließend betonte Byrnes, er glaube, daß die Sicherheit der Welt in erster Linie von einem befriedeten Deutschland abhänge. Die Außenministerkonferenz sollte daher dieses Problem behandeln.

Der amerikanische Außenminister Byrnes gab auf der Pressekonferenz weiter bekannt, daß er den Friedens-Entwurf im vollen Einverständnis mit Präsident Truman vorgelegt habe.

Günstige Aufnahme in Paris

Paris, 30. April. (DANA) Die Nachricht von der Vorlage des Entwurfes zu einem Friedensvertrag mit Deutschland durch den amerikanischen Außenminister Byrnes beherrschte am Dienstag die Schlagzeilen der Pariser Presse. Die Kommentare zu diesem Schritt, den — wie es in einigen Blättern heißt — Frankreich schon lange gefordert hat, sind durchweg günstig.

Streicher war „immer dagegen"

Aber der „Stürmer" entlarvt ihn — Gelder aus jüdischem Besitz für Parteischule — Angebliche „Weihnachtsdiners" für KZ-Häftlinge

Nürnberg, 30. April. (DANA) In der Montag-Sitzung machte der Angeklagte Streicher seine Aussagen als Zeuge in eigener Sache. Er erklärte, daß der „Stürmer" keine aufhetzende, sondern nur aufklärende Wirkung hätte haben sollen und lehnte die Verantwortung für die Judenverfolgungen ab, indem er sie auf seinen Mitangeklagten Rosenberg abwälzte. Zu den Judenpogromen im Jahre 1938 erklärte Streicher, daß er dagegen gewesen sei. Er gab jedoch zu, am 10. November 1938 in einer Rede erklärt zu haben, „man solle doch mit den Juden nicht so viel Mitleid haben". Die in Franken durchgeführten „Arisierungen jüdischen Besitzes" habe er, so sagte Streicher weiter aus, einem gewissen „Parteigenossen Holz" übertragen, der die auf diese Weise „erworbenen" Geldmittel zum Aufbau einer Parteischule verwenden sollte. Er habe jedoch weder gewollt, noch geglaubt, daß die von Holz vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich durchgeführt würden.

Der britische Ankläger erinnerte Streicher zunächst an seine Aussage, derzufolge die Hauptsynagoge von Nürnberg „nur aus stilistischen Gründen" abgetragen wurde. Oberst Jones: „In der „Fränkischen Tageszeitung" vom 11. August 1938 steht, daß Sie in einer eineinhalbstündigen Rede das Abreißen der Synagoge einleiteten. Sprachen Sie dabei nur über bauliche Schönheiten und nicht gegen die Juden, wollen Sie uns das einreden?"

Streicher: „Selbstverständlich".

Oberst Jones: „Heute vormittag sagten Sie, daß Sie gegen das Judenpogrom vom November 1938 gewesen seien. In ihrer Rede am 10. November rügten Sie diejenigen Leute in Deutschland, die noch Mitleid mit den Juden hatten. War dies Ihre Einstellung gegen das Judenpogrom?"

Streicher: „Ich war gezwungen, zu sagen, sie sollten nicht zu viel Mitleid haben mit den Juden. Dies spricht für mich. Das Volk war dagegen, wie ich auch. Ich wollte dem Volk nur sagen, daß man diese Dinge nicht zu ernst nehmen sollte."

Oberst Jones: „Sie waren gegen die Demonstrationen und wollten die Leute aufhetzen?"

Streicher: „Man muß sich in diese Zeit hineindenken, in dieses Durcheinander. Was gesprochen wurde, geschah aus taktischen Gründen."

Im weiteren Verlaufe des Verhörs mußte Streicher zugeben, vor 1933 wegen verleumderischer Artikel im „Stürmer" mehrfach zu Gefängnisstrafen verurteilt worden zu sein.

„Nur" Tausende von Juden

In dem sich daran anschließenden Kreuzverhör des britischen Anklägers Oberst Griffith Jones versuchte Streicher immer wieder, sich durch Wortklaubereien auf der Affäre zu ziehen. So erklärte er angesichts einer Januar-Nummer des „Stürmers" aus dem Jahre 1938, in der es heißt, daß die Judenfrage erst gelöst sei, nachdem das Weltjudentum vernichtet wäre." Es kommt darauf an, wie man das Wort Vernichtung auffaßt.

Mein Chefredakteur, der diesen Artikel schrieb, mag gemeint haben, man müsse die Macht der Juden brechen. Als Oberst Jones dem Angeklagten beweisen wollte, daß er entgegen seiner früheren Aussage sehr wohl von der Massenausrottung der Juden gewußt habe und ihn auf einige Ausgaben des „Schweizer israelitischen Wochenblattes", das Streicher seinen eigenen Angaben zufolge seit 1933 abonniert hatte, hinwies, erwiderte der Angeklagte, daß in diesen Angaben ja schließlich nur von Tausenden von Juden, die zu beklagen seien, gesprochen würde, was die Umbringung von Millionen nicht beweise.

Streicher gab auf eine Frage seines Verteidigers Dr. Marx an, das Konzentrationslager Dachau im ganzen ungefähr viermal besucht zu haben.

Dr. Marx: „Es wird behauptet, daß nach jedem Ihrer Besuche in Dachau ein Jude verschwunden ist."

Streicher: „Das weiß ich nicht, ob Juden verschwunden sind." Streicher begründete seine Besuche in Dachau damit, daß er sich jedesmal sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre aus Franken habe „vorstellen" lassen, von denen er 20 aussuchte, um sie jedes Jahr zu Weihnachten per Autobus in das Hotel „Deutscher Hof" in Nürnberg zu bringen. Dort habe er mit diesen Funktionären und ihren Familien an einem Essen teilgenommen.

Als Dr. Marx fragte, warum sich seit dem 1. September 1939 die Judenverfolgungen verschärft hätten, antwortete der ehemalige Frankenführer: „Diese Frage könnte nur der Führer beantworten."

Nach Beendigung des Kreuzverhörs wurde der ehemalige Chauffeur des Angeklagten als Entlastungszeuge aufgerufen. Der Zeuge erklärte lediglich, daß Streicher seiner Ansicht nach von den im Osten vorgenommenen Judenverfolgungen und den Zuständen in den KZs nichts gewußt habe. Die Judenpogrome im November 1938 hätten Streicher sehr überrascht.

Die edelmütige Gattin

Als nächster Entlastungszeuge wurde die Ehefrau des Angeklagten, Frau Adele Streicher, geb. Tappe, aufgerufen. Mit leiser Stimme erklärte sie, sie sei von 1940 bis zum Ende des Krieges Sekretärin des Angeklagten gewesen und habe seine gesamte Korrespondenz erledigt.

In diesen Jahren habe Streicher völlig zurückgezogen auf seinem Hof gelebt, erklärte Frau Streicher weiter, und nur hin und wieder habe er Artikel für den „Stürmer" geschrieben. Sämtlichen Parteigenossen sei das Betreten des Pleikertshofes verboten gewesen. Im Verlauf ihrer Aussage stellte sich jedoch heraus, daß sowohl Goebbels als auch Ley den Angeklagten 1944 besuchten und ihn aufforderten, „wieder in den Kreis der alten Parteigenossen zurückzukehren." Von der Vernichtung der Juden habe Streicher, wie seine Frau erklärte, erst 1945 aus Schweizer Zeitungen erfahren.

Auf die Frage des Anwaltes, wie es zu der Eheschließung der Zeugin mit dem Angeklagten Streicher, die im April 1945 stattfand, gekommen sei, erklärte Frau Streicher: „Julius Streicher wollte am Kampf teilnehmen und ich wollte ihn begleiten. Er gab mir seinen Namen, da wir zusammen

Fortsetzung auf Seite 2

DANA funkt:

Aus aller Welt

New York. Der griechische Ministerpräsident Constantin Tsaldaris erklärte nach einer Meldung von Radio London am Sonntag abend, daß sein Land auf Reparationszahlungen von Deutschland, Italien und Bulgarien bestehen werde. (INS)

New York. Norwegen beabsichtigt nach einer Meldung der „New York-Times" noch etwa 30 000 dort verbliebene Deutsche bis Juni, wenn Schiffsraum zur Verfügung steht, abzutransportieren. In den nächsten Tagen werden 2800 Österreicher in ihre Heimat befördert werden.

London. Die Premierminister der britischen Dominion behandelten in ihrer Dienstag-Sitzung in erweitertem Maße das Problem der Verteidigungen des britischen Empire. Nach den kürzlich erörterten Fragen der Pazifik-Verteidigung wurden in erster Linie Probleme des Mittelmeergebietes besprochen.

Paris. Radio Paris meldet: Zwischen Frankreich und Großbritannien ist heute ein Finanzabkommen unterzeichnet worden, nach dem das gegenwärtig gültige System der Rückzahlung der französischen Sterlingschuld bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert wird. Außerdem werden in dem Vertrag Methoden für die Tilgung der durch die laufenden britischen Lieferungen an Frankreich entstehenden finanziellen Verpflichtungen festgelegt.

Paris. In ihrer vierten und längsten Konferenz hörten die Minister vier verschiedene Vorschläge über das Problem der italienischen Kolonien. Es gelang ihnen nicht, ein Uebereinkommen zu treffen. Die weitere Behandlung der Frage wurde auf Dienstag vertagt.

Prag. Die Wahlen zur tschechischen Gesetzgebenden Versammlung finden nach einer Anordnung der tschechischen Regierung am 26. Mai statt.

Prag. Der Prozeß gegen zwei frühere Ministerpräsidenten von Böhmen und Mähren, Dr. Kaitschi und Richard Bienert, sowie gegen weitere fünf Regierungsmitglieder des ehemaligen Protektorats begann am Montag.

Moskau. Der albanische Ministerpräsident, Generaloberst Enver Hodja, richtete nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur an die Pariser Außenministerkonferenz einen Brief, worin er um die Teilnahme Albaniens an den Besprechungen über den Friedensvertrag mit Italien ersucht. Durch seinen Kampf und seine Opfer, heißt es darin, habe Albanien sich das Recht erworben. Ansprüche gegenüber Italien und Deutschland zu stellen.

Teheran. In den Verhandlungen zwischen der persischen Regierung und Vertretern von Aserbeidschan, der nördlichen Provinz von Persien, die eine autonome Regierung hat, wurde, wie BBC meldet, ein völliges Einvernehmen erzielt. Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Kairo. Der britische Botschafter unterzeichnete am Montag im ägyptischen Außenministerium ein anglo-ägyptisches Luftfahrtabkommen. Das Abkommen sieht einen Flugdienst zwischen Großbritannien und Aegypten, sowie zwischen Aegypten und dem Mittelosten vor, den die britische Ueberseeflug-Gesellschaft und eine ägyptische Flugzeuggesellschaft gemeinsam betreiben werden.

Johannesburg. Südafrika kann auf unbestimmte Zeit, so erklärten führende Beamte im Zusammenhang mit den neuen Goldfunden im Oranje-Freistaat, jährlich einhunderttausend europäische Auswanderer aufnehmen. (AP)

Tokio. Der Hauptprozeß gegen Japaner, die unter dem Verdacht stehen, Kriegsverbrechen begangen zu haben, beginnt am Freitag in Tokio mit der Verhandlung gegen den früheren General Tojo.

Peiping. Wie die chinesische Zentral-Nachrichtenagentur meldet, wurde Oberstleutnant G. C. Humphrey, ein Mitglied der amerikanischen Waffenstillstandskommission in China, während einer Inspektionsreise angeschossen und leicht am rechten Arm verletzt. (AP)

Letzte Neuigkeiten

Washington, 1. Mai. (DANA) Das amerikanische Landwirtschaftsministerium stellt in einem Bericht vom 29. d. Mts. fest, daß es mindestens 5 Jahre dauern werde, bis die Ernährungslage in Europa wieder ihren normalen Stand erreicht habe. Präsident Truman hielt gestern in Washington eine neue Konferenz über die Weiternährungslage mit dem Landwirtschaftsminister Anderson, dem stellvertretenden Außenminister Acheson und dem Kriegsminister Patterson.

Paris, 1. Mai. (AP) Senator Arthur Vandenberg erklärte am Dienstag, daß er, wenn die vier Großmächte den Entwurf des amerikanischen Außenministers Byrnes zu einem Vertrag mit Deutschland annehmen, denselben im Senat unterstützen würde.

Paris, 1. Mai (AP). Die in Paris tagenden Außenminister beschlossen, die Frage der italienisch-jugoslawischen Grenzen und den künftigen Status von Triest zu erörtern. Alle anderen noch zu klärenden Fragen des Friedensvertrages mit Italien sollen auf spätere Sitzungen verschoben werden. Inzwischen hat die alliierte Kommission, die kürzlich die Verhältnisse im italienisch-jugoslawischen Grenzgebiet untersucht hat, ihren Bericht fertiggestellt. Der Bericht wurde allen Außenministern zugestellt.

Keine Einigung in China

Tschungking, 30. April (AP). Die Versuche des amerikanischen Sonderbeauftragten in China, General Marshall, zur Beendigung der Kämpfe in der Mandschurei ein Uebereinkommen zwischen der chinesischen Nationalregierung und Vertretern der kommunistischen Streitkräfte zu erreichen, sind am Montag gescheitert. Die Nationalregierung lehnte den Vorschlag Marshalls zu einem Waffenstillstand ab. Die Kommunisten fordern auf Grund ihrer militärischen Erfolge günstigere Bedingungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

1. Mai der 4 Freiheiten

Von Walter Schwerdtfeger

Nach mehr als einem Dezennium der Freiheitsberaubung und der brutalsten Gewalt feiert das deutsche Volk der Schaffenden wieder einen 1. Mai der Freiheit, damit bewußt einer der vier Freiheiten sich erfreuend, die Franklin D. Roosevelt verkündete.

Vier Freiheiten sind es, die Freiheit von Furcht, die Freiheit von Not, die Freiheit der Rede und die Meinungsfreiheit, zusammenzufassen unter dem von Chesterton formulierten Wort, daß Freiheit Menschenwürde ist. Sie, die im Hitler-Deutschland unvorstellbar geschändet wurde, ist dem neuen Deutschland wiedergegeben, sie zu wahren, sie durch unsere Haltung zu beweisen, muß uns höchste Verpflichtung einem heiligen Vermächtnis gegenüber sein.

Die Freiheit von Furcht. Daß sie uns wiedergeschenkt ist, tritt vielleicht am augenfälligsten in die Erscheinung. Nicht mehr rast in Gestalt von Vögeln mit eisernen Schwingen der von Hitler entfesselte Kriegstod über das Land. Befreit sind unsere Herzen von der Furcht um das Leben unserer Lieben, von der zitternden Bangnis, auch noch das Letzte zu verlieren. Frei sind wir wieder von der Furcht, um eines wahren Wortes, um einer mannhaften Tat willen auf Monate, auf Jahre in die Zuchthäuser, die Konzentrationslager des Dritten Reiches geworfen zu werden oder auf dem Schaffot oder am Galgen unser Leben qualvoll zu enden. Frei und ohne Furcht erlebt und feiert auch der Deutsche heute wieder den Weltfeiertag 1. Mai.

Die intellektuelle Freiheit kann nur in ihrer Aeußerung unterdrückt, die äußere Freiheit aber restlos genommen werden durch die Gewalt, die nicht nach Recht und Menschenwürde fragt, durch den Fanatismus, der stets einseitig ist. Behauptung der Freiheit, ist Kampf gegen Fanatismus, der auch heute schon wieder sein Banner der Unduldsamkeit erhebt, der auch heute schon wieder zwingen will. Deutschland als Nation ist — infolge des totalen Zusammenbruchs — noch unfrei, aber die Tore in die Freiheit sind ihm weit geöffnet. Es liegt an uns, zu beweisen, daß wir würdig sind, sie zu durchschreiten. Der Beweis kann nur erbracht werden durch Wiedergutmachung, so weit sie nun in unseren Kräften liegt, durch strenge Befolgung und aufrichtige Verfechtung der Gebote der Demokratie. Das setzt voraus den entschlossensten Kampf gegen jeden Versuch — von welcher Seite er immer kommt — durch Fanatismus und Unduldsamkeit die junge deutsche Demokratie zu vernichten und eine neue — sei es auch demokratisch getarnte — Diktatur aufzurichten.

Menschen kommen mit den verschiedensten Anlagen auf die Welt, sie entwickeln sich unter dem Einfluß des Milieus, in dem der Einzelne aufwächst, nach der Erziehung, die ihm zuteil wird. An diesem 1. Mai der wiedererlangten Freiheit sei es uns Gelöbnis, den Kommenden eine Umwelt zu schaffen, die keine Klassenunterschiede, keine wesentlichen materiellen und gesellschaftlichen Niveauverschiedenheiten mehr kennt, der Erziehung ein Gut an Gedanken und Geschaffenem zu übermitteln, das in Wort und Beispiel die Entwicklung einer Jugend gewährleistet, der Abscheu gegen die Gewalt, gegen Fanatismus, Intoleranz, gegen Unhumanität in Fleisch und Blut übergegangen ist, der Objektivität. Achtung vor der Ueberzeugung der anderen und Fairneß im Denken und Handeln Selbstverständlichkeiten sind. Diese Umwelt muß sein eine solche der Freiheit von Not.

Noch sind wir in Not. In jener Not, die der Hitler-Krieg in die Welt brachte und die auf uns zurückgefallen ist. Es ist menschlich verständlich, aber töricht, über diese Not zu klagen. Sinn hat nur die Bekämpfung und Beseitigung dieser Not durch unermüdliche Arbeit; auch hierzu ruft der 1. Mai auf.

Wir stehen mit dieser Arbeit nicht allein, die Welt ist hilfsbereit, wie sie ihre Hilfsbereitschaft in bewundernswerter Weise bereits der Lebensmittelnot gegenüber beweist. Zeigen wir durch unsere Arbeit, daß sie ausschließlich aufbauend, auf Ziele des Friedens gerichtet ist, so wird sie die Unterstützung der Welt finden. Es muß sein eine einige Arbeit, in Planung von oben, mit Unterrichtung und Mitbestimmung der Schaffenden, eine wahrhaft soziale Arbeit, um zu erreichen die Freiheit von Not.

Doch nicht nur die materielle, auch die geistige Freiheit von Not muß erstrebt und erreicht werden. Auch hier soll der 1. Mai 1946 der Anbruch eines neuen Morgens sein. Die Freiheit der Rede, der freien Aeußerung in Wort und Schrift ist uns wieder geworden. Nutzen wir sie nicht so, daß Zunge und Feder sich als unsere ärgsten Feinde erweisen, sondern als Wort, das schöpferische Tat wird. Die Freiheit der Rede schließt in sich die Möglichkeit zu fruchtbarer Kritik. Gebrauchen wir die neue Freiheit nicht negativ, sondern in Vergegenwärtigung dessen, daß nur der wirklich frei ist, dem innere Disziplin eigen. Lehren wir uns und die Kommenden, die Freiheit von Wort und Schrift positiv anzuwenden.

Die Freiheit der Rede basiert auf der Meinungsfreiheit. Wer eine Meinung hat, muß, soll es eine wertvolle Meinung sein, eine gereifte Überzeugung haben. Diese zu vertreten, ihre Berücksichtigung zu verlangen, ist sein Menschenrecht. Nur die Meinung, die Ueberzeugung, die sich gegen die Menschlichkeit richtet, ist ausgeschlossen. In den Ueberzeugungen scheiden sich die Geister. Ist wer der Ueberzeugung, daß Altes zu bewahren ist, bis sich das Neue als das Bessere erwiesen hat, ist's sein Recht, sofern er nicht das Neue mit Gewalt aufzuhalten versucht. Ist einer der Ueberzeugung, das Neue müsse schnell verwirklicht werden, ist's sein Recht, sofern er nicht das Alte mit Gewalt zu beseitigen versucht. Aus dem Hemmenden und dem Voranstürmenden ergibt sich — unterlassen beide Intoleranz und Fanatismus —, der gedeihliche Fortschritt frei von Gewaltsamkeiten.

Die Haltung, die Durchsetzung von Ueberzeugung durch Druck und Gewalt als verächtlich ablehnt, ist entscheidend. Weil sie die Haltung ist, die Frieden und Fortschritt sichert. Wer sie besitzt, ob Jude oder Christ innerhalb oder außerhalb einer Konfession, ob Buddhist, Moslem oder Heide, der ist Fackelträger auf dem Wege der Menschheit durch Nacht zum Licht. Ihm gelten unsere Grüße zum Weltfeiertag des 1. Mai.

200 ehemalige Parteigenossen als Minensucher

Pforzheim, 30. April (DANA) Die ausgedehnten Waldgebiete um Pforzheim wurden auf Befehl der Militärregierung von 200 ehemaligen Parteigenossen nach Minen und ähnlichen Sprengladungen abgesucht, da sich in letzter Zeit viele Unglücksfälle ereignet haben. Die Suchaktion soll auch auf das Stadtgebiet ausgedehnt werden. Sie steht unter der Leitung von Feuerwerkern und Polizei.

Verhaftungen beim Bayerischen RK

Regensburg, 30. April. (DANA) Alle Angestellten des Lebensmittellagers des Roten Kreuzes in Regensburg sind wegen Unterschlagung und Veruntreuung am 27. April verhaftet worden. Unter den 10 verhafteten Personen befindet sich auch der Leiter des Lebensmittellagers.

Gegen die Zonenautarkie

Wiesbaden, 30. April. (DANA) Der einheitliche Produktionsplan, der vom Kontrollrat aufgestellt werden soll, will die Hindernisse im Verkehr mit bewirtschafteten und beschränkt handelsfähigen Gütern zwischen den einzelnen Zonen beseitigen, um eine gleichmäßige Befriedigung des Bedarfs in allen Zonen herbeizuführen. Dies teilte das großhessische Wirtschaftsministerium am Montag in Verfolg der Entschließungen der Frankfurter Besprechungen zwischen Vertretern der britischen und amerikanischen Militärregierungen und den Leitern der Wirtschaftsverwaltungen in beiden Zonen mit.

Bisher sind die Wirtschaftsgüter meist ohne Rücksicht auf den Bedarf nach der Verarbeitungskapazität der Betriebe aufgeteilt worden, wobei jede Zone bestrebt war, das ihr zur Verfügung stehende Kontingent ausschließlich zum Verbrauch innerhalb der eigenen Zone zurückzuhalten. In Zukunft werden die festgesetzten Produktionsmengen für die britische und amerikanische Zone zusammengelegt und nach einheitlichen Richtlinien zugeteilt werden.

Den einzelnen Landeswirtschaftsämtern oder den Bedarfsträgern wie Bahn, Post und Landwirtschaft wird dann in strenger Beachtung des Produktionsprogramms die auf sie entfallende Bedarfsquote in gestückelten, überall einlösbaren Berechtigungsscheinen übertragen. Durch dieses Verfahren, welches die auf wirtschaftlichem Gebiet bestehenden Zonengrenzen beseitigt, erhält der Verbraucher die Möglichkeit dort einzukaufen, wo die günstigsten Bezugsbedingungen bestehen. Eine Einzelgenehmigung für die beschränkt handelsfähigen Waren wird dadurch überflüssig. Der Unterausschuß Interzonenhandel in Stuttgart hat kürzlich einen Entschluß gefaßt, erneut diesbezügliche Verhandlungen mit Vertretern der britischen Zone einzuleiten.

Export-Ausstellung der amerik. Zone in Berlin

Wiesbaden, 30. April. (DANA) Eine Exportausstellung der amerikanischen Zone wird, wie das großhessische Wirtschaftsministerium am Montag mitteilte, am 1. Mai in Berlin eröffnet.

Diese Ausstellung, die einer Anregung des Amtes der Militärregierung in Berlin zu verdanken ist, soll den Export fördern. Um den zu erwartenden ausländischen Besuchern einen Ueberblick über die Leistungsfähigkeit der Industrie in der amerikanischen Zone zu geben, sollen alle Artikel ausgestellt werden, die bisher zum Export angeboten worden sind. Sämtliche Waren werden zu Inlandspreisen in deutscher Währung ausgezeichnet. Auf Wunsch der Militärregierung wird in Wiesbaden ebenfalls eine besondere Exportausstellung für das Land Groß-Hessen eingerichtet werden.

Gegen Abtrennung des Ruhrgebietes

Bielefeld, 30. April. (DPD) Der ehemalige Reichsminister Karl Severing wurde am Sonntag auf einem Bezirkskongreß der SPD in Bielefeld zum Vorsitzenden dieses Bezirks gewählt. Der von etwa 500 Delegierten besuchte Kongreß nahm eine Entschließung an, die sich gegen eine Abtrennung des Ruhrgebietes richtete.

Eine Abtrennung von Rhein und Ruhr, so heißt es in der Entschließung, würde den ohnehin geschwächten Wirtschaftskörper Deutschlands verstümmeln, so daß ein Wiederaufbau des zerstörten Landes undenkbar wäre. Der Parteikongreß habe volles Verständnis für das Verlangen des französischen Volkes nach Sicherung seiner Grenzen. Diese Sicherung biete der Friedenswille des deutschen Volkes, nicht aber ein Deutschland des Massenelends und der Verzweiflung. Der Parteikongreß verspricht in seiner Entschließung, alles daran zu setzen, um die Errichtung neuer Waffenfabriken zu verhindern.

Unter Zustimmung der Delegierten stellte Severing fest, daß von einer Verschmelzung der SPD mit anderen Parteien erst dann die Rede sein könne, wenn die Welt von der Überzeugung durchdrungen sei, daß eine Verschmelzung nur, aber auch im Interesse der deutsch. Arbeiterschaft liege.

Vor der Bezirkstagung fand ein Jugendkongreß statt, an dem etwa 1000 junge Sozialdemokraten als Delegierte teilnahmen. Auf diesem Jugendkongreß sprach Severing über „Jung und alt in der Sozialdemokratie". In einer Entschließung wurde der Wunsch geäußert, alle früheren Gegner der Naziwillkür aus der Kriegsgefangenschaft zu entlassen oder aber gegen Nazis auszutauschen, die an dem Unglück der Welt mit schuld sind.

27. Sitzung des Alliierten Kontrollrates

Berlin, 30. April (DANA). Der Alliierte Kontrollrat hielt am Montag in Berlin seine 27. Sitzung unter dem Vorsitz von General McNarney ab. Feldmarschall Montgomery, General König und General Sokolovsky waren anwesend. Die Chefs der Militärmission von Brasilien, Dänemark, Griechenland, Indien und Luxemburg wurden bei dieser Sitzung dem Kontrollrat vorgestellt.

Es wurden die Gesetze Nr. 24 und 25 genehmigt und unterzeichnet. Das Gesetz Nr. 24 behandelt die Einsichtnahme in öffentlich aufliegende Rechtsurkunden und Register und hebt das Gesetz vom 30. Sept. 1936 auf. Das ebenfalls vom Kontrollrat unterzeichnete Gesetz Nr. 25 über die Kontrolle der wissenschaftlichen Forschung wird am 7. Mai, 18 Uhr, veröffentlicht werden.

Der Kontrollrat empfing ein Antworttelegramm von Marschall Schukow, in dem sich dieser für die Glückwunschbotschaft des Kontrollrates bedankt. General Sokolovsky erklärte, daß die neue Sozialistische Einheitspartei in der Sowjetzone genehmigt ist.

Feldmarschall Montgomery gab bekannt, daß dies seine letzte Sitzung im Alliierten Kontrollrat vor Uebernahme seines Amtes als Generalstabschef des Imperiums sei. Sein Nachfolger ist Luftmarschall Douglas.

Volksabstimmung in Südtirol?

Wien, 30. April. (DANA) Der österreichische Regierungsvertreter in Paris erklärte — wie BBC berichtet — am 29. d. Mts., die österreichische Bundesregierung habe den vier Besatzungsmächten ein Memorandum übermittelt, in dem sie eine Volksabstimmung in Südtirol zur Ermittlung der Wünsche der Bevölkerung fordert.

In dem Memorandum heißt es, ein ungeteiltes Tirol würde den neuen österreichischen Staat unabhängig machen. Die Teilung Tirols sei nach dem ersten Weltkriege einer der Hauptgründe für die wirtschaftliche und politische Zersplitterung Oesterreichs gewesen. Italien besitze allerdings gewisse wirtschaftliche Ansprüche auf die von ihm errichteten und betriebenen Wasserkraftwerke.

Zur Lösung dieser Frage schlägt Oesterreich vor, Italien solle diese Wasserkraftwerke weiter betreiben, auch wenn Südtirol Oesterreich wieder einverleibt wird. Zur weiteren Ausnützung der Wasserkraftquellen des Landes könne eine italienisch-österreichische Gesellschaft gegründet werden.

Das freie Wort

Eine Zuschrift von Herrn Dr. Ernst August Paepcke, Karlsruhe, entnehmen wir: „In Ihrer Zeitung vom 13. d. Mts. bringen Sie unter dem Titel „Zum Intendantenwechsel am Staatstheater" eine Mitteilung, die jedem Freund eines lebendigen Theaters in Karlsruhe das Herz höher schlagen läßt. Die endgültige Besetzung des Postens des Intendanten soll erst nach Beginn der neuen Spielzeit vollzogen werden. Glaubt man denn, daß ein Intendant von Format und Ruf sich mit vollzogenen Tatsachen, vor allem in Bezug auf die Zusammenstellung eines Ensembles, abfinden wird? Der neue Bühnenleiter wird mit einem bestimmten Programm kommen und für dieses Programm muß er sein Ensemble zusammenstellen. Falls es wirklich in Bezug auf Engagement vor vollendete Tatsachen gestellt wird, kann er alle Wünsche des Publikums und der maßgebenden Stellen nach der Spielplangestaltung stets mit dem Hinweis ablehnen, daß ihm für diese Wünsche kein geeignetes Ensemble zur Verfügung stände. Wenn wirklich eine Reorganisation des Theaters geplant ist und wenn man auf künstlerische Erfolge hofft, wie sie etwa Heidelberg und Darmstadt bereits aufzuweisen haben, so muß die erste Sorge der Suche nach einem Intendanten gelten, der vermöge seiner Persönlichkeit, dem Theater ein Gesicht zu geben vermag.

Herr Emil Wacker, Karlsruhe, sagt in einer Zuschrift u. a. folgendes: „Wenn man den heimgekehrten Kriegsgefangenen, die nicht gleich zur Schaufel greifen, um den Schutt, den das Hitler-Gesindel hinterlassen hat, wegzuräumen, zu verstehen gibt, daß man auch noch andere Wege einschlagen kann, so ist es traurig, daß man dies bei den Pg's. bis heute noch nicht in Anwendung gebracht hat. Wäre der Krieg zugunsten des Nazi-Regimes entschieden worden, so könnten sich die Nicht-Pg. glücklich preisen, die den Schutt wegräumen dürfen, den anderen wären die Gaskammern sicher gewesen."

Herr Emil Burkard, Wiesental (Bd.) schreibt u. a.: „Wie wäre es aber, wenn diese aktiven Nazis, Denunzianten und Nutznießer des Dritten Reiches sich freiwillig melden würden zur Ablösung unserer kriegsgefangenen Soldaten, das wäre ja nichts anderes, als ein Akt der Menschlichkeit. Ich richte an alle aktiven Nazis die Bitte, mutig zu sein, menschlich handeln und Sühne zu leisten, sich freiwillig zu melden zur Ablösung unserer Kriegsgefangenen, ihrer Söhne, Brüder und Volksgenossen, dieses würde sicher im In- und Ausland einen guten Eindruck machen."

Frankreichs Kohlenbedarf

Washington, 30. April. (DANA) „Frankreich benötigt für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft dringend 1 Mill. To mehr Ruhrkohle im Monat", erklärte der französische Unterstaatssekretär für Industrieproduktion und Bergbau, A. Lecoeur, am 26. ds. Mts. in einer Pressekonferenz in Washington.

Lecoeur, der gegenwärtig als Leiter einer französischen Regierungsabordnung über die Verteilung der Kohle des Ruhr- und Saargebietes mit amerikanischen Stellen verhandelt, erklärte, daß der heimische Kohlenbergbau in Frankreich trotz erstester Lebensmittelknappheit und erheblicher Behinderungen der Gesamtwirtschaft eine Förderungsziffer erreicht habe, die 110 Prozent der Leistungen des Jahres 1938 ausmache. Während die französischen Bergwerke zur Zeit der Befreiung 1,5 Mill. To gefördert hätten, habe man die Produktion auf 3 974 000 To im Januar und mehr als 4 Mill. To im März steigern können. Er hoffe, daß trotz aller technischen Schwierigkeiten und der unzulänglichen Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung die Förderungsziffer um weitere 400 000 Tonnen monatlich erhöht werden können.

Vor dem Kriege habe ein Drittel des französischen Gesamtbedarfs an Kohle — etwa 25 Mill. To jährlich — durch Einfuhren gedeckt werden müssen. Von den 5 Mill. To der monatlichen Ruhrkohlenförderung würden 4,2 Mill. To in Deutschland bleiben, während 800 000 To von der europäischen Kohlenverteilungsstelle an die übrigen Länder verteilt würden. Von der täglichen Förderung von 22 000 Tonnen Saarkohle erhalte Frankreich 16 Prozent. Wenn Frankreich, das die Aufsicht über die Saarkohlengruben habe, durch erhöhte Zuteilungen einen Ansporn erhalte, könne die Produktion auf 30 000 oder 35 000 To täglich gesteigert werden. „Frankreich hat einen gigantischen Wiederaufbauplan bereits in Angriff genommen", so schloß Lecoeur seine Ausführungen. Um ihn jedoch zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, benötige es größere Kohlenlieferungen.

Württemb. Wahlresultat aus 10 Kreisen

Stuttgart, 30. April. (DANA) Bisher liegt das Wahlergebnis von zehn Wahlkreisen Nordwürttembergs vor.

Von 374 320 Wahlberechtigten machten 320 416 von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung betrug 59 Prozent. Gewählt wurden 286 Kandidaten, die sich wie folgt verteilen:

CDU 155, SPD 53, DVP 23, KPD 6, Sonstige 42

Wahlergebnis aus Württemberg

Stuttgart, 30. April. (DANA) Aus der Kreisstadt Heidenheim liegt das Ergebnis der Gemeindewahl vor, die gleichzeitig mit der Kreistagswahl durchgeführt wurde. Von 16 955 Wahlberechtigten machten 13 493 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. 1143 Stimmen waren ungültig. Gewählt wurden 24 Gemeinderatsvertreter, die sich wie folgt verteilen: SPD 10, CDU 10, KPD 3 und Sonstige 1.

Neuer Kriegsverbrecherprozeß in Hamburg

Hamburg, 30. April. (DPD) Am 25. April begann im Hamburger Curiohaus die Verhandlung gegen zehn Frauen und vierzehn Männer, die zum Stab des Frauen-Konzentrationslagers Hamburg-Sasel gehörten.

Dieser neue große Prozeß hat die Mißhandlung und Tötung von polnischen Juden zum Gegenstand. Im Frauen-KZ Sasel, das vom Oktober 1944 bis April 1945 bestanden hat, waren mehrere tausend Frauen inhaftiert. Sie wurden zu schweren Arbeiten, wie Steinetragen, zur Herstellung von Ziegeln aus Zement und ähnlicher Beschäftigung gezwungen.

Auch dieses Frauenlager unterstand der Kommandantur von Neuengamme.

Mit Rücksicht auf die große Zahl der Angeklagten und der ihnen vorgeworfenen Straftaten ist das Verfahren in eine Serie von Einzelverhandlungen aufgeteilt worden.

Eine der ersten Angeklagten war die ehemalige Fabrikarbeiterin Sofie Wisch. Sie erklärte, erst im Februar 1945 zum SS-Dienst im KZ verpflichtet worden zu sein. Weiter sagte sie aus, sich anfänglich geweigert zu haben, diesen Aufseherinnendienst zu verrichten. Sie hätte es dann aber doch getan aus Angst, selbst ins KZ zu kommen. Sie habe sofort erkannt, daß die Arbeit für die inhaftierten Frauen viel zu schwer gewesen sei. Nach Zeugenaussagen hat die Angeklagte häufig polnische Jüdinnen geschlagen. Die Angeklagte gab zu, die Häftlinge geohrfeigt zu haben, als diese bei der Feldarbeit verfaulte Fische und verfaulten Kohl in ihren Taschen versteckt hätten. Diese Ohrfeigen hätte sie aber nur ausgeteilt, weil sie für die Gesundheit der „Mädels" verantwortlich gewesen sei. Oft habe sie „Zigarren bekommen", weil sie nicht hart genug mit den Häftlingen umgegangen sei.

Urteilsverkündung im Braunschweiger Prozeß

Braunschweig, 30. April. (DPD) Der ehemalige Kreisleiter von Hameln, Dr. Josef Kraemer, wurde vom Gericht der 5. britischen Division zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Kraemer hatte beim Anrücken der alliierten Truppen den Befehl zur „Liquidierung" der Insassen des Zuchthauses Hameln gegeben.

Kraemer wußte, daß es um sein Leben ging und setzte alles daran, zu beweisen, daß er trotz seines Befehls zur „Liquidierung" der Gefangenen alles unternommen habe, diese zu verhindern.

Kraemer sagte im Verlaufe des mehrstündigen Verhörs aus, daß er seit 1941 ständig Konflikte mit der Gestapo gehabt habe, weil er als Jurist deren „Terrormethoden" nicht billigte. Als er am 31. März 1945 zum Kreisleiter von Hameln ernannt worden sei, habe er von Gauleiter Lauterbacher den Befehl erhalten, alle Gefangenen des Zuchthauses in Hameln, insbesondere Schwerverbrecher, ins Innere Deutschlands zurückzubringen. Kraemer erklärte, bis zuletzt nicht gewußt zu haben, daß sich Ausländer in dem Zuchthaus befanden. Zu einem neuen Gesuch habe Lauterbacher gesagt: „Vergiften oder erschießen, ist mir egal", dann habe er den Befehl zur „Liquidierung" gegeben. Allerdings sei er fest davon überzeugt gewesen, daß der Zuchthausdirektor Stoehr einen solchen Befehl nie ausführen würde.

Auf die Frage des Staatsanwalts, ob er als Jurist die Entscheidung des damaligen Reichsgerichts in Leipzig gekannt habe, wonach sich niemand darauf berufen konnte, nur einen von oben kommenden Befehl weitergegeben zu haben, wenn dieser offensichtlich gegen internationales Recht verstoße, antwortete Kraemer: „Ich habe immer nur den bedingten Befehl weitergeleitet, aber nie einen direkten Befehl zur „Liquidierung" gegeben. Es war meine Absicht, dafür zu sorgen, daß eine Ermordung nicht durchgeführt wurde. Ich nehme es als mein Verdienst in Anspruch, daß es durch meinen Befehl zum Fußmarsch auch nicht zu einer „Liquidierung" gekommen ist."

Der Verteidiger betonte in seinem Plädoyer, daß der Befehl zur Tötung nicht zum Tode verurteilter Gefangener ohne Zweifel Anstiftung zum Mord sei. Der Angeklagte habe jedoch alles getan, um diese Anstiftung zu hintertreiben. Er plädierte für „nichtschuldig", wogegen der Ankläger bei seinem „schuldig" blieb, auch wenn die Mordabsicht nicht ausgeführt worden sei.

Nach dreiviertelstündiger Beratung erklärte das Gericht den Angeklagten für schuldig im Sinne der Anklage, und nach einer erneuten Beratung wurde der Urteilsspruch verkündet.

Schlafende Kinder wurden erhängt

Hamburg, 30. April. (DPD) Mit genauen Einzelheiten schilderte der ehemalige Standortarzt von Neuengamme, SS-Hauptsturmführer Dr. Trzebinski, die Vorgänge am Bullenhuser Damm in Hamburg, wo Ende April v. Js. 20 Kinder im Alter von fünf bis zwölf Jahren ermordet wurden.

An den ermordeten 20 Kindern wurden vor ihrem Tode Experimente mit Tuberkulosebazillen vorgenommen. Nachdem sie mit Morphiumspritzen eingeschläfert worden waren, wurden sie nach Aussage von Dr. Trzebinski von einem SS-Mann in einem Keller erhängt.

Dr. Trzebinski sagte weiter, daß er, von der kurzen Vollzugsmeldung an den Lagerkommandanten Pauly abgesehen, bis zur Gerichtsverhandlung mit keinem Menschen, außer mit seinem Verteidiger, über diese Vorgänge ein Wort gesprochen habe. Im Kreuzverhör beteuerte der Arzt, daß er an dem Mord nur in der dargestellten Form teilgenommen habe, um den Kindern die letzten Stunden zu erleichtern und weil ihr Schicksal unabwendbar gewesen sei. Insoweit wolle er auch die volle Verantwortung auf sich nehmen. Ob er verbrecherisch gehandelt habe, müsse das Gericht beurteilen.

Am Nachmittag wohnten britische Unterhausmitglieder der Verhandlung des Kriegsverbrecherprozesses in Neuengamme bei, in der gerade der angeklagte SS-Standortarzt im Zeugenstand den grauenhaften Mord an den 20 unschuldigen Kindern kurz vor der Kapitulation schilderte.

Pariser Dachau-Gedenkfeiern

Paris, 30. April. (DANA) Der erste Jahrestag der Befreiung der Insassen des berüchtigten Konzentrationslagers Dachau durch Truppen der 7. amerikanischen Armee wurde am 29. d. Mts. in Anwesenheit von Vertretern der amerikanischen Besatzungstruppen, Vertretern der Alliierten und einer großen Anzahl von Pariser Einwohnern feierlich begangen. Vor Verwandten und Angehörigen der in Dachau getöteten und befreiten Gefangenen wurde in der Kirche von Notre Dame eine Gedächtnismesse zelebriert. In der Pariser Rothschild-Synagoge fanden besondere Gottesdienste zum Gedenken an die in Dachau getöteten und gefangenen Juden aller Nationalitäten statt.

Amerikanische Hilfeleistung

Washington, 30. April. (DANA) Handelsminister Henry Wallace erklärte in einer Rede, die Vereinigten Staaten müßten und werden der Nahrungsmittelkrise in der ganzen Welt abhelfen. Wallace ist Vorsitzender der Kommission zur Veranstaltung der Lebensmittelnotsammlung in den Vereinigten Staaten, die am 12. Mai ihre Arbeit aufnehmen wird.

Der Minister sagte: „Wenn wir nicht schnell handeln, wird der Tod in diesem ersten Friedensjahr größere Ernte halten, als in allen Kriegsjahren zusammen. Präsident Trumans Komitee zur Bekämpfung der Welternährungskrise wird darüber zu wachen haben, daß genügend Getreide und Fett von unserem Inlandsverbrauch abgezweigt wird, um unsere notwendigsten Verpflichtungen zu erfüllen". Der Minister betonte, das Komitee finde dabei die Unterstützung der gesamten Bevölkerung.

Als Sofortprogramm bezeichnete Wallace die Bekämpfung des Lebensmittelmangels über See. Das Programm der Vereinigten Staaten auf weite Sicht sei die Schaffung und Aufrechterhaltung eines höheren Standes der Produktion, der Verteilung, des Verbrauchs und der Beschäftigung als je in Friedenszeiten. Wallace rief die Geschäftsleute, Arbeiter, Farmer, Verbraucher und die Regierung zu wirksamer Zusammenarbeit auf, um die Krise zu überwinden.

London, 30. April. (DANA) Am 21. Mai werden in London Landwirte aus der ganzen Welt zum ersten Male zusammenkommen. Zweck der Tagung ist die Besprechung der Welternährungslage und die Errichtung eines ständigen internationalen Landwirtschaftsbundes, der die Aufgabe hat, die Organisation der Vereinten Nationen in Fragen der Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft zu unterstützen. Die Anregung zur Abhaltung dieser Konferenz kam aus britischen landwirtschaftlichen Kreisen. Landwirte von 25 Nationen haben die Einladung bereits angenommen.

Neu Delhi (Indien), 30. April. (AP) In einem an Australien gerichteten Rundfunkaufruf forderte Präsident Trumans Sondergesandter Herbert Hoover am Montag beschleunigte Verschiffung australischen Getreides nach dem von Hungersnot bedrohten Indien.

Washington, 30. April. (DANA) Der amerikanische Landwirtschaftsminister Anderson gab bekannt, die amerikanische Regierung erwäge weitere Maßnahmen zur Herabsetzung des Inlandsverbrauchs von Getreide, um die Getreideverschiffung nach den von Hungersnot bedrohten Ländern zu erhöhen.

Wiesbaden, 30. April. (DANA) Wie das großhessische Wirtschaftsministerium mitteilt, sind in Bremen folgende für das Land Großhessen bestimmte Sendungen eingetroffen:

1023 Tonnen Saaten, 260 Tonnen Süßkartoffeln, 795 Tonnen grüne Dosenerbsen, 1989 Tonnen Hülsenfrüchte, 140 Tonnen Eipulver. Außerdem sind 19 500 Ballen amerikanischer Baumwolle für die USA-Besatzungszone in Bremerhaven.

Die amerikanische Militärregierung in Berlin hat weiterhin bestellt: Zum Import aus Dänemark: Saaten und Feldsamen, aus der Tschechoslowakei: Roten Kleesamen, aus England und Wales: Rübensamen, aus den Niederlanden: Feldsaaten und Gemüsesamen und aus Frankreich: Luzerne.

Die deutschen Flüchtlinge in Dänemark

Kopenhagen, 30. April. (DANA) Auf dem 1. Nachkriegskongreß der interparlamentarischen Union, an dem Vertreter von 16 Nationen teilnehmen, verlangte der Parteivorsitzende der dänischen Konservativen, Möller, eine schnelle Lösung des Problems der deutschen Flüchtlinge in Dänemark. Möller erklärte: „In Dänemark befinden sich 210 000 deutsche Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, und an der dänischen-deutschen Grenze etwa 300 000 Personen. Dänemark könne die deutschen Flüchtlinge auf die Dauer nicht aufnehmen, führte Möller weiter aus, und die dänischen Behörden wünschten deren schnelle Rückführung."

Rückgabe beschlagnahmter Werte

Berlin, 30. April. (DANA) Die amerikanische Militärregierung beabsichtigt, deutsche Sach- und Vermögenswerte, die bisher von ihr beschlagnahmt oder verwaltet wurden, in die Obhut und Verfügungsgewalt der deutschen Regierungsstellen zu übertragen. Die Werte sind in erster Linie zur Entschädigung der Opfer des Nazi-regimes bestimmt.

Die erforderlichen Vorschläge zur Uebernahme und Verwendung dieser Werte, die vorläufig für die amerikanische Besatzungszone vorgesehen ist, sollen vom Länderrat bis zum 15. Mai der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden, wie aus einem Schreiben der Militärregierung an den Länderrat vom 27. April hervorgeht, das von Dr. James K. Pollock, dem Leiter des Amtes für Zusammenarbeit zwischen Militärregierung und Länderrat diesem übergeben wurde.

Die zurückzugebenden Werte stammen aus dem früheren Besitz des deutschen Reiches, deutscher Regierungsstellen, von Staatsbürgern oder Bewohnern ausländischer Staaten, die sich nach dem 1. September 1939 mit einer der Vereinten Nationen in Kriegszustand befanden, der NSDAP und der ihr angeschlossenen Verbände und Organisationen, der von der Militärregierung verbotenen und aufgelösten Vereinigungen, oder es handelt sich um Eigentum, das auf ungesetzliche Art erworben wurde.

Eigentum der früheren Reichsbahn, der Reichspost und der Reichsbank, ferner von dem Kontrollratsgesetz Nr. 5 erfaßte deutsche Auslandsguthaben, sowie Anlagen, die gegenwärtig von den Besatzungsmächten benutzt werden, und ausländische Wertpapiere, die unter das Gesetz Nr. 53 fallen, kommen für die Rückgabe nicht in Betracht.

Künstlerische oder kulturell bedeutungsvolle Gegenstände und Anlagen sollen ebenfalls bis spätestens 30. Juni zurückgegeben werden.

Es ist geplant, den Länderregierungen, Instituten und Einzelpersonen in der amerikanischen Zone die erwähnten Vermögenswerte gegen eine Uebernahmebestätigung zu übergeben, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß dies noch keine endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse bedeutet.

Für die endgültige Verwendung der angeführten Werte hat der Länderrat bis spätestens 1. Juni der Militärregierung geeignete Vorschläge zu unterbreiten.

Die Verfügung der Militärregierung verlangt außerdem vom Länderrat Anordnungen zur baldigen Rückgabe von Vermögenswerten, die während der Nazizeit gewaltsam oder durch unzulässige Maßnahmen enteignet worden sind.

Die Durchführung der Wiedergutmachungs- und Rückgabemaßnahmen kann den ordentlichen Gerichten, wenn nötig, aber auch eigens dazu aufgestellten Gerichtshöfen übertragen werden. Ferner solle bei der Ausarbeitung des Planes darauf geachtet werden, daß durch die Wiedergutmachungsmaßnahmen unschuldige Dritte nicht benachteiligt werden.

Vorerst wird die Rückgabe an Einzelpersonen erfolgen, doch soll nach Möglichkeit später auch betroffene Organisationen entschädigt werden.

Das Schreiben der Militärregierung betont, daß eine vollkommene Entschädigung in vielen Fällen nicht möglich sein werde. Auf Grund des Gesetzes zur politischen Säuberung werden den Ländern voraussichtlich genügend beschlagnahmte Werte zur Verfügung gestellt werden können, um die notwendigen Wiedergutmachungen und Unterstützungen zu leisten.

Ueberraschung für deutsche Arbeiter

Kulmbach, 30. April. (DANA) In der Kulmbacher Großspinnerei sind die ersten Baumwollballen aus Amerika eingetroffen. Die Ueberraschung der Arbeiter, als sie beim Oeffnen der Ballen kleine Päckchen mit Keks, Drops und Stangen des beliebten Kaugummis fanden, war groß. Die Angestellten und Arbeiter betrachten diese Beigabe der amerikanischen Arbeiterschaft als Ausdruck kameradschaftlichen Gefühls.

Nürnberger Prozeß

Fortsetzung von Seite 1

sterben wollten." Die Anklagebehörde verzichtete hier auf ein Kreuzverhör.

Eine „theoretische" Angelegenheit

Der britische Anklagevertreter legte Streicher ein Zitat aus dem „Stürmer" vor, in dem es heißt: „Das Ghetto wird verschwunden sein und mit ihm das Judentum." Streicher antwortete hierauf: „Das war eine theoretische, schriftstellerische Angelegenheit."

Zu einem anderen Auszug aus einem Artikel „Das Weltjudentum eilt mit Riesenschritten seiner Ausrottung entgegen" erklärte der Angeklagte: „Hier handelt es sich um eine Warnung, der Führer prophezeite und wir konnten es nicht deuten."

Nachdem der Angeklagte kurz vorher erklärt hatte, daß die deutsche Zensur eine Zahlenangabe der ermordeten Juden nicht erlaubt habe, rechtfertigte er wenige Minuten nachher eine besonders hetzerische Stelle eines „Stürmer"-Artikels mit den Worten: „Das war nur eine freie Meinungsäußer

In Freiheit Weltfeiertag der Schaffenden

Der Sozialismus

Von Landesdirektor Gustav Zimmermann

Im Wandel der letzten Jahrzehnte hat sich der Kinderschreck vor dem Wort Sozialismus stark vermindert. Nur noch Beklemmungen erregen das ängstigte Herz des die Ruhe über alles schätzenden Besitzbürgers. Heute Hinterläßt es bei vielen, die durch die kapitalistische Entwicklung, zwei Weltkriege und zwei deutsche Niederlagen innerhalb von 27 Jahren zu Besitzlosen gemacht wurden, nicht mehr jenen Argwohn, den eine spekulative, an die Gedankenlosigkeit gerichtete Propaganda vor dem ersten Weltkrieg noch mit Erfolg erzielen konnte. Was einstmals ein Schreckgespenst und eine Utopie war, ist heute die Sehnsucht aller Mühseligen und Beladenen. Der Sozialismus ist der Antipode des schrankenlosen anarchen Kapitalismus. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung hat sich selbst zum Totengräber gemacht. Die Kriege des letzten Jahrhunderts waren in erster Linie die des um den Besitz und den Rohstoffmarkt kämpfenden internationalen Kapitalismus. Karl Marx, den seine Gegner seit nahezu einem Jahrhundert tot zu schreiben, tot zu reden und tot zu schlagen versuchten, lebt immer noch. Ja, er ist heute lebendiger denn je. Sein historischer Materialismus, seine Analysen der kapitalistischen und wirtschaftlichen Entwicklung haben sich im ganzen gesehen als absolut richtig und die seiner Gegner als falsch erwiesen.

Der Sozialismus ist in sich demokratisch. Er ist die geistige, politische und ökonomische Befreiung aller Schaffenden. Er führt den Kampf um das Recht, gegen Vergewaltigung und Unterdrükkung, für die Freiheit aller, was Menschenantlitz trägt. Ein auf diktatorischem Weg erkämpfter „Sozialismus" ist kein Sozialismus, er ist bestenfalls ein Staatskapitalismus oder ein anderer vulgärer „National-Sozialismus".

Auch heute am 1. Mai steht der Gedanke der Arbeit im Mittelpunkt unseres kämpferischen Wollens. Die staatlichen Organisationen müssen Mittel und Wege finden, jedem Arbeit zuweisen zu können. Das Recht auf Arbeit ist eines der Grundrechte in der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung. Dem Recht auf Arbeit steht die Pflicht zur Arbeit gegenüber. Wo keine Arbeit geleistet wird, kann auch kein Reichtum entstehen. Arbeit ist nach dem beispiellosen Zusammenbruch des Krieges und des Naziregimes auf Jahrzehnte hinaus vorhanden. Die Lösung unseres Wiederaufbauproblems ist mit kapitalistischen Mitteln nicht möglich. Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Er ist nicht mehr in der Lage, das gestellte Problem zu lösen. Bei dem Hinüberleiten vom Kapitalismus und der Monopoldiktatur in die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft handelt es sich nicht primär um eine andere und gerechtere Verteilung des heutigen Einkommensertrages, sondern um eine vollkommene Produktionsordnung und um wesentlich höhere Leistungen. Der Sozialismus ist nicht die Aufteilung der Armut, sondern eine gerechtere Verteilung und bessere Organisation des geschaffenen Reichtums in einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Der Sozialismus ist kein Herunterziehen, sondern ein Heraufholen auf eine lichtvollere Ebene menschlichen Daseins.

Der Sozialismus ist nicht nur eine ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle, er ist ebenso eine sittliche wie menschliche Angelegenheit, beginnend mit der Erziehung der Menschen zum Sozialismus. Die sozialistische Gesellschaft wird kein Schlaraffenland und kein Paradies für Taugenichtse und Parasiten sein. Sie wird von jedem eine der Gesellschaft dienende Leistung verlangen. Kein Sozialismus ohne Demokratie. „Freiheit, Selbstregierung und Vollherrschaft" werden solange bloße Wunschbilder bleiben, als bürgerliche Klassenherrschaft nicht nur Demokratie in der Wirtschaft unmöglich machen, sondern auch die politische Demokratie verfälschen und erdrücken. Nur im Sozialismus erhält der Gedanke des Gemeinwohls einen wirklichen Sinn und Inhalt: Als Sicherung einer Ordnung, in der alle Wirtschaftstätigkeit auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Gemeinschaft gerichtet ist und eine Kultur erstrebt wird, die den individuellen Kampf ums Dasein durch gegenseitige Hilfe ersetzt und so die Ausbildung der besten menschlichen Anlagen und Kräfte ermöglicht. Sozialismus ist schon ein Stück erfüllter Demokratie. Der Sozialismus ist keine Diktatur von Staatsbeamten, die alle wirtschaftliche Macht in ihren Händen halten. Wer die Einheit von Sozialismus und Demokratie leugnet und den Sozialismus mit demokratiefeindlichen Zwangsregime gleichsetzt, leitet nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, welche die neue Gesellschaftsumwälzung von vornherein mit autoritärer Gewalt bewirken wollen.

Der Sozialismus ist die Versöhnung.
Der Sozialismus ist die Freiheit.
Der Sozialismus ist der Friede.
Der Sozialismus ist die Wohlfahrt aller.
Der Sozialismus ist die Religion des Menschenrechts.

An die Gewerkschaften zum 1. Mai

Von Karl Flößer

Die alten Gewerkschaftsmitglieder wissen, was für sie in den Jahren von 1891 bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges im Jahre 1914 der 1. Mai für eine Bedeutung hatte. Es gab damals nur wenige Berufe, bei denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt waren. Der 1. Mai war immer der Tag, an dem die Forderung für die Durchführung des 8-Stundentages erhoben werden mußte. Die Arbeitgeberverbände stemmten sich mit allen Mitteln gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter. Jeder Arbeiter, der am 1. Mai feierte, um mit anderen Gleichgesinnten zu demonstrieren, mußte ausgesperrt oder entlassen werden. Wenn es Arbeitgeber gab, die diesem Beschluß der Scharfmacher nicht nachkommen wollten, wurden sie mit schweren Konventionalstrafen belegt. War das nicht so, Ihr alten Gewerkschaftler?

Trotzdem denken wir alle mit großer Befriedigung und Freude an jene Kampfzeit zurück. Allen Schikanen zum Trotz setzten wir uns durch und haben schon lange vor 1914 durch unsere straffe Organisation, wie überall in Deutschland, auch in Karlsruhe erreicht, daß geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen werden konnten.

Die Buchdrucker waren die ersten, ihnen folgten die Metallarbeiter, Weißgerber, Holzarbeiter, Bauarbeiter usw. Ja sogar die Transportarbeiter, Handelsarbeiter, bei denen Arbeitszeiten von 12, ja sogar 16 Stunden keine Seltenheit waren, setzten durch ihre Organisation bessere und menschenwürdigere Arbeitsverhältnisse durch.

Wie schwer war der Kampf in den Berufen, wo der Kost- und Logiszwang bestand, bei den Bierbrauern, Küfern, Bäckern, Metzgern, Schneidern, Schuhmachern usw. Karger Lohn, schlechte Verpflegung und Unterkunft. Denkt Ihr noch daran, Ihr alten Kollegen?

Wie einig waren wir damals! Es gab nur wenige Arbeitgeber, die unseren berechtigten Forderungen ein soziales Verständnis entgegenbrachten. Wir aber hielten immer fester zusammen. Denunziationen kamen nur selten vor. Auch die Zuchthausparagraphen in Kaiser-Wilhelms-Zeiten hielten uns nicht ab, wenn es nicht anders ging, durch Streik unsere Forderungen durchzusetzen. Rückschläge stärkten nur den Willen der Aufrechten zu neuem Kampf. Das Wort Solidarität war für uns kein leerer Schall, sondern Pflicht. Einer trat für den andern ein.

Nach dem 1. Weltkrieg kam der ungeheure Aufstieg der Gewerkschaften. Arbeitsverträge wurden nicht nur örtlich, sondern bezirklich und über das ganze Reich abgeschlossen. Die soziale Gesetzgebung ausgebaut. Auch für die Angestellten und Beamten wurden bedeutende Fortschritte erzielt, die Sonntagsruhe durchgeführt, Gemeinde- und Staatsbetriebe, Genossenschaften usw. waren vielfach vorbildlich. Alles das paßte natürlich den Kapitalisten nicht. Insbesondere die Großindustrie verbündete sich mit Adolf Hitler, stellte diesem riesige Mittel für seine Lügenpropaganda zur Verfügung, um mit dessen Hilfe dann die Gewerkschaften zerschlagen zu können. Was die Schaffenden dabei verloren, haben die 12 Jahre Naziherrschaft gezeigt. Alle früheren Maßregelungen, ja sogar das Zuchthausgesetz unter Kaiser Wilhelm, können als Bagatelle bezeichnet werden, gegenüber dem, was die Nazi-Verbrecher dem deutschen Volke angetan haben. Nicht nur in materieller, auch in geistiger Beziehung.

Um die Arbeiter zu ködern, wurde 1933 der 1. Mai zum „Tag der Arbeit" erklärt. Unser Kämpfen und Demonstrieren am 1. Mai galt der internationalen Verständigung der Völker, die Nazi aber verzerrten den 1. Mai zum nationalen Rummel und bereiteten den Krieg vor.

Das deutsche Volk blutet nun aus tausend Wunden. Trümmer, Hunger und Elend, wohin wir schauen. Trotzdem dürfen wir nicht verzweifeln.

Wir rufen alle, die guten Willens sind, auf, am Neuaufbau der Gewerkschaften mitzuarbeiten. Besonders wenden wir uns an die Jugend, die berufen ist, uns einmal abzulösen im Kampfe für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Schaffenden.

Am 1. Mai wollen wir nicht nur an materielle Vorteile denken. Wir wollen unseren ehrlichen Willen zum Ausdruck bringen, von den volksvergiftenden Naziideen recht weit abzurücken und für eine wahre Völkerverständigung einzutreten.

Nicht Haß, sondern Versöhnung soll unsere Losung sein. Auf der ganzen Welt wird der 1. Mai in diesem Sinne gefeiert.

Es wird der Zeitpunkt kommen, an dem sich die Schaffenden über alle Länder und Meere hinweg die Hände reichen, um so den von den Gewerkschaften so lange ersehnten Völkerfrieden herzustellen.

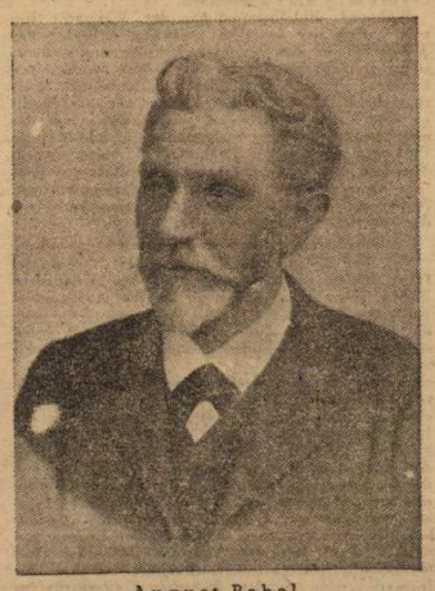
Beweisen wir deutsche Gewerkschaftler, daß wir dabei nicht die Letzten, sondern die Ersten sein werden.

Ob alt, ob jung, ob Mann oder Frau, heraus am 1. Mai zur Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für
Völkerverständigung und Völkerfrieden.

Gestalten um den 1. Mai

Von Christian Kölbach

Das demokratische Deutschland, repräsentiert durch die Arbeiterklasse, begeht zum ersten Male in der Geschichte seinen Feiertag, den 1. Mai, frei von jedem inneren Zwang. Nach der langen Nacht entsetzlicher Gewissensqualen, nach den Jahrzehnten innerer Zerrissenheit und Zwietracht reckt und dehnt sich ein neugeborenes Volk



August Bebel

im Glanze der Freiheit, um mit den anderen Völkern gemeinsam den Völkerfrühling zu begrüßen. Millionenfach werden an diesem Tage die Lieder der Arbeit und Freiheit gesungen und aus deutschen Arbeiterherzen wird besonders innig der Schwur um den Erdball erklingen: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Lichte empor!"

Im ganzen Reiche, landauf und landab, über die Zonengrenzen hinweg wird das schaffende Deutschland an diesem Tage jener Männer gedenken, deren Leben und Schaffen der Verwirklichung dieses Feiertages gegolten hat. Die großen Toten, die Unvergessenen, stehen im Mittelpunkt der Feiern und ihre Worte, ihr Kampf und ihr unerschütterlicher Glaube werden den Heutigen Kraft und Richtung für den weiteren Weg geben.

Aus der Vielzahl der Gestorbenen und Gemordeten seien heute die Namen der Ueberragenden, der Unsterblichen aufgerufen, von denen August Bebel (geb. 22. 2. 1840), der Unteroffizierssohn aus Köln-Deutz, als der große Organisator, Lehrmeister und Einiger der sozialistischen Arbeiterbewegung im kaiserlichen Deutschland bekannt ist. Sein Lebensweg war von hartem Kampf und bitteren Enttäuschungen gepflastert und führte ihn schließlich doch über Eisenach und Gotha, durch Gefängnisse und Zuchthäuser, zum Reichstagsabgeordneten und Führer der Sozialdemokratischen Partei empor.

Ferdinand Lassalle

Gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht hat Bebel auf dem Vereinigungskongreß in Gotha (25. 5. 1875) den „Feuerkopf" Ferdinand Lassalle überwunden und die bis dahin getrennt marschierenden Arbeiterbewegungen zusammengeführt. Das werden ihm die Arbeiter — und vor allem die Gewerkschaftler — an diesem Feiertag mit aufrichtigem Dank vermerken. Unvergessen sind auch seine Ausführungen, die er im Jahre 1911 auf dem Parteitag in Jena machte, wo er über den heraufziehenden ersten Weltkrieg folgendes sagte: „Wenn es zum Kriege kommen sollte, so würde ich vorschlagen, daß aus den Kriegshetzern eine Brigade gebildet wird. Diese müßten zuerst in die Schlacht: die hetzenden Redakteure und Abgeordneten, die hetzenden Großindustriellen, kurz alle jene, die an der Kriegshetze beteiligt sind. Diese müßten in der Schlacht vorausgeschickt werden, um mit ihren meist doch ziemlich korpulenten Leibern zur Ehre des Vaterlandes das Feld zu decken."

Friedrich Ebert, der Handwerkersohn und erste Präsident der deutschen Republik, wird vielen der älteren Generation noch in lebendiger Erinnerung sein. Sein Weg von der Pfaffengasse in Heidelberg bis in das Präsidentenpalais in der Berliner Wilhelmstraße, ist einmalig in der deutschen Geschichte. Schon mit 17 Jahren wird Ebert (in Mannheim) Gewerkschaftler und Sozialdemokrat, und mit 20 Jahren ist er bereits in Hannover als Bevollmächtigter seiner Berufsorganisation tätig. Wenige Jahre später übernimmt der begabte und aktive Sozialist in Bremen die Leitung des Arbeitersekretariats, dessen Ruf bald in ganz Deutschland bekannt wird. Durch das Vertrauen seiner Gesinnungsgenossen wird Ebert in den Landtag und später in den Reichstag gewählt. Nach dem Tode Bebels übertrug man ihm die Führung der SPD, der größten deutschen Partei, der damals schon 4,5 Millionen Männer ihre Stimme gaben. Nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland 1918 wurde Friedrich Ebert Reichskanzler und später von der Nationalversammlung zum ersten Präsidenten der Republik gewählt. Kaum 54 Jahre alt, starb Ebert. Mit ihm ging ein sauberer Kämpfer, ein guter Mensch und ein wahrer Demokrat dahin.

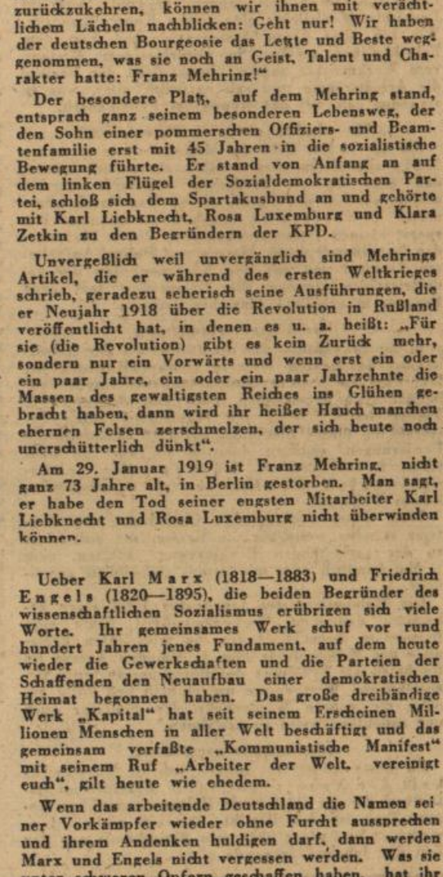
Für das schaffende Deutschland ist Ebert nicht tot und mit ihm gedenkt und verehrt die Arbeiterschaft die beiden kompromißlosen Kämpfer für

Friedrich Ebert

Freiheit und Menschenrechte Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie gehörten beide zu den Begründern der Kommunistischen Partei Deutschlands, sie standen zusammen in der vordersten Front im Kampf um die Republik und fielen gemeinsam am 15. August 1919 den Mordkugeln der Reaktion zum Opfer. Karl Liebknecht wurde im Edenhotel in Berlin niedergestreckt und Rosa Luxemburg in einem Mietauto erschossen und dann in den Landwehrkanal geworfen. Zwei Monate nach der November-Revolution!

Wer kennt heute noch diese kämpferische Frau, von der Lenin einmal sagte: „Sie ist und bleibt ein Adler". Und wer kennt ihre wundervollen Briefe, die sie in zahlreichen Frauengefängnissen schrieb und die alle eine ergreifende Zartheit und Güte des Herzens verraten? Die Reaktion nannte sie die „rote Rosa", aber die Arbeiterschaft wird ihr ein ehrendes Gedenken bewahren und nie vergessen, daß sie die Worte schrieb: „Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung".

Unter den kompromißlosen Vorkämpfern für wahre Demokratie und Fortschritt nimmt Franz Mehring einen besonderen Platz ein. Er ist unter den Arbeiterführern der Wissenschaftler, der Philosoph und Vertreter einer echten geistigen Kultur. Sein kritischer Geist, der immer nach den tiefsten Ursachen und geschichtlichen Zusammenhängen forschte und seine beneidenswerte Feder schufen philosophische Werke, die zu den Besten gehören, was die sozialistische Literatur in Deutschland hervorgebracht hat. Rosa Luxemburg hat in einem Geburtstagsbrief an den 70jährigen Mehring (27. 2. 1916) sein literarisches Schaffen wie folgt gewürdigt: „Durch Ihre Bücher wie durch Ihre Artikel haben Sie das deutsche Proletariat nicht bloß mit der klassischen deutschen Philosophie, sondern auch mit der klassischen deutschen Dichtung, nicht nur mit Kant und Hegel, sondern mit Lessing, Schiller und Goethe durch unzerreißbare Bande verknüpft. Sie lehrten unsere Arbeiter durch jede Zeile aus Ihrer wunderbaren Feder, daß der Sozialismus nicht eine Messer- und Gabelfrage, sondern



Karl Marx

eine Kulturbewegung, eine große und stolze Weltanschauung ist. Heute, wo uns Intelligenzen bürgerlicher Herkunft rudelweise verraten und verlassen, um zu den Fleischtöpfen der Herrschenden zurückzukehren, können wir ihnen mit verächtlichem Lächeln nachblicken: Geht nur! Wir haben der deutschen Bourgeoisie das Letzte und Beste weggenommen, was sie noch an Geist, Talent und Charakter hatte: Franz Mehring!"

Der besondere Platz, auf dem Mehring stand, entsprach ganz seinem besonderen Lebensweg, der den Sohn einer pommerschen Offiziers- und Beamtenfamilie erst mit 45 Jahren in die sozialistische Bewegung führte. Er stand von Anfang an auf dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei, schloß sich dem Spartakusbund an und gehörte mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin zu den Begründern der KPD.

Unvergeßlich weil unvergänglich sind Mehrings Artikel, die er während des ersten Weltkrieges schrieb, geradezu seherisch seine Ausführungen, die er Neujahr 1918 über die Revolution in Rußland veröffentlicht hat, in denen es u. a. heißt: „Für sie (die Revolution) gibt es kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärts und wenn erst ein oder ein paar Jahre, ein oder ein paar Jahrzehnte die Massen des gewaltigsten Reiches ins Glühen gebracht haben, dann wird ihr heißer Hauch manchen ehernen Felsen zerschmelzen, der sich heute noch unerschütterlich dünkt".

Am 29. Januar 1919 ist Franz Mehring, nicht ganz 73 Jahre alt, in Berlin gestorben. Man sagt, er habe den Tod seiner engsten Mitarbeiter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht überwinden können.

Ueber Karl Marx (1818—1883) und Friedrich Engels (1820—1895), die beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus erübrigen sich viele Worte. Ihr gemeinsames Werk schuf vor rund hundert Jahren jenes Fundament, auf dem heute wieder die Gewerkschaften und die Parteien der Schaffenden den Neuaufbau einer demokratischen Heimat begonnen haben. Das große dreibändige Werk „Kapital" hat seit seinem Erscheinen Millionen Menschen in aller Welt beschäftigt und das gemeinsam verfaßte „Kommunistische Manifest" mit seinem Ruf „Arbeiter der Welt, vereinigt euch", gilt heute wie ehedem.

Wenn das arbeitende Deutschland die Namen seiner Vorkämpfer wieder ohne Furcht aussprechen und ihrem Andenken huldigen darf, dann werden Marx und Engels nicht vergessen werden. Was sie unter schweren Opfern geschaffen haben, hat ihr Leben und ihren Tod bereits überdauert und wird leuchten bis in die fernste Zukunft. An den Gegenwärtigen und Kommenden wird es liegen, tiefer zu schürfen und weiter zu bauen und vor allem zu erkennen, daß die Zeit und der Geist nicht stille stehen. Nur in immerwährendem Ringen, in ständiger Arbeit an der eigenen inneren Wandlung wird die wahre Demokratie erreicht und damit jener erstrebenswerte Zustand, dem der große Beethoven in seiner unvergänglichen „Neunten" mit den Worten Ausdruck verlieh: „Seid umschlungen Millionen!"

Der Freiheit Herold

Ich will voran im Kampfe schreiten
Für Licht und Wahrheit, Recht und Brot,
Ich will dem Volk den Weg bereiten
Zu seines Glückes Morgenrot:
Ich will es führen treu die Bahnen
Der Freiheit und der Wissenschaft.
Und will ihm tragen hoch die Fahnen
Der Menschlichkeit und Brüderschaft.

Ich will mit heller Fackel zünden
In jedes Dunkel kühn hinein.
Ich will die frohe Botschaft künden
Und will der Freiheit Herold sein:
In allen Zungen will ich sprechen
Von Menschenrecht und Völkerglück,
Und jedes Unrecht will ich brechen
Und schlagen jeden Wahn zu Stück.

Ich werbe mit der Jugend Feuer
Um das verstoß'ne Ideal.
Und kämpfe mit dem Ungeheuer
Der Völkernot und Menschheitsqual:
Ich schwing die Fackel, stoß' die Lanze
Dem Mammon in die stolze Brust,
Und führe froh zum Siegestanze
Die Arbeit voller Jugendlust.

Robert Seidel

Das Fest der Arbeit

Von Fritz Heurich, Staatsrat a. D.

Der Tag der Arbeit soll der Besinnung auf die wahren Grundsätze zur Erneuerung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens dienen. Er soll ein wirklicher Festtag sein, „ein Festtag der Arbeit", an welchem die enge Verbundenheit zwischen den Männern, welche sich um das Wohl unseres Volkes mühen und den übrigen Menschen mit ihren Sorgen und Mühen spontan zum Ausdruck kommt. Es soll gewissermaßen so sein, daß sich an dem Tage die Volksführung und das gesamte Volk Aug' in Aug' gegenüberstehen, rückblikkend auf das, was im vergangenen Jahre an wirklich guter, positiver Arbeit geleistet wurde, dann vorwärtsblickend, für die kommenden Tage, aufmunternd zu neuer Leistung und guter Tat. --

Die Natur selbst hat alles getan um diesen Tag rein äußerlich festlich zu gestalten. Sehen wir das Uebermaß an Blüten und Knospen, das Grünen an Busch und Hag, so wird es uns erneut bewußt, warum der Tag von altersher festlich besungen wurde. Die kath Christen haben seit allen Zeiten den 1. Mai als Auftakt der besonderen Ehrung unserer Mutter Gottes gefeiert, wir selbst wollen daran denken und selbst dankbar sein, „dankbar dem Schöpfer", der immer wieder Frühling werden läßt.

Zu dieser feierlichen Bedeutung des 1. Mai kommt hinzu sein Charakter als Weltfeiertag des Sozialismus. In dieser Eigenschaft soll der 1. Mai Versöhnungstag sein, dann aber ein klares Bekenntnis zur Würde der Arbeit. Der Sinn und das Streben zur Arbeit, der Quelle des menschlichen Glücks, als Voraussetzung unserer materiellen Lebensbedürfnisse, ferner des stärksten Anregers eines sittlichen Hochschwungs, sind wirklich dazu angetan, daß jeder Deutsche diesen Weihetag würdigt. Es ist unser Wunsch, daß dieser Feiertag der Arbeit fördernd und vertiefend wirkt, auf daß fernerhin der menschlichen Arbeit und Mühe und nicht zuletzt dem arbeitenden Menschen eine bessere Wertung zuteil werde.

Es kann nur die Arbeit sein, die unserem zusammengebrochenen Vaterlande die Grundlage zum Wiederaufstieg gibt. Bischof Ketteler hat einmal sehr richtig gesagt: „Wir sind keine wahrhaften Christen, wenn wir nicht wahrhaft sozial sind." Man könnte diesen Grundsatz erweitern, mit den Worten: Wir sind keine wahrhaft guten Deutschen, wenn wir nicht wirklich sozial sind.

Es ist richtig, wenn wir am „Feiertag der Arbeit" zunächst vom Recht auf Arbeit eines jeden Deutschen reden, sowie auf ausreichenden Lohn, der ihm seinen Lebensstandard sichert. Wir haben allen Grund, das offen und deutlich auszusprechen. Alle, die auf deutscher Erde geboren wurden und deutschen Blutes sind, mögen sich erkennen als Söhne eines Volkes. Möge unser Streben nach einer wirklichen neuen Volksordnung, in der es keine Enterbten mehr gibt, keine feindlichen Klassen, die allen Lebensraum gibt, wirklich in Erfüllung gehen. Wir müssen eindringlichst davor warnen, gerade am 1. Mai, dem Tage der Arbeit, den Millionen leidender Menschen mehr zuzumuten, als diese zu tragen im Stande sind.

Der 1. Mai 1946 ist mehr wie bisher dazu angetan, zu erkennen, daß unsere Wirtschaft, die so enge mit diesem Feiertag verknüpft ist, zugleich auch unser Schicksal ist. Der Großteil unseres Volkes steht in abhängiger Stellung in der Wirtschaft und somit ist Wirtschaft „Volksschicksal" geworden. Kultur, Zivilisation, Weltanschauung und politische Neuerungen haben ihre große Bedeutung, können aber nur gedeihen und praktische Anwendung finden, wenn den Menschen eine Existenzmöglichkeit gegeben werden kann. Dieser einfache Wahrheitsgrundsatz scheint in unserem Volksleben bis heute noch nicht voll verstanden zu werden. Wäre dies der Fall, könnten sich Dinge, die wir alle beklagen, nicht immer wieder ereignen.

Unser besonderer Wunsch ist es, daß dieser Feiertag der Arbeit, der internationalen Charakter trägt, auch seine internationalen Versöhnungswirkungen haben möge. Das ist unser größter Wunsch, dessen Erfüllung wir von diesem Tage besonders erhoffen.

Mit den Betrachtungen zum 1. Mai soll auch nicht vergessen werden, daß der Wiederaufbau unseres Wirtschafts- und Staatslebens sich erst im Anfangsstadium befindet. Dieser Neuaufbau muß vor allem dem Gemeinschaftswohl der Zukunft bestens dienen und den absoluten Wirtschaftsfrieden sichern helfen. Nur so können wir unserem eigenen Volke und andern Völkern das sein, was gesunde „Demokratie" verwirklicht. Bei genauer Betrachtung sind gute Ansätze dafür vorhanden. Das Gebäude der neuen Demokratie sollte dem Einzelnen so wertvoll erscheinen, daß es von jedermann abgelehnt werden muß, dieses Fundament anzutasten. Wir sollten es unterbauen helfen, damit es all den Angriffen und Stürmen standhält. Ein Warnungsruf ist da wohl am Platze.

So müssen klarer Wille und Erkenntnisse des Notwendigen am Ende auch unserem Geschlecht aus seiner Not helfen. Wenn dazu die Ein- und Durchführung einer festen Staats- und Wirtschaftsführung kommen, außerdem unsere Sozialpolitik sich auf den Normen eines guten Sittengesetzes gründet, ist kein Grund vorhanden mit hängendem Kopfe zu trauern. Wir müssen guten Glauben haben, Glauben an eine bessere Zeit, dann wird durch unser Werk und die ausgleichende Gerechtigkeit auch für unser Volk wieder ein Frühling kommen.

Dr. Kurt Schumacher

Die Parteien zum 1. Mai

Der Gewerkschaftsbund wird den 1. Mai wieder als Feiertag des arbeitenden Volkes begehen.

Die grundlegende Bedeutung der Arbeit für unser ganzes Volksleben und die Würde des werktätigen Menschen werden im Mittelpunkt dieser Feier stehen.

Die Parteien fordern hiermit ihre Mitglieder und Freunde auf, an den Kundgebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilzunehmen und das Fest der Arbeit mitzufeiern.

Christlich-Demokratische Union (CDU)
Sozialdemokratische Partei (SPD)
Demokratische Volkspartei (DVP)
Kommunistische Partei (KPD).

Internationale Grüße zum 1. Mai

Die britische Arbeiter-Partei sendet der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kameradschaftliche Grüße. Der Mut und die Entschlossenheit, den Eure Genossen gezeigt haben im Aufbau einer kraftvollen, unabhängigen Partei für demokratische Sozialisten hat uns mit Bewunderung erfüllt und hat viel getan, um den Glauben an die deutsche Arbeiterklasse wiederherzustellen, der in den 15 Jahren des Nazismus schwer geschwächt worden war.

gez. Morgan Phillips, Sekretär.

Das Grußtelegramm der Commonwealth Federation Ottawa, Kanada, lautet:

„Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, an diesem ersten Maitag nach Beendigung des Krieges die herzlichsten und brüderlichsten Grüße meiner Kollegen und meiner selbst unseren deutschen Genossen zu entbieten. Wir müssen mit erneuter Kraft kämpfen, um sozialistische Gerechtigkeit für alle unsere Bürger zu erhalten. Die deutschen Sozialdemokraten haben in diesem Kampf für viele Jahre an der Spitze gestanden. Diejenigen von uns, die nicht ihre Leiden zu teilen hatten, we len ihr Möglichstes tun, um Ihnen Hilfe und Ermutigung zu geben. Die Probleme und Ziele demokratischer Sozialisten in der ganzen Welt machen uns eins in unseren gemeinsamen Aufgaben, den Frieden zu sichern, und für immer die Kriegsgefahr zu beseitigen."

M. J. Coldwell, erster Vorsitzender.

Das Grußtelegramm der französischen Sozialistischen Partei lautet:

„Die französischen Sozialisten wollen nicht versäumen, ihre Unterstützung einer demokratischen sozialistischen deutschen Partei zu geben, die unabhängig und treu dem Ideal der internationalen Zusammenarbeit ist.

Albert Gazier für die französische Sozialistische Partei."

Das Grußtelegramm der holländischen Partei der Arbeit lautet:

„Wir werden uns freuen, wenn das ganze deutsche Volk sich geistig freimachen würde vom Schicksal, das es im Jahre 1933 ereilte und das im Jahre 1945 vollzogen wurde. Mit unseren deutschen Parteigenossen wissen wir uns verbunden, im Kampf um eine neue Völkergemeinschaft, aufgebaut auf den Grundsätzen von Demokratie und Sozialismus.

Kees Woudenberg, Generalsekretär der holländischen Partei der Arbeit."

Das Grußtelegramm der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks lautet:

„Wenn die Arbeiterbewegung in diesem Jahr den 1. Mai feiert, geschieht es mit einem ungeheuren Gefühl der Erleichterung darüber, daß die bösen Jahre des Krieges und der Zerstörung vorüber sind, und mit dem Wunsch, das Wiederaufleben und die Konsolidierung der internationalen Zusammenarbeit zu sehen. Wir glauben, daß die Arbeiterbewegung bei dem Wiederaufbau der Welt große Aufgaben erwarten und wir sind bereit, unseren Einsatz für Demokratie, soziale Sicherheit u. Versöhnung zwischen den Völkern zu leisten. Bei dem nationalen und internationalen Wiederaufbau braucht man alle demokratischen und sozialistischen Kräfte, und die Zeit muß kommen, wo auch unsere Genossen in der deutschen Arbeiterbewegung ganz mit bei der Arbeit sind, um wieder aufzubauen, was verloren ist, und den teuer erkauften Frieden für kommende Generationen zu sichern.

Hans Hedthoft, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks."

Das Grußtelegramm der schwedischen Sozialdemokratischen Partei lautet:

„Nun da unsere deutschen Parteifreunde nach vielen Jahren der Prüfungen und Entbehrungen wieder zum internationalen Feiertag der Arbeiter aufmarschieren können, senden wir Ihnen die herzlichsten Grüße. Wir hoffen, daß die Arbeiter in einem auf demokratischem Fundament ruhenden Deutschland beim Wiederaufbau der internationalen Aufbaubewegung bald mit dabei sein werden."

Albin Hanssen, Sven Andersen.

Die historische Bedeutung des 1. Mai

Seit mehr als einem halben Jahrhundert, seit 1890, feiert die Arbeiterschaft das Fest des 1. Mai. Die Industrialisierung war um diese Zeit so weit fortgeschritten, daß die Arbeiter im Bewußtsein ihrer Kraft anfingen, Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage zu erheben. Vor allem wollten sie nicht mehr willkürlich lange an den Betrieb gefesselt sein, sondern die 24 Stunden der Erdumdrehung in drei gleiche Abschnitte eingeteilt sehen, acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Schlaf.

Um ein menschenwürdiges Dasein

Die Erkämpfung des Acht-Stunden-Arbeitstages war daher einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung des ersten Internationalen Arbeiterkongresses, der im Jahre 1899 in Paris stattfand. Zur Erlangung dieses Zieles wurde beschlossen, am 1. Mai jeden Jahres eine mit allgemeiner Arbeitseinstellung verbundene Kundgebung an allen Orten der zivilisierten Welt zu veranstalten. Neben dem Neun-Stundentag standen aber auch eine Reihe anderer Forderungen auf dem Programm der Maifeiern:

Die Spannungen zwischen Unternehmern und Arbeitern hatten sich gerade im Jahre 1889 in scharfen Lohnkämpfen entladen. In Deutschland zum Beispiel standen die Bergarbeiter des Ruhr- und Saargebietes und später auch die sächsischen und schlesischen Bergarbeiter im Streik, obwohl das Sozialistengesetz Bismarcks alle widersetzlichen Regungen der Arbeitnehmer bedrohte. In diesen Streiks hat es sich in vielen Fällen auch eher um Aussperrungen gehandelt, mit denen die Bergwerksmagnaten die Forderungen der „Kumpels" bestraften. Auf Grund dieser schmerzlichen Erfahrungen wurde die gesetzliche Einrichtung von Arbeiterausschüssen, deren Aufgabe es sein sollte, Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen, zu einer Forderung des 1. Mai erhoben.

Ein weiterer Programmpunkt der Maidemonstrationen war die Schaffung einer Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Notwendigkeit einer solchen war von den Gesetzgebern der damaligen Industrieländer durch die Einrichtung von Fabrikinspektoren seit langem erkannt. Auch in Deutschland existierte eine solche Kontrollbehörde. Wie sah aber deren Amtspraxis aus? Von dem Fabrikbesitzer geführt, in ehrerbietigem Abstand vom Werkmeister gefolgt, durchschritt der Beamte die Arbeitsräume und sah natürlich alles, was es zu sehen gab, mit den Augen des Fabrikanten.

> Hast mit der Kraft, der ganzen, vollen,
> du treu geschafft zum Heil der Welt,
> war gut und rein dein Streben, Wollen,
> hat Edles dir die Brust geschwellt:
> Dann darfst gehobnen Hauptes wallen
> du freudig deinem Ziele zu.
> dann ist der Größte unter allen
> nicht größrer Ehre wert als du.
>
> Emil Rittershaus.

„Wir schaffen nicht an diesem Tag"

Als am 1. Mai 1890 die Maifeier zum ersten Male abgehalten werden sollte, stellte sich heraus, daß eine weitere Forderung erkämpft werden mußte, nämlich das Recht, diesen Tag durch allgemeine Arbeitsruhe begehen zu können. Die zuerst kleinen Demonstrationszüge des 1. Mai wurden fast überall durch Massen von Polizei-Aufgeboten flankiert und auf den Kasernenhöfen der Industriestädte standen die Garnisonen fast ganz Europas in erhöhter Alarmbereitschaft.

Für Völkerverbrüderung

In der Erkenntnis, daß die Interessen der Arbeitnehmer der ganzen Welt in gleicher Richtung liefen, kam als weitere Maiforderung die nach Solidarität aller Arbeitenden, nach Verbrüderung der Völker hinzu. Denn die Maidemonstranten beschränkten dieses Ziel nicht auf ihre ökonomischen Forderungen, sondern dehnten sie auf die nach einer friedlichen Lösung aller internationalen Konflikte auf schiedsgerichtlichem Wege aus.

Trotz dieses umfassenden Charakters der Maifeier standen weiterhin die Kreise, die sich nicht zu der „arbeitenden Bevölkerung" zählten, dem 1. Mai feindlich oder mindestens gleichgültig gegenüber.

Die Mainummer des Jahrganges 1900 einer bekannten deutschen Wochenzeitschrift führt zum Beispiel in ihrem Kalender der wichtigsten Ereignisse der Woche unter dem 1. Mai den Antrag im Reichstag auf Erhöhung der Börsenumsatzsteuer für ausländische Wertpapiere um einhalb pro Mille an, ohne die zehnte Wiederkehr der Maifeier auch nur andeutungsweise zu erwähnen.

Arbeitnehmer zersplittert

Zu dieser Isoliertheit gesellte sich die Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Bezeichnend dafür und für die ablehnende Haltung gegenüber diesem Tage ist der Bericht, den ein alter Gewerkschaftler über sein Maierlebnis aus der Zeit der Jahrhundertwende gibt:

„In einer mitteldeutschen Kinderwagenfabrik erschienen drei Vertreter der im Unternehmen beschäftigten Korbmacher vor dem Fabrikanten, für die sie um die Erlaubnis nachsuchten, am 1. Mai dem Betrieb fernbleiben zu dürfen. Auf seine Frage, warum denn nur die Korbmacher diesen Urlaub begehrten, antwortete einer der Arbeiterdeputierten: „Die anderen haben eben keine Courage." Die Folge war, daß alle drei Delegierten wegen Beschimpfung des loyalen Teils der Betriebsarbeiterschaft fristlos entlassen wurden."

Aber nicht nur beruflich war die Arbeiterschaft zersplittert. Ihre Spaltung nach religiösen und parteipolitischen Gesichtspunkten, d. h. das Vorhandensein der christlichen und der liberalen Hirsch-Dunckerschen neben den freien Gewerkschaften schwächte die Kraft der Arbeiterbewegung.

So kam es, daß vielerorts den Arbeitern, auch als schon große gewerkschaftliche Organisationen ihre Interessen vertraten, das Risiko von Massenentlassungen zu groß schien, um der Maifeier wegen etwa in Streik zu treten. Man hatte daher vielfach den Ausweg beschritten, die Maifeiern auf den ersten Sonntag des Monats zu verlegen.

Der Mai-Gedanke setzt sich durch

Allmählich zeigte sich aber auch die Unternehmerschaft zu Kompromissen bereit, so daß in den Jahren kurz vor dem ersten Weltkrieg die Maifeier von der großen Mehrheit der europäischen Arbeiterschaft ungestört abgehalten werden konnte.

In der Weimarer Republik war natürlich von Diffamierung der Feiernden keine Rede mehr. Im Jahre 1922 erhoben Anhalt, Baden, Hamburg, Lübeck, Sachsen, Schaumburg-Lippe und Thüringen den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Und immer häufiger zeigten sich unter den Mai-Parolen das über alle Klassen-Gegensätze hinausgehende Verlangen nach Abrüstung, nach „Nie wieder Krieg", nach Weltfrieden.

Das dritte Reich nahm dann den 1. Mai, der inzwischen allzu verwurzelt war, als daß es an ihm hätte vorübergehen können, für sich in Anspruch. Die Nazigeschichtsfälschung behauptete, daß „die nationale Revolution von 1933 den Maifeiertag geschaffen" hätte, während in Wirklichkeit am Tage, nachdem die Arbeiter und Angestellten der Betriebe gezwungen wurden, sich an der Maikundgebung für das dritte Reich zu beteiligen, dieselben Arbeiter ihrer Gewerkschaftsorganisation beraubt und deren Führer in die Zuchthaus- und Konzentrationslagerhöllen geschleppt wurden.

Die Mächte, die Deutschland von dem nationalsozialistischen Alpdruck befreiten, haben den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zugelassen. Gleichzeitig mit den Arbeitnehmern der ganzen Welt soll auch das deutsche Volk an diesem Tage seinen Wunsch nach Frieden und Freiheit zum Ausdruck bringen.

(DANA)

Der Neuaufbau der Gewerkschaften

Prüfstein der Demokratie

Im November 1945 erlaubte die Militärregierung die Errichtung von Gewerkschaften, nachdem die deutschen Arbeiter und Angestellten sich in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront zwölf Jahre lang mit der Farce einer Arbeitnehmervertretung abzufinden hatten.

Die Zulassung von Gewerkschaften war von den Militärbehörden als eine Art Prüfstein angesehen worden zwecks Feststellung, ob die deutschen Gewerkschaften zuverlässige Demokraten zu ihren Repräsentanten erwählen würden. Daher war der erste Schritt, der den jungen Arbeiterorganisationen gestattet wurde, die Wahl von Betriebsräten. Diese Wahlen haben offenbar sowohl in der demokratischen Weise, in der sie vor sich gegangen sind, als auch in den Personen der Erwählten die politische Reife der Wähler erwiesen, so daß, wie Vertreter der Militärregierung auf einer Gewerkschaftskonferenz Mitte April in Frankfurt am Main angekündigt haben, den Gewerkschaften nunmehr größere Freiheiten eingeräumt werden können.

Vom alten zum neuen Betriebsrätegesetz

Die demokratische Freiheit, die die Arbeiter meinen, wenn sie an die Errichtung ihrer Interessenorganisationen gehen, ist nicht nur im politischen Sinne gedacht, sondern sie erstreben vor allen Dingen die Wirtschaftsdemokratie.

Nach dem Buchstaben der Gesetzgebung der Republik war ihnen diese Wirtschaftsdemokratie während der Zeit von 1918 bis 1933 garantiert; denn die Weimarer Verfassung „verankerte" in ihrem Artikel 165 die Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie bei der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte. Seinen juristischen Niederschlag fand dieses Programm im Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920, dessen wichtigste Bestimmungen — Errichtung von Betriebsräten zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke, Entgegennahme von Wünschen und Beschwerden der Arbeitnehmer durch den Betriebsrat, Berechtigung der Betriebsräte, die Jahresbilanzen der Unternehmen einzusehen und dazu Erläuterungen vom Unternehmer zu verlangen, Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, sowie Sitz und Stimme von zwei Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsräten der in Aktienform betriebenen Unternehmen — tatsächlich ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer darstellten. Aber diese Wirtschaftsdemokratie stand lediglich auf dem Papier. Das wichtigste der oben aufgezählten Rechte des Betriebsrates, die Mitwirkung an der Leitung des Unternehmens durch seine Vertretung im Aufsichtsrat, wurde zum Beispiel von den Aktiengesellschaften dadurch umgangen, daß entscheidende Beschlüsse nicht im Plenum des Aufsichtsrates, sondern in Unterausschüssen getroffen wurden, von denen man die Betriebsratsmitglieder fernhielt.

Fatum

Von Osten gen Westen über die Erden
wandert gewaltig ein Menschenwerden,
Haupt in Wolken, hoch im Schritt —
Menschenwerden, nimm mich mit!

Hier wird kei... mitgenommen.
Selber schreiten nur kann frommen.

Hermann Claudius.

Das neue vom Alliierten Kontrollrat erlassene Betriebsrätegesetz vom 17. April 1946 gibt dem Betriebsrat seinem Arbeitgeber gegenüber nur beratende Funktionen. U. a. ist das grundlegende Prinzip der Betriebsratsvertretung im Aufsichsrat in dem neuen Gesetz nicht als Vorschrift festgelegt. Die Anwesenheit von Betriebsratsmitgliedern bei Aufsichtsratssitzungen ist vielmehr von Betriebsrat und Arbeitgeber nach Uebereinkunft gemeinsam zu regeln. Nicht nur in diesem Punkt, sondern bezüglich des gesamten Gesetzes überhaupt kommt es also darauf an, daß der Geist des Gesetzes nicht, wie in der Zeit der Republik, von den Beteiligten sabotiert wird, sondern daß sie seine Kann-Vorschriften mit demokratischem Wollen ausfüllen.

Während die Unternehmer der Weimarer Republik trotz der gesetzlich garantierten Rechte der Arbeitnehmer ihre auf den Untergang der deutschen Demokratie hinzielende Politik vorbereiten konnten, die auf dem Wege der geheimen Aufrüstung schließlich in die Auslieferung der Macht an den Nationalsozialismus ausmündete, legt das neue Gesetz den Betriebsräten ausdrücklich die Pflicht auf, mit den Behörden zusammen etwaige Versuche der Wiederaufnahme einer Kriegsproduktion zu verhindern und bei der Entfernung von Nazis und anderen Feinden der Demokratie aus den Betrieben mitzuwirken.

Einheitsgewerkschaften oder Industrieverbände

Mit der gesetzlichen Regelung der Betriebsratsfrage haben die Gewerkschaften den juristischen Boden gewonnen, auf dem sie ihr Aufbauwerk vollenden können. Die Diskussion um die Form, die dem neuen Gebäude gegeben werden soll, dreht sich um die Pole: Einheitsgewerkschaft oder Industrieverband.

Die in verschiedenen Orten errichteten sogenannten Einheitsgewerkschaften sind zwar in einzelne Fachgruppen untergeteilt, aber deren Interessenvertretung erfolgt nur von einer Zentralstelle aus. Diese Zentrale ist auch mit der gemeinsamen Kassenführung betraut, so daß die Untergruppen Kostgänger der Dachorganisationen sind. Dagegen wenden die Gegner dieses Prinzips vor allem ein, daß es allzusehr an das „Gedankengut" der Deutschen Arbeitsfront erinnere, ein Gesichtspunkt, der auch von den Delegierten der Gewerkschaftsinternationale kürzlich bei ihrer Informationsreise zu den deutschen Gewerkschaften vertreten wurde.

Die Entstehung solcher Einheitsgewerkschaften ist auf den Umstand zurückzuführen, daß ursprünglich nur lokale Organe der Arbeitnehmervertretung erlaubt waren. Seit der Zulassung von Ländergewerkschaften wird vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund die Form der Industriegewerkschaft als die zweckmäßigere angesehen. Unter dieser Bezeichnung versteht man die Zusammenfassung aller Beschäftigten, gleichviel Arbeiter, Angestellte oder Beamte, die in einer Industrie- oder Wirtschaftsgruppe tätig sind, in einer einzigen Gewerkschaft. Besondere Standesgewerkschaften werden ebenso abgelehnt, wie die früheren Richtungsgewerkschaften (Christliche, Hirsch-Dunckersche). Diese Gewerkschaften — im Frankfurter Bezirk existieren folgende 15 solcher Industrieverbände: Banken und Versicherungen, Bau- und Steingewerbe, Bergbau, Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe, Chemie, Glas und Keramik, Druck- und Papiergewerbe, Freie Berufe, Handel und verwandte Gewerbe, Holzgewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Metallgewerbe, Nahrungs-, Genußmittel- und Gaststättengewerbe, öffentliche Verwaltungen und Betriebe, Eisenbahn- und Schiffahrts-Wasserstraßen, Post- und Telegraphie — haben eigene Finanzgewalt. Sie sammeln jedoch ihre Vermögenswerte unter der Leitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Zentralkasse, deren Ausbau zu einer Gewerkschaftsbank geplant ist. Außerdem wird der Bundesgedanke durch einheitliche Satzungen und Beiträge zum Ausdruck gebracht.

Amerika als Vorbild

Die Vertreter des Prinzips der Industriegewerkschaften berufen sich u. a. auf die nach demselben System aufgebaute amerikanische Gewerkschaftsorganisation, der CIO (Congress of Industrial Organisations), deren sechs Millionen Mitglieder in den erfolgreichen Streiks der Stahlmotoren- und Verkehrsarbeiter bedeutende Lohnsteigerungen errungen haben zum Ausgleich der angewachsenen Lebenshaltungskosten.

Nach dem Prinzip der Standesgewerkschaften aufgebaut, ist die älteste Arbeiterorganisation Amerikas die AFL (American Federation of Labour).

Fritz Ebert am 22. 10. 18 in einer Rede im Reichstag:

„Eine neue Zeit muß einem neuen Glauben an eine neue Gerechtigkeit Bahn brechen... Hab und Gut können wir verlieren — die Kraft, die Neues schafft, kann uns keiner nehmen."

Aber die amerikanische Gewerkschaftsbewegung kennt nach beiden Richtungen häufige Abweichungen von diesem Grundprinzip.

Ueber die organisatorischen Verschiedenheiten hinaus können die amerikanischen Arbeiterorganisationen gemeinschaftlich die Tatsache für sich verbuchen, daß sie in der Zeit, in welcher Hitler die deutschen Gewerkschaften zerschlagen hatte, einen vorher nie gekannten Aufschwung verzeichnen durften. Vom Jahre 1932, dem Amtsantritt des Präsidenten Roosevelt an, stieg ihre Mitgliederzahl von ca. drei Millionen auf nunmehr etwa 17 Millionen.

Für die jungen deutschen Gewerkschaften liegt die Zukunftshoffnung in der Zusicherung, die sie sowohl von der erwähnten Delegation der Gewerkschaftsinternationale als von den Gewerkschaftssachverständigen der Militärregierung erhalten haben, nämlich daß ihre Arbeitskameraden in der ganzen Welt sie in ihrem Kampf um den demokratischen Wiederaufbau nicht allein lassen werden.

(DANA)

Freiheits-Gesang

Wir sind erwacht, wir sind befreit
Von Todesnacht und -Qualen.
Vorbei, vorbei die grause Zeit!
Die Morgengipfel strahlen.
Der Freiheit Sonne steigt empor.
Wir ziehn ihr kühn entgegen.
Weit offen winkt des Lebens Tor.
Aus Fluch, aus Fluch bricht Segen

Wir schreiten froh den Pfad des Lichts.
Wir künden heilige Rechte.
Die Burg der Macht zerfiel zu nichts.
Die trotzig sich erfrechte.
Gestürzt das Bollwerk der Gewalt,
Ihr hohler Wahn zerstoben!
Des Volkes neue Losung schallt.
Zum Schwur, zum Schwur erhoben:

Ans Werk! Ans Werk! Wir wollen baun.
Es glüht die Not nach Taten.
Schon wächst, schon wächst das Weltvertraun —
Wer wird sich selbst verraten?!
Der edlen Geister Sehnsuchtsschrei
Soll uns mit Macht durchbrausen:
Komm, Friede, komm! Durch Schaffen frei!
Erlöst, erlöst vom Grausen!

Karl Henckell.

Dem badischen Volke Frieden, Wohlstand und Glück

Abschiedsgruß von Oberst Clifton Lisle

Heidelberg, 29. April. (DANA) Der Direktor der amerikanischen Militärregierung in Nordbaden, Oberst Clifton Lisle, verabschiedete sich vor seiner Rückkehr nach den Vereinigten Staaten mit einem Schreiben an die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister von Nordbaden. Oberst Lisle spricht von der loyalen Zusammenarbeit der Bevölkerung mit der Militärregierung und führte unter anderem aus, daß er den Wert und die Lauterkeit der Bevölkerung Nordbadens kennengelernt hätte. Nach diesem furchtbaren Krieg müssen sich Schwierigkeiten ergeben, die verstärkt werden durch die Lösung der schweren Probleme der politischen Säuberung, Eigentumskontrollen und Gründung eines Wahlstaates — ganz zu schweigen von den notwendigen Beschlagnahmungen und Wohnungsrequirierungen durch die Besatzungsmacht. Oberst Lisle führte weiter aus, daß ihm die zukünftige Regierung Badens sehr am Herzen läge und daß er als vordringlichstes Bedürfnis die Wahl einer Volksvertretung halte, von deren Fähigkeit alles was an Wiederaufbau in den Städten und Landgemeinden bereits getan und noch zu tun sei, abhänge.

Oberst Lisle schloß sein Abschiedsschreiben, indem er dem badischen Volk für die Zukunft wieder Frieden, Wohlstand und Glück wünschte.

Lebensmai

Von Wilhelm Beisel

„Mädel, was hast für ein Heiratsgut, daß du dein Köpferl so drahst, Juchhe!"

Um die hohe Tanne ging der Tanz. In weißen wallenden Gewändern die Mädels, in kurzen Hosen und hemdärmelig die Burschen. An den Stamm gelehnt der Blonde mit der Fiedel, der schmale Schwarze mit der Laute.

Das mächtige Haus, das Moosbronner Naturfreundehaus, umschart von jung und alt. Und über allen die Maiensonne. Denn die Schaffenden aus Karlsruhe, aus den nächstliegenden Orten, sie waren am Vorabend zum 1. Mai von Malsch oder vom Albtal heraufgewandert, zur Heimstätte der Freunde der Natur.

Zwischen gestern und heute: Walpurgisnacht. In der die Liebenden einander nahe sind, und es Brauch ist, den schönsten Stamm einer Tanne oder Fichte vor dem Hause der Auserwählten aufzurichten, mit Maienschmuck, Bändern, Kränzen, Symbolen der Arbeit; aus urwüchsigem, immer wieder neuem Leben.

Hier, um die Tanne, auf dem Wiesenplan, sang man im Schwingen und Drehen vom — Heiratsgut, im Maien. Der Mädchen Augen irdisch blank und frisch. Der Mädchen Wiegen und Schmiegen: so sind Maienkätzchen . . .

Die Burschen aber? Ein derber Volksspruch sagt:

> Im Mai sind alle Bäume grün,
> Im Mai sind alle Kater kühn
> Und auch die Jüngelinge.

Die Burschen also, die Jüngelinge, grün und kühn.

Die Natur hat den Kalender gemacht. Was nützt es dem Mai, wenn er durch sie nicht ausgeputzt würde — durch sie: die Natur, die Mädchen und die Burschen?

Was aber wäre Blüte und Blust, Grün in Hag und Hain, wenn es nicht erschaut, erfühlt, erfaßt, vom Menschen, den sein Leben hineingestellt in den Atem der Schöpfung — gleich dem Baum, dem Halm, dem Käfer und — mit der Liebe . . .?

Zwei, sie tanzten und sangen mit den Reigen vom Heiratsgut. Sie kamen leicht hinweg über des Strudels Grund, sie sangen und tanzten, gleichwohl wie die anderen. Wie Kinder tanzen und springen und erfreut sind am Spiel. Es waren Kinder. —

Den Burschen führten Beruf und Wanderseligkeit fort, durch die Lande, in die Ferne. — Jahre gingen.

Das Mädchen, es tanzte noch oft den Maientanz in Moosbronn.

Und einmal war es, daß es wußte und erspürte, warum der Mai erblüht.

Und immer zur Walpurgisnacht, zum Maientanz, der Weg zur Tanne auf grünem Plan . . .

Ueber zehn Jahre waren vergangen. — Der April war noch kalt. Der Bursche sah die Türme der Marienkirche zu Lübeck in Nebel stehen; die Fenster der Salzhäuser an der Trave schauten wie Gespensteraugen in den trüben Tag — und, draußen, sagte der Fischer, ist die Seebucht, die Lübecker Bucht, noch tüchtig mit Eis bestückt.

Und daheim im Süden blühen im April die Bäume . . .

Adiüs, du stolze Hanse. Das Heimweh packte tief in den Koffer ein Herz aus Lübecker Marzipan. — Der Nachtschnellzug nahm Bursche und dies Herz mit in den Frühlingsmorgen des Badner Landes.

Moosbronn, Walpurgisnacht — ein Kranz aus Tannengrün und roten Bändern. Darein das Herz gebunden, auch das aus Marzipan . . .

So fand das Mädchen den Platz geschmückt zum Morgen; der Kalender zeigte eine festlichrote Eins, und draußen, im sonnigen Tagesbeginnen, wehte die linde Luft glückhaften Segens im lichtgrünen Glanze.

An der Tanne jubelte die Geige, akkordierte die Laute, und alles Jungvolk tanzte. — Wie immer im Mai. „Mädel was hast . . .'

Zwei aber hatten ihr Heiratsgut: ein Marzipanherz und das in ihrer Brust; und die Kraft und den Mut, und den Glauben an einen immerwährenden Lebensmai ihrer Liebe.

Der rote Streifen

Von Walter Foerster

Man kann auch bei 18 Grad Kälte im Winter schwitzen! Das kam so: über dem Rucksack auf dem Rücken einen Bund Heu, auf beiden Seiten, an kurzen Seilen über der Schulter hängend, je einen Bund Heu, dazu noch um den Hals vorne hängend den Drilling, und so über drei Stunden lang im tiefen Schnee herumstampfend, das hatte mir doch warm gemacht.

Es war ein schöner, sonnenheller Wintertag, von Fütterung zu Fütterung war ich gegangen, die vom Rehwild angenommenen Heugaben wieder aufzufüllen. Die vielen, nach den Futterstellen hinziehenden Fährten zeigten mir, daß mein Wild diese fast überall annahm, und das machte mir Freude. Wirklicher Heger sein ist doch das schönste am Weidwerk. Von meinen Traglasten befreit, befand ich mich auf dem Heimweg zur Hütte. Meine Drahthaar-Hündin Hexe trollte unangeleint hinter mir.

Eben wollte ich in den kleinen Pfad einbiegen, der zu meiner Hütte führte, da huschte aus dem meinen Weg linksumsäumenden Tannenschlag ein roter Streifen durch den Schnee über den Weg und flüchtete den mit Buchen und Stechlaub bestandenen Steilhang hinauf. Rasch ging das, aber doch nicht so rasch, daß es mir nicht noch gelungen wäre, den Drilling hochzunehmen. Ich fuhr mit und zwischen zwei weit auseinanderstehenden Buchen sprach der rechte Lauf. Der Schatten huschte weiter, der linke Lauf sprach, dann sah ich nichts mehr. Niederwuchs sperrte den weiteren Blick. Ohne den Befehl „Apporte" abzuwarten, hetzte nach dem zweiten Schuß Hexe davon; der Hund hatte wohl auch den über den Weg flüchtenden roten Streifen bemerkt, und, wenn es bei Herrchen knallte, gab es meist auch etwas zu holen.

Mechanisch klappte ich den Drilling auf und ersetzte die zwei abgeschossenen Schrotpatronen, da gab der Hund plötzlich giftig Laut, ich hörte ihn einmal kurz aufjaulen, dann vernahm ich ein bissiges Kakkern, und als ich das Glas hochnahm, den Steilhang absuchte, sah ich ein paar Stechlaubhecken tüchtig hin- und herschwanken, dort schien sich das Drama abzuspielen. Und richtig, wenige Minuten später trabte stolz, den Fuchs brav apportiert, Hexe auf mich zu. Der Fuchs gab noch schwache Lebenszeichen, ein paar kräftige Hiebe über den spitzen Fang beendeten aber rasch das Freibeuterleben.

Von Meister Scholenz vortrefflich präpariert hängt heute der Kopf dieses Fuchses an der Wand über meinem Schreibtisch und wenn ich in die gerissenen Fuchsgesichter schaue, fällt mir immer ein alter Jagdspruch ein, der den Füchsen gilt:

> „Bist no so schlau und glaubst Du drahst,
> die Anderen alle an,
> A mal kimmt doch da richti Schütz
> An' richtig'n Drucker 'nan
> Und pelzt Di' nauf, eh' daß D'es mirkst,
> Mit sammt Dei'm feina G'schau:
> Denn „schlaucher", des bedenk bei Zeit',
> Is schlaucher no' als „schlau"!"

Ein schöner Frühlingstag im April, ich war wieder in meinem Wald. Die Jägerei hat jetzt „doppelte" Schonzeit und trotz der augenblicklichen Lage gibt es doch für den richtigen Jäger im Wald allerhand zu tun. Ich hatte Salzlecken nachgefüllt, da und dort einen Hochsitz ausgebessert und jetzt lag ich in meiner Hütte auf der Pritsche und wollte einmal Fünfe grad sein lassen. Die kleine Kukkucksuhr hatte eben 3 Uhr nachmittag gerufen.

Meine Hexe lag in ihrem Korb und schnarchte bald laut, und auch ich dusselte ein. Durch irgend ein Geräusch wachte ich dann auf. Was war denn das für ein sonderbares Geräusch draußen? Es prasselte, zischte, knackte — — ein Blick nach dem kleinen Fenster, Nebel? Ausgeschlossen — — Rauch? Ein Satz von der Pritsche nach dem Fenster — — — und dann stand ich auch schon vor der Hütte.

Ueber den schmalen Weg huschten rote Streifen — — einer, viele Hunderte, aber diesmal kein Fuchs, nein, — — — was ich vor mir sah waren Flammen, der Wald brannte! Ich schrie aus Leibeskräften sofort: „Feuer — — Feuer!" Ob das im Dorf gehört würde? Halt, in der Hütte hing ja mein Pleßhorn. Rasch zurück . . . und schon gellte das Feuersignal vom Berg hinunter ins Dorf.

Inzwischen hatte man den Brand von da aus auch bemerkt, denn deutlich klang jetzt auch das Feuersignal zu mir herauf, eben läutete auch die Glocke der kleinen Dorfkirche Sturm. Männer, Frauen, Kinder, alles was laufen und helfen konnte, ließ die Arbeit im Stich, nahm Schaufel, Hacke, Spaten und Pickel und hetzte zur Brandstätte. Bald waren die ersten bei mir, unter ihnen auch der Waldhüter. Unter seiner sachverständigen Leitung begann jetzt der Kampf gegen das entfesselte Element.

Durch den Westwind angetrieben, fraßen sich die Flammen, im dürren Unterwuchs immer neue Nahrung findend, weiter den Berg hinauf. Glühende, kaum mehr zu ertragende Hitze machte das Herankommen an die einzelnen Feuerherde fast unmöglich. Immer und immer wieder versuchte man, der Feuerwand durch Freimachen breiter Bodenstreifen von allem Brennbaren Halt zu gebieten, und immer und immer wieder vereitelte der Funkenflug das Vorhaben und neue Brandherde entstanden.

Und doch gelang es, nach stundenlanger, schwerster Arbeit, das Feuer einzudämmen und dann gänzlich zu löschen . . .

Ich war nun allein auf der Brandstätte. Es ging bereits gegen Mitternacht. Vom Himmel grüßten Millionen funkelnder Sterne, Vollmondslicht machte die Nacht fast zum Tag. Ich hatte mir einen Stuhl vor die Hütte gestellt und beobachtete sorgfältig die Umgebung. Von Zeit zu Zeit ging ich über die Brandstätte, und immer wieder fand sich eine Stelle, an der kleine Flämmchen aufzuckten und zu neuem Sprung ausholen wollten; rasch eine Schaufel Erde darauf und sie waren gebändigt.

Und wie kam es, daß die rote Feuerhexe ihren so frevelhaften Tanz beginnen konnte? Drei Buben aus dem Dorf hatten im dichtesten Schlag Zigaretten geraucht, weggeworfene Streichhölzer entfachten den Brand, und als die Lausbuben das Unheil sahen, waren sie ausgerissen.

Ueberall liest man jetzt Anschläge, die das Rauchen im Wald verbieten. Und trotzdem, Hand auf's Herz, denkt da nicht manchmal so ein einsamer Waldgeher, „wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter"? Und dann wird der Glimmstengel herausgeholt, in Brand gesetzt und dabei gedacht: „Ach was, ich bin ja vorsichtig!"

Mag sein, mein lieber Freund, und doch kann etwas geschehen, und wenn es nur dadurch geschieht, daß Du böses Beispiel gibst. Der andere ist dann weniger vorsichtig, ein anderer noch weniger, und dann ist auf einmal der Brand da. Und wenn Du dann später in Deiner Zeitung von dem Unglück liest, weißt Du noch nicht einmal, daß Du Mitschuldiger bist. Deshalb, ob Verbot oder Nichtverbot, laß' jetzt im Wald das Rauchen sein, singe lieber ein Heimatlied, auch wenn Deine Stimme mehr an das Krächzen eines Raben als an die Kunst Carusos erinnert. Und wenn Du Dich dann selbst zum Rauchasketen für den Frühlings- und Sommerwald erzogen hast, dann achte auch unbedingt darauf, wenn Dir im verbotenen Wald ein lieber Mitmensch mit irgend etwas Glühbarem im Mund begegnet. Hilft gutgemeintes Wort nicht, dann kannst Du ihn vielleicht ganz bescheiden um Feuer bitten. Reicht er Dir dann, verständnisinnig lächelnd, irgend ein Feuerzeug, dann stecke es dankend in die Tasche; vielleicht kannst Du ihm noch höflich das Forstamt nennen, wo er es wieder abholen kann. Schimpft er arg, so laß' ihn schimpfen, schimpft er noch mehr, sogar vielleicht beleidigend, so denke an den Götz von Berlichingen. Bist Du ohne Begleitung von Damen, kannst Du jenes berühmte Zitat vielleicht sogar mit dem nötigen Pathos selbst einmal vortragen . . ., denn diese Worte recht und zu rechter Zeit ausgespr

Jugend und Politik

Von Hellmuth Stutz,

Leiter des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes des Landkreises Karlsruhe

Um diese Frage geht heute bei uns der Streit. Hätte es das deutsche Volk vermocht, sich selbst von den Fesseln des Nazismus zu befreien, so bestünde über diesen Punkt nur eine Meinung, nämlich die, daß nichts notwendiger ist, als die Jugend politisch zu erziehen. Eine andere Frage ist es, ob sie parteipolitisch erfaßt und erzogen werden soll.

Diejenigen, welche für eine unpolitische Jugenderziehung eintreten, setzen sich aus unverbesserlichen Nazis und Reaktionären sonstiger Prägungen zusammen, das heißt aus Menschen, die selbst nicht politisch im wahren Sinne des Wortes erzogen und eingestellt sind.

Was heißt eigentlich politisch denken und handeln? Es bedeutet die auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens, vor allem die auf die Gestaltung, Förderung und Sicherung von Volk und Staat gerichtete Tätigkeit eines Menschen. Mit dieser Definition kommt ganz klar zum Ausdruck, daß die erste und wesentliche Aufgabe der politischen Erziehung die ist, dem heranwachsenden Menschen die Verwerflichkeit egoistischer und dünkelhafter Haltung bei jeder Gelegenheit anschaulich vor Augen zu stellen. Niemand — selbst der nicht, den es betrifft — wird nunmehr noch bestreiten können, daß die Gegner einer politischen Jugenderziehung tatsächlich von den ihnen eingangs unterstellten Absichten erfüllt sind. Werfen wir einen kurzen Blick auf die Vergangenheit, so finden wir auch die praktische Bestätigung dieser Behauptung.

Vor 1933 gab es politische sowie sich betont unpolitisch nennende Jugendverbände. Letztere wehrten sich heftig, wenn sie reaktionärer, volksfeindlicher Einstellung bezichtigt wurden. Bei der Errichtung des Dritten Reiches haben sie dafür umso besser die Richtigkeit dieses Vorwurfes bewiesen, indem sie sich der Hitler-Jugend anschlossen und sogar deren Führerkorps zum größten Teil stellten.

Daher kann es heute für die, welchen es als wahren Antifaschisten tatsächlich um den Aufbau eines sozialen demokratischen Deutschlands ernst ist, keine dringendere Forderung als die nach politischer Erziehung der Jugend geben. An dem Ausmaß des Erfolges, der den Gegnern dieser Forderung beschieden ist, ist zu erkennen, in welchem Maße sich das deutsche Volk vom Dritten Reich und Reaktion innerlich freigemacht hat und welchen Weg es zukünftig gehen wird; das heißt, wenn es nicht endlich ein politisches wird, so protegieren wir den Untergang unseres Volkes. Diese Prophezeiung würde sich unter der genannten Voraussetzung ebenso sicher erfüllen, so wie sich die seinerzeitige Warnung: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg" bewahrheitet hat.

Wir sehen, die politische Erziehung unserer Jugend ist die Schicksalsfrage unseres Volkes! Darüber, ob es eine parteipolitische Erziehung sein soll, können auch echte Demokraten verschiedener Meinung sein. Das Erstrebenswerteste ist wohl eine Erziehung der Jugend zum Ideal der Demokratie auf allen Lebensgebieten ohne parteimäßige und konfessionelle Bindung.

Jugend zum 1. Mai 1946

Es gibt heute in Deutschland junge Menschen, die nicht wissen wohin sie gehören. Jeder sucht mehr oder weniger seinen eigenen Weg, kaum daran denkend, daß neben ihm ein Arbeitskollege geht, der glücklich wäre, mit einem Gleichgesinnten zu einer Aussprache zu kommen. Im Hinblick auf den Wiederaufbau Deutschlands gibt es wirtschaftliche und politische Probleme genug, die uns arbeitende Jugend ganz besonders angehen, und die wir gemeinsam besprechen müssen.

Der 1. Mai ist für uns Jugendliche, genau so, wie für unsere älteren Arbeitskollegen ein Tag, der schon seit länger als einem halben Jahrhundert in aller Welt dazu dient, Forderungen aufzustellen mit dem Ziele, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Viele Jugendliche sind heute noch in dem Irrtum befangen, der erste Mai sei eine Überlieferung aus der Nazizeit. Sie müssen den wahren Sinn des 1. Mai erkennen lernen.

Der ADGB. ruft am 1. Mai zu einer Kundgebung des Willens der Arbeiterschaft auf, sich entschlossener denn je hinter ihre Forderungen zu stellen. Wir jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wollen mit dabei sein, denn auch uns ist die gewerkschaftliche Organisation eine feste Stütze in diesem Kampfe. In enger Verbundenheit mit unseren älteren politisch und gewerkschaftlich erfahrenen Kollegen werden auch wir, die wir den 1. Mai bisher nur als Nazi-Feiertag kannten, unsere ersten Schritte auf neuen, in eine bessere Zukunft weisenden Wegen tun.

Willi Bitterwolf.

Ziel für Jugend-Arbeit

„Eine unserer wichtigsten Aufgaben wird es sein, unseren jungen Männern Berufe zu schaffen, in denen sie freudig und in der Hoffnung auf eine gesicherte Existenz arbeiten können", erklärte Frau Dr. Bamberger, die Leiterin des Jugendamtes München, in einem Interview. Die Jungen im Alter von 13 bis 17 Jahren, die bis spät in die Nacht rauchen, dunkle Geschäfte treiben und auf den Straßen herumlungern, brauchen Lehrstellen. Frau Dr. Bamberger hält es weiterhin für gut, Jugendlichen den Zutritt zu Filmen zu verbieten, die nur verwirrend auf ihr Wunsch- und Gefühlsleben wirken können. Nach ihrer Erfahrung kommen schon bei 14jährigen Mädchen Verfehlungen in solcher Zahl vor, daß für alle maßgebenden Stellen hinreichender Grund besteht, etwas dagegen zu unternehmen. Das Jugendamt bemüht sich in vielen Fällen erfolgreich, zusammen mit dem Stadtschulamt und in den schlimmen Fällen mit Hilfe der Polizei, die Kinder auf den richtigen Weg zurückzuführen. Die konfessionellen Jugendfürsorgevereine stehen bei diesen Bestrebungen dem Jugendamt zur Seite.

Von der Initiative der deutschen Bevölkerung hänge es in erster Linie ab, die dringend notwendigen Lehrstellen zu beschaffen.

„Arbeit müssen wir uns selbst schaffen, und wenn wir Arbeit haben, hat die Jugend wieder ein Ziel", faßte Frau Dr. Bamberger ihre Ausführungen zusammen.

Wie überwinden wir die Wohnungsnot

Eines der schwersten Nachkriegsprobleme ist das Problem der Wohnungsbeschaffung. Es ist nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Problem. Von den am Ende des Krieges in Deutschland bestehenden etwa 19 Mill. Wohnungen waren ungefähr 15 Prozent vollständig zerstört und 23 Prozent beschädigt. Dies sind jedoch nur Durchschnittsziffern für das gesamte Deutschland. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß in den zerstörten Großstädten der Prozentsatz weit höher ist. So waren beispielsweise in Bremen 49 500 Wohnungen vollständig zerstört. Im Juni 1945 waren dort nur 45 Prozent der Wohnungen brauchbar. In Köln und Hamburg, Frankfurt und Berlin und in den Großstädten Süddeutschlands sind unvorstellbare Massen von Schutt angehäuft, die entfernt werden müssen, bevor an den Wiederaufbau herangegangen werden kann.

Am 1. Januar 1946 war für eine Bevölkerung von etwa 63 Mill. im ganzen 587 395 669 Quadratmeter Wohnraum in Deutschland verfügbar. Das sind durchschnittlich 9,2 Quadratmeter pro Person. Nimmt man die vier Zonen gesondert, so ergibt sich ein Durchschnitt von 9,4 Quadratmeter je Person in der französischen, 14,4 Quadratmeter in der sowjetischen, 7,6 Quadratmeter in der amerikanischen und 6,2 Quadratmeter in der britischen Zone. Dabei ist aber das Anwachsen der deutschen Bevölkerung durch Zuzug der Flüchtlinge aus dem Osten und der Tschechoslowakei noch nicht berücksichtigt.

Unterkunftsprogramm in der amerikanischen Besatzungszone

Trotz aller dieser Schwierigkeiten haben die deutschen Behörden unter der Leitung der amerikanischen Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone ein Wohnungsbeschaffungsprogramm in Angriff genommen, das wenigstens den notwendigsten Wohnraum für die Heimatlosen schaffen soll. Nach den Richtlinien der amerikanischen Militärregierung sollen alle verfügbaren örtlichen Hilfsquellen ausgenutzt werden. Gering beschädigte Wohnungen werden mit Material wieder instandgesetzt, das ausschließlich den Trümmern entnommen wird. Leicht beschädigte Häuser konnten auch verhältnismäßig rasch repariert werden, wenn das Material zu beschaffen war. Es fehlt aber an Bauholz, Teer, Zement, Glas und Dachpappe.

Der alliierte Kontrollrat hat zur angemessenen Verteilung bestehenden Wohnraums am 8. März das Gesetz Nr. 18 unterzeichnet, das nach dem Muster anderer kürzlich von der amerikanischen Militärregierung vorgenommenen Maßnahmen die deutschen Behörden für die Ausführung der Vorschriften verantwortlich macht.

Zunächst werden bei Zuteilung von Wohnraum Personen bevorzugt, die Widerstand gegen das Naziregime leisteten oder von den Nazis verfolgt wurden. In Gebieten, in denen es an Arbeitern mangelt, werden auch Fachkräfte bei der Wohnungszuteilung begünstigt. Kinderreiche Familien, ältere und kranke Personen haben ebenfalls Anspruch auf Bevorzugung.

Die Wohnungsämter sind angewiesen, eine Bestandsaufnahme des vorhandenen Wohnraums vorzunehmen. Sie haben auch weitgehende Vollmachten in der Verteilung des Wohnraumes. Bei den Betrachtungen über die Möglichkeit einer Beseitigung der gegenwärtigen Wohnungsnot darf nicht vergessen werden, daß schon vor dem Kriege großer Mangel an Wohnungen herrschte. Das Naziregime hatte für den Wohnungsbau nichts übrig, sondern verwendete die vorhandenen Mittel für sein Rüstungsprogramm.

Im Jahre 1938 war bereits eine Wohnungskrise vorhanden. Es fehlte an Material und Arbeitskräften für den Wohnungsbau. Bei Kriegsausbruch fehlten 3 bis 4 Millionen Wohnungen in Deutschland.

Massenproduktion von Fertighäusern

Inzwischen ist man in Deutschland nicht untätig geblieben. Eine neue deutsche Industrie — der Bau von Fertighäusern — ist im Aufbau begriffen. Ein Plan der Abteilung für Bau und Konstruktionswesen bei der amerikanischen Militärregierung in Berlin sieht die Herstellung von 100 000 Fertighäusern in Deutschland noch in diesem Jahr und von weiteren 200 000 im nächsten Jahr vor. Zwar ist der größte Teil dieser Fertighäuser für die Ausfuhr bestimmt, doch wird man auch für den Inlandsbedarf eine gewisse Anzahl zurückbehalten können. Der Plan wurde vom Leiter der Abteilung für Bauwesen in der amerikanischen Regierung, Mr. R. L. Henry, angeregt. Mr. Henry sagte den zuständigen deutschen Stellen jede Förderung zu. Ein deutscher Ausschuß in Berlin hat in seinem Auftrage bereits Pläne für Fertighäuser entworfen. Da bei dieser Planung württembergische Baufirmen an leitender Stelle stehen, hat die amerikanische Militärregierung das württembergische Wirtschaftsministerium beauftragt, einen Ausschuß zu bilden, der eine Vertretung im Länderrat besitzen wird, und dessen Arbeit sich über die ganze amerikanische Zone erstreckt.

Der Bau dieser Fertighäuser ist natürlich nur eine Zwischenlösung, aber er beweist das Aufkommen einer neuen Initiative auf dem Gebiet des Wiederaufbaues. Die enge Zusammenarbeit der deutschen Bauwirtschaft und der deutschen Behörden mit der Besatzungsbehörde wird sich auch bei dem großen Wiederaufbau der Zukunft als nutzbringend erweisen.

Schuld und Verantwortung

Pastor Niemöller predigte in Nürnberg

Nürnberg, 30. April (DPD). In einer zweistündigen Predigt vor über 2000 Zuhörern berichtete Pastor Niemöller am Sonntag, 28. April, in der zerstörten Gustav-Adolf-Kirche zu Nürnberg über den Geist, der auf der ökumenischen Konferenz in Genf im Februar dieses Jahres herrschte. In der Versammlung der UNO, sagte Dr. Niemöller, sei heute noch kein Platz für Deutschland. „Aber wenn 50 Kirchenmänner der ganzen Welt zusammenkommen, dann können sie nicht zusammentreten, ohne auch deutsche Kirchenmänner in ihrer Mitte zu haben", fuhr Pastor Niemöller fort.

Pastor Niemöller stellte seine Predigt unter das Wort der Heiligen Schrift: „Ich habe euch Leben und Tod vorgelebt, damit ihr das Leben wählen sollt." „Viele Christen haben damals den Tod gewählt", erklärte der Prediger, als er an die vergangenen 12 Jahre erinnerte, in denen manche glaubten, sie müßten einen Heiland haben, „der für das Diesseits zuständig ist, und der Jesus nur noch im Himmel regieren lassen wollte." Der Versucher, der uns auf den Weg des Todes führen wollte, der Abgott, der sich an Stelle Christi setze, sei der Hitler in uns selber.

Das Thema der furchtbaren Schuld des deutschen Volkes beherrschte einen großen Teil der eindringlichen Predigt. Niemöller erinnerte daran, daß in unseren Tagen und aus unserer Mitte ein ganzes Volk vom Erdboden verschwunden sei. Ueber sechs Millionen Juden seien grauenhaft gemordet worden. Die meisten wollten sich damit trösten, daß „die anderen" ja auch Schuld hätten. Dies sei zum Teil auch seine Meinung gewesen. Bis zu dem Augenblick, da er im vergangenen Herbst mit seiner Frau vor der Gedenktafel am Krematorium in Dachau stand. „Hier wurden vom Jahre 1933 bis 1945 insgesamt 238 756 Menschen verbrannt", lautete die Gedenktafel. „Hier fand ich den Steckbrief gegen mich", sagte Dr. Niemöller, „mein Alibi war zerstört, denn es ging nur von 1937 bis 1945, als ich KZ-Häftling war. Von 1933 bis 1937 war ich ein freier Mann, war Pastor meiner Gemeinde und predigte, als sei nichts geschehen. Ich hätte vor meiner Gemeinde stehen müssen, um sie zu warnen, nicht mitschuldig zu werden an diesem Verbrechen. Wenn wir damals die Wahrheit gesagt hätten, hätte es vielleicht keine Gestapo gegeben. So sehe ich die Schuldfrage an.

Die Einsicht in die eigene Schuld und Verantwortung, die Pastor Niemöller forderte, hätte bereits ihre Früchte getragen. Die ersehnte Brüderschaft der Christen aller Welt könne nur geschaffen werden, wenn auch das deutsche Volk seine Schuld anerkenne.

Abschließend verlas Pastor Niemöller die Botschaft der Genfer Kirchenkonferenz, die jetzt in allen Kirchen Deutschlands von den Kanzeln verlesen wird. Die Botschaft endet mit den Worten: „Mögen Vergebung, Einigkeit und echte menschliche Brüderlichkeit ihre Verwirklichung finden."

Das Internationale Arbeitsamt

„Armut, die irgendwo in der Welt auftritt, ist eine Gefahr für jeden Wohlstand in der Welt."

Diese Erkenntnis, die im Jahre 1944 in der „Philadelphia Charter" niedergelegt wurde, umfaßt das ganze Wesen des Internationalen Arbeitsamtes (International Labour Organisation), begründet die Notwendigkeit des Bestehens einer solchen Organisation und enthält gleichzeitig ihre große Zielsetzung, die auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft in der ganzen Welt hinzielt.

Vor etwa 2 Wochen hat der Völkerbund seine Tätigkeit, die sich über fast 3 Jahrzehnte erstreckte, eingestellt und die Fortführung seiner Aufgaben der Vereinten Nationen übergeben. Als einzige Unterabteilung wird das Internationale Arbeitsamt innerhalb des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO weiterbestehen bleiben.

Das Internationale Arbeitsamt wurde 1919 im Rahmen der Friedensverträge des Weltkrieges geschaffen, um die Interessen der Arbeiterschaft der ganzen Welt wahrzunehmen und zur Verbesserung ihres Lebensstandards beizutragen. In gemeinsamer Arbeit sollen Vertreter der Arbeiterschaft, der Arbeitnehmer und der Regierungen der vertretenen Länder Probleme der Arbeitslosenunterstützung, der Kinderarbeit, der Alters- und Krankenfürsorge sowie der Arbeitszeit und Entlohnung zu lösen suchen und das Recht der Arbeiterschaft, sich zu Verbänden und Vereinigungen zusammenzuschließen, gewährleisten.

Die Organisation setzt sich aus je einem Vertreter der Arbeiterschaft, der Arbeitgeber und je 2 Vertretern der Regierung der beteiligten Staaten, die jährlich einmal ihre Versammlung abhalten — und aus einem ständigen Büro mit dem Sitz in Genf zusammen, das unter der Kontrolle eines von der Konferenz gewählten Aufsichtsrates von 16 Regierungsvertretern, 8 Arbeiter- und 8 Arbeitgebervertretern die laufenden Arbeiten erledigt.

Insgesamt wurden in den Jahren bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges 67 Entschließungen und 66 Empfehlungen, die von den Regierungen der beteiligten Staaten bei der Arbeitsgesetzgebung weitgehend berücksichtigt werden sollen, von den Versammlungen der I.L.O. angenommen. Sie alle forderten Verbesserungen auf dem Gebiet der Sozialversicherungen, traten für eine Begrenzung der Arbeitszeit, für die Gewährung von Urlaub und freien Tagen bei vollem Lohn und für Erleichterungen für arbeitende Frauen und Kinder ein.

Wenn sich trotzdem das Programm des Internationalen Arbeitsamtes nicht voll auswirken konnte, so darum, weil der Kodex der I.L.O. keine Gesetze von internationaler Gültigkeit enthielt, so daß die Durchführung einer jeden Entschließung nur möglich war, nachdem sie von der Regierung des betreffenden Landes ratifiziert worden war.

Nach Beitritt der Vereinigten Staaten im Jahre 1934 wurde das Programm der Organisation überprüft, um es den erweiterten Anforderungen anzupassen. Es begann eine Reihe von Konferenzen, die sich mit zahlreichen Einzelfragen beschäftigten, so mit Problemen, die bestimmte Gebiete der Erde — beispielsweise die westliche Hemisphäre — betrafen oder für gewisse Zweige der Industrie und der Wirtschaft — etwa die Textil- oder die Eisenindustrie — von besonderer Bedeutung waren. Das ständige Büro in Genf erweiterte den Betrieb, indem es den verschiedenen Regierungen Fachleute — oder Komitees beratend zur Seite stellte.

Die Tatsache, daß das Internationale Arbeitsamt nicht nur den Kriegsausbruch überlebte, sondern im Verlauf des Krieges sogar seine Tätigkeit noch steigern konnte, mußte allen Gegnern dieser Einrichtung die Existenzberechtigung des Amtes nachweisen.

Nachdem die 25. Sitzung der I.L.O.-Vertreter aller Länder im Juni 1939 in Genf stattgefunden hatte, verhinderte das Kriegsgeschehen zunächst alle weiteren Plansitzungen. Doch bereits im 2. Kriegsjahr — nachdem der Sitz der Organisation nach Montreal in Kanada verlegt worden war — trat die I.L.O. mit gesteigerter Aktivität auf den Plan. Auf einer außerordentlichen Konferenz in New York wurde man sich über die entscheidende Aufgabe klar, die der Organisation bei dem Aufbau einer neuen Welt nach dem Kriege zufallen würde.

Um die Leistung des Internationalen Arbeitsamtes voll würdigen zu können, muß man die Tatsache erwähnen, daß sie sich mit Problemen des Wiederaufbaues nach dem Kriege befaßte, bevor die Organisation der Vereinten Nationen ins Leben gerufen worden war, bevor die UNRRA ihre Tätigkeit aufgenommen hatte und bevor irgendeine der anderen Vereinigungen, die sich in der Folgezeit mit der Lösung von Nachkriegsproblemen beschäftigten zusammengetreten waren.

All diese Vorschläge zur Lösung von Nachkriegsproblemen faßte die Konferenz in Philadelphia zusammen. Neben dem allgemeinen Entschluß, den Wirkungskreis des Amtes zu erweitern und besondere Komitees für alle Industriezweige von weltumfassender Bedeutung und andere für bestimmte Gebiete, wie Lateinamerika oder Ostasien, zu bilden, wurden einige Richtlinien für die Erleichterung des Ueberganges von der Kriegs- auf die Friedensbedingungen — Fürsorge für Kriegsversehrte — und Hinterbliebene, Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit etc. ausgegeben.

„Einigkeit und Wachsamkeit muß für die Zukunft der Leitspruch der Arbeiterschaft sein, wenn sie nicht wieder in die Irre geführt werden wolle." Mit diesen Worten eröffnete Leon Jouhaux als Vorsitzender die 27. Vollsitzung der I.L.O. Militärisch habe man zwar den Krieg gewonnen, jetzt komme es darauf an, die Feinde des demokratischen Gedankens auch geistig auszuschalten.

Die Pariser Konferenz galt der Vorbereitung der Eingliederung der I.L.O. in den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO, als deren Bestandteil das Internationale Arbeitsamt nun in Zukunft für das Wohl des Arbeiters eintreten wird, eingedenk der Mahnung des verstorbenen Präsidenten Roosevelt, daß ein Frieden ohne soziale Gerechtigkeit keinen Bestand haben könne.

Weitere Maifeiergrüße der Internationale

Bei der SPD, Büro der Westzonen, trafen unter zahlreichen anderen folgende Maifeiergrüße an die SPD ein:

Vereinigte Arbeiterorganisation von Alberta, Kanada

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, aus Anlaß der 1. offiziellen Maifeier Eurer Bewegung die herzlichsten Grüße und alle guten Wünsche zu übermitteln. Ich hoffe, daß durch diese Erinnerung an alle die Leiden, die die Arbeiterbewegung durchlebt hat, die Bande der menschlichen Bemühungen gegenüber allen Arbeitern zu einem Kraftzentrum gestaltet werden können, damit die Arbeiterbewegung ihrem Volk die Gerechtigkeit zu sichern vermag.

gez. D. B. MacKenzie, Präsident.

Die Sozialdemokratische Föderation der Vereinigten Staaten von Amerika

Im Namen der Sozialdemokratischen Föderation der Vereinigten Staaten von Amerika bitte ich Sie, werter Genosse Schumacher, unsere Grüße den Sozialdemokraten Ihres Landes zu übermitteln. Wir freuen uns über den Fortschritt, der bereits erzielt wurde im Wiederaufbau der großen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seit dem Ende der Feindseligkeiten, und wir sind überzeugt, daß dieser Fortschritt anhalten wird. Während wir Amerikaner den 1. Mai feiern, werden wir inspiriert sein durch das Wissen, daß für das 1. Mal nach so vielen schwarzen Jahren unsere deutschen Genossen in der gleichen Weise die gleichen Ideale der internationalen Solidarität und der politischen und wirtschaftlichen Freiheit proklamieren.

Mit herzlichen guten Wünschen

Algernon Lee, 1. Vorsitzender.

Isländische Sozialdemokratische Partei Reykjavik

Zur ersten freien Maifeier in Deutschland seit vierzehn Jahren sendet die Isländische Sozialdemokratie ihrer deutschen Bruderpartei ihre wärmsten Grüße. Der Heldenmut, mit dem die deutsche Sozialdemokratie dem Terror des Hitlerismus getrotzt hat, bürgt dafür, daß sie in der Gestaltung einer demokratischen und sozialistischen Zukunft Deutschlands führende Rolle spielen wird.

gez. Stefan Johann Stefanssen.

Dr. Erich Rinner, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei New York

Lieber Genosse Schumacher!

Es fügt sich, daß die ersten Grüße, die ich Ihnen nach den langen Jahren der Trennung senden kann, Grüße zur ersten Maifeier der wiedererstandenen deutschen Arbeiterbewegung sein können. Ich kann und will keine großen Worte machen; aber eines möchte ich Ihnen zu diesem 1. Mai sagen: Mit innerer Teilnahme und voller Bewunderung verfolgen wir hier, wie mutig und unbeirrt Sie sich für die Wiedergeburt der deutschen Sozialdemokratie einsetzen. Wie wir es von hier aus sehen, hat die deutsche Sozialdemokratie nicht nur die ungeheuer schwere Aufgabe, die Führung im wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu übernehmen, sondern auch die ebenso schwere andere Aufgabe, das Vertrauen der Welt in die Lebensfähigkeit eines demokratischen Deutschlands zu gewinnen. Wie schwer es auch sein wird, diese Aufgabe zu lösen, sie wird nur gelöst werden können, wenn die deutsche Arbeiterbewegung an der Idee festhält, die sie einst zur Lehrmeisterin der Arbeiterbewegung aller Länder gemacht hat: der Idee der sozialen Demokratie — wahre Demokratie und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind, und daß es keines ohne das andere geben kann. Hier draußen ist es leicht, das zu sehen und auszusprechen, aber dort drinnen ist es schwer, sich dazu zu bekennen und danach zum handeln. Daß Sie es getan haben, wird einst als geschichtliche Leistung erkannt und gewürdigt werden. Wir grüßen Sie und alle Genossen, die mit Ihnen der Sache der Demokratie und des Sozialismus dienen.

In alter Kameradschaft

Ihr Erich Rinner.

Attlee vor der Labour-Party

New Castle on Tyne, 30. April (DANA). „Kein unvoreingenommener Beobachter kann leugnen, daß die Engländer sich bemühen, in allen Teilen der Welt, wo sie die Möglichkeit dazu haben, die Freiheit zu vermehren", erklärte der englische Ministerpräsident Attlee am 27. d. Mts. in einer Versammlung der Labour-Party. Er sagte weiter: „Wir haben der Welt ein Beispiel gegeben, indem wir den Grundsatz der Treuhänderschaft für unsere Mandatsgebiete angenommen haben, und wir verfolgen die Politik, den Kolonien ein steigendes Maß von Selbstverwaltung zu gewähren." Attlee gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es in Java bald zu einer Einigung zwischen Holländern und Indonesiern kommen werde.

Attlee betonte, die englische Regierung ließe sich von dem Gedanken leiten, die Autorität der Organisation der Vereinten Nationen auf jede erdenkliche Weise zu unterstützen und zu stärken. Attlee fuhr fort: „Ich will nicht behaupten, daß wir alle mit der internationalen Lage zufrieden sind. Es ist schwierig, eine feste Gemeinschaft aufzubauen, wenn Armut, Mangel und Hungersnot herrschen. Wir versuchen zu helfen, soweit es uns möglich ist, aber unsere Mittel sind nach fünf Kriegsjahren sehr beschränkt und unsere eigene wirtschaftliche Lage ist alles andere als leicht. Wir bemühen uns, so eng wie möglich mit unseren großen und kleinen Alliierten zusammenzuarbeiten, aber wir müssen dabei an eines denken: Zusammenarbeit bedeutet, daß wir nicht tun und lassen können, was wir wollen." Attlee warnte vor einem „ungeduldigen Idealismus", der die Wirklichkeit übersieht. „Wir haben von der Vergangenheit schwierige Probleme übernommen, die nicht leicht zu lösen sind."

Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Attlee einen Ueberblick über die innerpolitischen Maßnahmen der Labour-Regierung während ihrer neunmonatigen Amtszeit. Im Hinblick auf die Verstaatlichungsmaßnahmen forderte Attlee die Engländer auf, die große Idee des öffentlichen Eigentums mit derselben Energie und Begeisterung zu verwirklichen, die sie für die Kriegsanstrengungen angewandt hätten.

„Wir wollen eine solide Grundlage für die wirtschaftliche Blüte unseres Landes legen. Aber wirtschaftliche Blüte allein ist nicht genug. Der britische Sozialismus war niemals materialistisch. Wir haben für soziale Gerechtigkeit, für gerechtere Verteilung des Wohlstandes gekämpft, um allen Menschen die Chance zu einem anständigen Leben zu geben. Niemals war es nötiger als heute, die Arbeit mit einem Ideal zu erfüllen."

Im zweiten Teil seiner innerpolitischen Ausführungen befaßte sich der Ministerpräsident mit den wiederholten Anträgen der englischen Kommunisten auf Eingliederung in die Labour-Party. Er sagte: „Wir glauben, daß wir Planwirtschaft treiben können, ohne die wesentlichen Freiheiten, die dem Menschenleben seine Würde geben, fallen zu lassen." Die Kommunisten lehnten die Ideale der Arbeiterpartei ab, und die Art, in der sie die Macht zu erlangen trachten, entspräche nicht den Grundsätzen, die das Leben der zivilisierten Gesellschaft erst ermöglichen. Er, Attlee, hoffe zuversichtlich, daß der nächste Kongreß der Labour-Party endgültig die Bemühungen der Kommunisten um Eingliederung zurückweisen werde.

Das Zukunftshaus

Weit davon entfernt, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die einer Verwirklichung von Projekten entgegenstehen, wie sie im Folgenden gezeigt werden, wollen wir jedoch nicht versäumen, zu zeigen, welche Ziele auch bei uns in einer glücklicheren Zukunft angestrebt und erreicht werden können.

Nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten tritt die Wohnungsfrage mehr denn je in den Vordergrund. Auch hier macht sich ein großer Mangel an Wohnungen bemerkbar. Er ist vor allen Dingen auf die Rückkehr zahlreicher Soldaten, die einen neuen Hausstand gründen wollen, zurückzuführen.

Ein großer Prozentsatz dieser neuen Häuser wird bereits wohnfertig die Fabriken verlassen, so daß sie nur noch auf den Grundstücken der Käufer aufgebaut werden müssen. Schon jetzt hat die amerikanische Bauindustrie viele solcher fabrikfertiger Häuser auf Lager. Die Kauflustigen haben Gelegenheit, sich aus der Vielfalt von Modellen ihr zukünftiges Haus, groß oder klein, auszusuchen. Die Preise sind so günstig, daß sich auch der Mann mit einem bescheidenen Einkommen ein eigenes Haus leisten kann. Die Voranfertigung kompletter Häuser in der Fabrik ist keine neue Erfindung. Einige Baugesellschaften arbeiten schon jahrelang nach dieser Methode. Durch den zur Zeit bestehenden Mangel an Wohnraum wurde dieser aufstrebenden Industrie jedoch die erste Chance gegeben, ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Zu den letzten Modellen gehört das von der Firma Wingfoot herausgebrachte bewegliche „Akkordeon-Haus", das von vier Personen bewohnt werden kann und nur zwei Tonnen wiegt. Der größte Teil der Wohn- und Eßzimmer-Möbel ist eingebaut. Die Küche ist versenkbar. Der Eisschrank kann sofort von der Hausfrau benutzt werden. Es handelt sich hier nicht um noch unverwirklichte Entwürfe auf dem Zeichenbrett, sondern um Häuser, die schon ihre Bewährungsprobe bestanden haben, denn schon die Kriegsarbeiter des Goodyear-Werkes in Litchfield Park, Arizona, waren in „Akkordeon-Häusern" untergebracht und — glücklich.

Von der Firma Gunnison wurde während des Krieges durchschnittlich alle 25 Minuten ein Haus fertiggestellt. Man hofft, durch einen weiteren Aufwand von einer Million Dollar alle fünfzehn Minuten ein Haus fertigzustellen. Die Firma wird acht verschiedene Ausführungen von Häusern zum Verkauf anbieten, die — falls gewünscht — Veranden, Arkaden, Garagen und sogar Blumenkästen mit Blumen aufweisen. Die Kosten von 3500 bis 8000 Dollar können in Monatsraten von dreißig bis sechzig Dollar abgezahlt werden.

Die Anchorage-Häuser-Gesellschaft wird 39 Modelle herausbringen. Einige dieser Häuser werden ein Schlafzimmer, ein Bad, ein Wohn- und Eßzimmer und eine Küche haben. Andere Modelle wieder werden zweistöckig sein und vier Schlafzimmer, zwei Badezimmer, ein großes Wohnzimmer, ein Eßzimmer, einen Keller, eine Veranda und eine Garage haben. Der Preis für ein Haus dieser Art beträgt 7600 Dollar.

Eine andere große Baugesellschaft, die Firma Homasote, wird Heime zum Preise von 1800 Dollar bis 40 000 Dollar herstellen. Sie bietet ihren Käufern Gelegenheit, sich nach eigenem Geschmack Modelle entwerfen zu lassen oder auch aus einer Anzahl fertiger Modelle ihr neues Haus auszuwählen.

Unter den fabrikfertigen Häusern der Firma Green in Illinois ist besonders das sogenannte „Sonnen-Haus" zu erwähnen. Dieses Haus ist etwa fünfzehn Meter lang, hat ein flaches Dach und ist mit der Vorderfront, die mit schweren, hermetisch abgeschlossenen Glasverkleidungen umgeben ist, nach Süden gerichtet. Durch diese Einrichtung dürfte es an sonnigen Wintertagen möglich sein, die Feuerung um 30 Prozent einzusparen. In den heißen Sommermonaten, wenn die Sonne sehr hoch steht, werden die nach der Südseite liegenden Hauptaufenthaltsräume durch die über die vordere Hauswand vorspringenden Dachrinnen, die die Sonnenstrahlen abfangen, vor Hitze geschützt sein. Das flache Dach wird so angelegt sein, daß es ständig von einer Wasserschicht in einer Höhe von ungefähr zweieinhalb Zentimeter Höhe bedeckt ist.

„Plastische Luft", ein neuer wasser-, feuer- und erdbebenfester Stoff wird von der Firma Hal Hayes zum Bau ihrer neuen wohnfertigen Häuser verwendet. Dank der Leichtigkeit des Materials kann das Hayes-Haus in 34 Minuten auf einem Grundstück aufgebaut werden. Das Haus hat eine Gesamtraumfläche von 200 Quadratmeter und ist in ein Eßzimmer, zwei Schlafzimmer, Küche und Bad aufgeteilt. Ein Gasbackofen, eingebaute Wasservorrichtungen und Rolläden an den Fenstern sind im Verkaufspreis von 2000 Dollar miteinbegriffen.

Die von den Henry-Kaiser-Werken konstruierten Häuser werden nur zum Teil in der Fabrik fertiggestellt, so daß die meisten Arbeiten auf der Baustelle selbst getan werden müssen. Die Firma hat bereits zehntausend Grundstücke zum Bau von neuen Häusern an der Westküste erworben.

Die noch häufig bestehende Voreingenommenheit, die Qualität der in der Fabrik fertiggestellten Häuser sei der anderer Häuser nicht gleichwertig, ist vollkommen unberechtigt. Im Gegenteil, diese neuen Häuser werden eher noch besser als gewöhnliche Häuser sein.

Vorläufig hat dieser Industriezweig moderner Bautechnik noch mit allerlei Schwierigkeiten fertig zu werden.

Sollte die amerikanische Bauindustrie die Erwartungen erfüllen, so wird der Wunschtraum eines jeden Amerikaners, behaglich und billig zu wohnen, bald Wirklichkeit werden.

Nicht nur Amerika selbst, sondern auch andere Nationen sind an der Massenproduktion von fabrikfertigen Konstruktionen interessiert. Rußland beabsichtigt, achtzehn fertige Fabrikanlagen in Amerika zu bestellen. Groß-Britannien, das vier Millionen neue Heime benötigt, hofft auf eine Lieferung von 500 000 Häusern aus Amerika. Frankreich, Italien, Griechenland, China und andere durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogene Länder haben Kommissionen nach den Vereinigten Staaten entsandt, die entweder Kaufverträge abschließen oder die Neuerungen der modernen Bautechnik Amerikas studieren wollen.

(DANA-Sonderdienst)

Die Verwüstung des deutschen Geschichtsbildes im Hitlerreich. Ueber dieses Thema spricht Dr. Gerhard Ritter, Freiburg, Professor der neueren Geschichte an der Universität Freiburg, am 7. Mai 1946 im Saal der Matthäus-Pfarrei, einer Einladung der Ueberparteilichen Demokratischen Arbeitsgemeinschaft, Karlsruhe, folgend. Professor Ritter, der dem Dritten Reich von jeher als Gegner des Nationalsozialismus verdächtig war, zog gerade deswegen große Hörermengen nach Freiburg. Schließlich wurde er am 2. November 1944 verhaftet und kam, nach Aufenthalt im KZ Fürstenberg (Mecklenburg), in Berlin in das Gefängnis Lehrterstraße zusammen mit den Häftlingen vom 20. Juli 1944. Als Freund Dr. Gördelers wurde er beschuldigt, einen Verfassungsplan für das Vierte Reich ausgearbeitet zu haben. Deswegen erfolgte Anklage wegen Hochverrats. Tatsächlich hatte Professor Ritter zusammen mit Freunden, darunter Dr. Gördeler, eine theologisch-politisch-historische Denkschrift entworfen. Diese war bestimmt, als Grundlage für Verhandlungen zwischen deutschen und englischen Kirchenfürsten auf einer Welt

Karlsruher SPIEGEL

Der Mai ist gekommen

Wir wollen aber nicht undankbar sein und dem scheidenden April einen ehrenden Nachruf widmen. Er war nicht der übliche launische oder manchmal bösartige Gesell. Mild und freundlich überstrahlte er seine Zeit. Beim Abschied blitzte dann aber doch der Schalk aus seinen Augen. Er versteckte sich zeitweise hinter schwarzen Wolken, jagte den Wind durch die Ruinen, überfiel überraschend „unbeschirmte" Menschenkinder. Es war aber nur ein Scherz.

Nun hat er das Szepter dem lieblichsten Monatskind übergeben. In strahlendem Blütenkleid hielt der Knabe Mai seinen Einzug. Er ist der Faszinierende, den die Dichter besingen, der junge Herzen schneller schlagen läßt. Mit seinem Einzug beginnt gleichermaßen der Auszug der Menschen in die Natur. Wir wollen aber nicht versäumen, dem freundlichen Wanderer einen praktischen Wink zu geben. Der kluge Mann haut vor und nach diesem Motto fülle man seinen Rucksack auf dem Heimweg mit Brennholz, dann hat er eine angenehme Erinnerung in der kalten Jahreszeit an den Wonnemond. P. S.

Volksküche des Roten Kreuzes

Eine neue Institution von wirklich praktischem Wert ist die vom Roten Kreuz ins Leben gerufene Volksküche in der Scheffelstraße.

Bei Abgabe von wöchentlich RM 4.20, 20 g Fett, 50 g Nährmittel, 100 g Brot und 50 g Fleisch kann jedermann dort ein ausreichendes Mittagessen erhalten. Und wie wichtig eine gute Speisestätte in diesen Zeiten der Not ist, zeigen die Ergebnisse. Bereits nach wenigen Tagen der Eröffnung mußten täglich 400 Essen verabreicht werden, bezw. bei mehr Kartoffeln, Brot usw. könnte man heute schon über 1000 abgeben. 150 Studenten, die gesamten AAK (Aufräumungsarbeiter Karlsruhe), Hochschulprofessoren und viele andere sind die Gäste dort. Alles alleinstehende Menschen, die durch die Verhältnisse gezwungen sind, in Gaststätten zu essen.

Jeder weiß, wie ungeheuer schwierig die Beschaffung von Töpfen, Tassen, Tellern und größeren Lebensmittelmengen in der heutigen Zeit ist. Wir können also dem Roten Kreuz zur Wahl der neuen Volksküchenleiterin Frau Dr. Wengler, die all diese Probleme meisterhaft bewältigt, nur gratulieren. Weitere Anerkennung verdienen die Firmen Junker und Ruh, Wohlschlegel, Müller-Bazar, Hacker, Hammer und Helbling und nicht zuletzt die 30 Angestellten der Küche, die sich alle in den Dienst der guten Sache gestellt haben. Schw.

Ist Herz wirklich Trumpf?

Die Vielzahl der heute dem Publikum auf allen Gebieten der leichten Muse gebotenen Veranstaltungen ermöglicht selbst dem Laien schon, sich ein objektives Urteil zu bilden. Wenn nun aber eine Veranstaltung, wie „Herz ist Trumpf", innerhalb von acht Tagen dreimal abgesagt werden muß wegen Nichteintreffen der Künstler (die Schau ist für den ganzen Monat in Bamberg für Amerikaner verpflichtet), so darf damit keinesfalls ein unzutreffendes Urteil über die Mitwirkenden, die bis dato in Karlsruhe einen guten Ruf genossen hatten, gefällt werden, wie dies am 16. April, abends, vor den verschlossenen Türen der Festhalle in Durlach geschah! Warum zieht man nicht die Verantwortlichen zur Rechenschaft, und das ist in diesem Falle ohne Zweifel die Veranstalterin, die Agentur Hoffmüller? E. K.

Ausbildungslehrgänge für Volksschullehrer

Der Unterricht in der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg und in den Ausbildungslehrgängen für Volksschullehrer in Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim beginnt Mitte Mai 1946. Sowohl die zugelassenen Bewerber als auch diejenigen, die nicht berücksichtigt werden konnten, erhalten rechtzeitig schriftliche Nachricht. Vorsprachen und schriftliche Anfragen bei der Unterrichtsabteilung sind unbedingt zu unterlassen.

Beratungsstelle für Minderbemittelte. Die kostenlose anwaltschaftliche Beratung Minderbemittelter wird ab 8. 5. 46 wieder eröffnet. Sie findet statt: jeweils am Mittwoch von 14—16 Uhr im Amtsgerichtsgebäude in Karlsruhe, Akademiestraße 8, im Zimmer Nr. 254.

Tabakwaren genügend vorhanden. Da der Tabakwareneinzelhandel der Stadt Karlsruhe in genügendem Umfang mit Tabakwaren versehen ist, wird jetzt schon in allen Geschäften mit dem Verkauf auf die Raucherkarte der 88. Zuteilungsperiode begonnen.

Hebelfeier im Schloßgarten. Die diesjährige Hebelfeier findet am Donnerstag, den 9. Mai um 19 Uhr im Schloßgarten am Denkmal des Dichters statt. Der Männerchor des Karlsruher Liederkranzes wird unter musikalischer Leitung von Schulleiter Otto Feil Lieder und Dichtungen von Joh. P. Hebel zum Vortrag bringen. Die Ansprache hält Prof. Fluck.

Mit der Bergbahn zum Gut „Schöneck". Das schöne und beliebte Ausflugsziel unserer Stadt — der Turmberg und seine waldreiche Umgebung — ist seit einiger Zeit wieder bequem mit der Bergbahn zu erreichen. Ein weiterer erfreulicher Fortschritt in der Entwicklung zum „friedensmäßigen" Betrieb ist in der Wiedereröffnung der Gastwirtschaft auf Gut Schöneck (Nähe der Endstation der Bergbahn) zu erblicken.

Rachitisbekämpfung. Den Gesundheitsämtern wurde das Medikament Vigantol zur Bekämpfung der Rachitis zur Verfügung gestellt. Da es sich um ein sehr schwer erhältliches und in diesem Falle um ein sehr konzentriertes Präparat (Vigantol „pforte") handelt, kann die Ausgabe nur an gefährdete Kinder unter Aufsicht der Säuglingsfürsorge vorgenommen werden. Die Verteilung geschieht über die Mütterberatungsstunden. Jede verantwortungsbewußte Mutter nütze diese Gelegenheit und bringe ihr Kind in die Mütterberatungsstunde.

Polizeibericht

Ein Kraftfahrzeughandwerker und ein Schlosser konnten festgenommen und eines Autodiebstahls in der Kurfürstenstraße überführt werden. — Auf dem Bahnhof wurden zwei junge Männer festgenommen, die im Schwarzhandel amerikanische Zigaretten zu weit übersetzten Preisen verkauft und sich schon längere Zeit ohne festen Wohnsitz herumtreiben. Sie stehen im Verdacht, auch Kofferdiebstähle durchgeführt zu haben. — Eine Hausfrau wurde festgenommen, weil sie in der letzten Zeit zwei Kellerdiebstähle ausgeführt hat und noch weiterer Diebstähle verdächtigt ist. — Ein Kaufmann wurde angezeigt, weil er die festgesetzten Geschäftszeiten nicht eingehalten hat, drei weitere Kaufleute, weil sie gegen Lebensmittelmarken der neuen Periode bereits am 30. März 1946 verkauft haben. — Eine Putzfrau wurde festgenommen, weil sie im Krankenhaus Bekleidungs- und Schmuckgegenstände gestohlen hat. — Ein Schreiner konnte festgenommen werden, der wegen Beihilfe bei einem Autodiebstahl gesucht wurde. — Eine Krankenschwester, die ihr neugeborenes Kind aus Verzweiflung getötet hat, wurde ins Gefängnis eingeliefert. — Drei Geschäftsinhaber gelangten zur Anzeige, weil sie bewirtschaftete Waren aus ihren Beständen entnommen und zu Tauschzwecken benutzt haben.

Wettervorhersage

Wechselnd bewölkt mit Aufheiterung. Vorübergehende örtliche Regenfälle. Keine wesentlichen Temperaturänderungen gegenüber den Vortagen.

Um die Karlsruher Oper

Gen.-Musikdir. Matzerath zur Gestaltung des Musiklebens

Aus einer Zuschrift von Herrn Heinz Rietz, Karlsruhe, Kaiserstraße 90, entnehmen wir u. a. folgendes:

„Was wurde hier bis jetzt an Oper und Konzert geboten? Es ist für eine Bühne wie Karlsruhe fast beschämend. Wenn ich Vergleiche mit anderen Bühnen ziehe, die noch unter anderen Verhältnissen spielen müssen, so gewinnt man den Eindruck, daß dort überall mehr Schwung dahinter steckt. Bei uns scheint die Initiative oder das Interesse unseres Generalmusikdirektors Matzerath zu fehlen. Es wäre interessant, etwas über seine Pläne zu erfahren.

Es braucht ja nicht immer eine große Oper oder Konzert zu sein. Es gibt genügend kleinere Werke, auch Konzerte mit Opernausschnitten und leichteren symphonischen Werken würden bestimmt Anklang finden. Und dann nicht immer die alten Standardwerke, ohne gegen eine Oper wie „Traviata" oder „Tiefland" etwas einwenden zu wollen. Mit etwas gutem Willen wäre schon manches zu erreichen. Auch dürften Neuverpflichtungen von guten Solisten derzeit sehr günstig sein."

*

Da in dieser Zuschrift Fragen von allgemeiner Bedeutung für das Karlsruher Musikleben angeschnitten werden, haben wir Generalmusikdirektor Otto Matzerath um Stellungnahme gebeten.

Generalmusikdirektor Matzerath führt folgendes aus: „Es sind uns hier so ziemlich alle Spielpläne der Städte mit eigenen Theatern bekannt; bei einem Vergleich mit dem unsrigen müssen wir immer wieder feststellen, daß das Gesicht der fremden Spielpläne dem unsrigen stark ähnlich ist."

Auf den Vorwurf mangelnder Initiative weist Matzerath erstaunt auf das schon Gebotene hin. „Ich habe Ende August 1945 das erste große Symphonie-Konzert dirigiert mit anschließenden Wiederholungen, darauf weitere zwei Konzerte, bis ich durch die Entnazifizierung 18 Musiker verlor. Durch diesen Ausfall war es mir unmöglich, weiter zu konzertieren. Nachdem das Orchester in der Zwischenzeit wieder verstärkt wurde, werde ich in dieser Woche die Reihe der Symphonie-Konzerte weiterführen." Zur Frage nach verlockenden Angeboten erklärte Matzerath, er besitze solche, daß er aber Herrn Oberbürgermeister Veit versprochen habe, als musikalischer Oberleiter in Karlsruhe weiter zu arbeiten. „Ich sehe in der Person von Oberbürgermeister Veit und in dessen unermüdlichen tatkräftigen Unterstützung für das Theater und mich die Gewähr dafür, daß ich künstlerisch vollwertig arbeiten kann." Zur Frage nach Konzerten mit Opernausschnitten, äußert sich M. folgend: „Sogenannte Bunte Abende muten mich dilettantisch an, im übrigen haben wir seit längerer Zeit Opern, Operetten und Symphonie-Konzerte auf dem Spielplan, die diese Abende überflüssig machen."

In bezug auf die alten „Standardwerke" vertritt Matzerath folgenden Standpunkt: „Bei der seelischen Depression, unter der die Menschen heute nach den chaotischen Ereignissen der letzten Jahre stehen, dürften problematische Experimente jetzt noch zu verfrüht sein. Was die Abwechslung in unserem Opernspielplan anbelangt, möchte ich sagen, daß wir als erstes Werk die deutsche Märchenoper „Hänsel und Gretel" brachten, darauf die klassische „Traviata", dann den deutschen Verismo, verkörpert durch „Tiefland", anschließend die italienische veristische Oper „Tosca". Vorgesehen ist als nächstes Werk „Don Juan", die höchste klassische Oper, um dann als Abschluß der diesjährigen Saison eine Spieloper aufzuführen." Auf die Frage, wie es um die Verpflichtung von guten Solisten stehe, gab Herr Matzerath folgende Antwort: „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß gute Solisten entweder politisch belastet sind oder so viel Geld kosten, das wir im Moment nicht bezahlen dürfen, im Gegensatz zu andern Bühnen, die mehr Gage zahlen.

„Warum sind Sie, Herr Generalmusikdirektor, in den letzten Wochen so wenig am Pult erschienen?"

„Nach dem Ausscheiden von Herrn Michels wurde ich mit der kommissarischen Führung unserer Bühne betraut. Um mich ganz den Intendantenaufgaben widmen zu können, mußte ich zu meinem größten Bedauern eine Zeitlang auf Dirigieren verzichten, da ich in diesem Falle nur eine Aufgabe verantwortungsbewußt erfüllen konnte. Meine künstlerischen Ambitionen liegen auf musikalischem Gebiet, ich sehe weiterhin meine Hauptaufgabe als Dirigent und werde nach der endgültigen Besetzung des Intendantenpostens meine ganze Kraft dafür einsetzen, die Karlsruher Musiktradition wieder auf ein hohes Niveau zu bringen." Ng.

Karlsruhe wird wieder aufgebaut

Arbeitsgemeinschaft zur Bergung von Materialien und Beseitigung der Trümmermassen

Von 1. Bürgermeister Heurich-Karlsruhe

II.

Die Krönung der gesamten Wiederaufbauarbeit ist die Wiederherstellung der alten, baugeschichtlich wertvollen Baudenkmäler. Bis zur Erreichung dieses schönen Zieles bedarf es noch vieler Mühen. Einstweilen steht die herbe Wirklichkeit der Trümmer und Ruinen, des Schuttes und der Asche vor uns. Wenngleich wir schon mitten im Wiederaufbau stehen, müssen wir uns in erster Linie durch die wenig angenehme Aufgabe der Beseitigung der Trümmer- und Schuttmassen hindurcharbeiten.

In den zerstörten Städten haben sich sowohl die Behörden, als auch viele Werkleute, Unternehmer und Betriebsangehörige, Gedanken über die zweckmäßigste Art der Schutt- und Trümmerbeseitigung und Verwertung gemacht. Ehe jeweils die Entscheidung fällt, bedarf es auch vieler Ueberlegungen, um kostspielige Fehlgriffe zu vermeiden. In Karlsruhe sind etwa 1,5 Millionen cbm Trümmermassen und Schutt zu beseitigen. Schon hieraus ergibt sich, daß das Problem in erster Linie als Transportaufgabe zu bewältigen ist. Der Aufwand ist auf 8—10 000 000 RM. zu veranschlagen. Im Vorland des Wiederaufbaues aber ist zunächst die Schutt- und Trümmerbeseitigung zu bewältigen.

Die Planung der Schutt- und Trümmerabfuhr in Karlsruhe zeigt ein einfach gegliedertes Schema. Von den Trümmerstätten fahren Zubringerlinien, teils Lastwagen, teils Feldbahnen zur Hauptförderbahn am Schloßplatz. Die Umladung auf die Hauptförderbahn wird mit Hilfe einer Verladerampe bewirkt. Durch die Hauptförderbahn wird der Schutt zum Rheinhafengelände verbracht. Insgesamt können 1500 Arbeiter auf Jahre Beschäftigung finden. Sie sind erst zum kleinsten Teil am Werk. Fast alle Arbeiten können vorwiegend mit ungelernten Kräften ausgeführt werden, so daß die Facharbeiter in erster Linie für den Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Alle Kräfte werden durch das Arbeitsamt vermittelt.

In Vorwegnahme von Erwägungen, die in Verbindung mit dem Wiederaufbau zur Bauarbeiterfrage anzustellen sind, ist auch hier darauf hinzuweisen, daß die Mitarbeit ausreichender Arbeitskräfte unerläßliche Voraussetzung ist. Zur Erklärung der nicht befriedigenden Anteilnahme der Arbeitslosen an diesem Werk können verschiedene Gründe angeführt werden, wie z. B. körperliche Beeinträchtigung, soziale Not auf dem Gebiete der Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung, Verkehrsschwierigkeiten im Zubringerverkehr zwischen der Stadt und den Landgemeinden. Dieser ist in den letzten Wochen wesentlich verbessert worden. Die Arbeit im Baugewerbe ist im III. Reich nebensächlich behandelt worden. Hier ist eine gründliche Wandlung erforderlich. Bestimmte, nicht immer glückliche Verwaltungsmaßnahmen haben vielleicht bewirkt, daß die Aufbauarbeit und insbesondere die Aufräumungsarbeit als eine solche minderer Art angesehen wird. Sie ist aber, weil für das Wohl der Gesellschaft vordringlich wichtig, eher als ein Ehrendienst anzusehen, dessen sich niemand zu schämen braucht.

Es wird interessieren, daß zur Durchführung der großen Aufgabe eine Arbeitsgemeinschaft (Interessengemeinschaft) des Bauhandwerks gegründet worden ist, der etwa 35 Firmen des Karlsruher Baugewerbes und der Bauindustrie angehören. Die Stadt ist auf Grund einer Anordnung der Militärregierung vom 17. September 1945 ermächtigt, die noch verbliebenen Baureste zu beschlagnahmen und für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Für die sich bemerkbar machenden Diebstähle an solchem Material ist kein Verständnis mehr vorhanden.

Werden Sachen aufgefunden, die offensichtlich Privateigentum sind (z. B. Fahrnisse), so verständigt die Arbeitsgemeinschaft den Eigentümer des Anwesens. Auf Nachweis des Eigentumsrechts und nach Zahlung eines angemessenen Bergelohns sind diese Sachen herauszugeben.

Der bei der Veräußerung der noch brauchbaren Baustoffe erzielte Erlös wird den Eigentümern der beschlagnahmten Gegenstände nach Abzug der Bergungskosten gutgeschrieben. Auszahlung kommt erst nach Regelung der Frage der Tragung der Aufräumungskosten in Betracht; diese wiederum ist davon abhängig, wie die Wiederaufbaufinanzierung endgültig gesetzgeberisch geregelt wird. Einstweilen werden die Abbruch-, Bergungs- und Aufräumungskosten, die auf den einzelnen Anlagen entstehen, schriftlich festgehalten. Die Entschädigung der Arbeitsgemeinschaft wird durch die Stadt teils nach Taglohn, teils im Akkordwege geleistet.

Es ist schon viel darüber verhandelt worden, daß man aus dem Trümmerschutt an Ort und Stelle durch Anwendung besonderer physikalisch-chemischer Verfahren Mauersteine herstellen solle. In den verschiedenen Planungen deutscher Städte ist der Bau solcher Fabrikationsanlagen entweder schon bei den Trümmern, oder außerhalb in Verbindung mit dem Ablagerplatz vorgesehen. Karlsruhe hat in seiner Planung diese letztere Lösung ins Auge gefaßt. Es darf nicht außer Betracht bleiben, daß die praktische Erfahrung in dieser Frage noch nicht endgültig geurteilt hat. Es kommen sowohl technische, als finanzielle und wirtschaftliche Gesichtspunkte in Betracht. Es ist beispielsweise zu untersuchen, ob der Gipsgehalt der Trümmer eine bestimmte, noch tragbare Konzentration überschreitet. Weiter ist u. a. zu prüfen, ob die Produktionskosten im Vergleich zu denen von Backsteinen nach herkömmlichem Verfahren erträglich sind. Hierbei kommt es auf die örtlichen Verhältnisse an. Soweit Karlsruhe in Betracht kommt, sei aus einem technischen Gutachten folgendes mitgeteilt:

„Wir sind der Meinung, daß die Errichtung von Trümmerverwertungsanlagen innerhalb des Stadtgebietes aus hygienischen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Gründen für Karlsruhe nicht wünschenswert ist, daß die Errichtung für Karlsruhe allein auf dem Ablagerplatz am Rheinhafen in Betracht kommen würde, daß der Bau solcher Anlagen z. Zt. verfrüht sei, hier vielmehr erst die Erfahrungen der Städte, die mit der Trümmerverwertung begonnen haben und die Entwicklung der Baustoffindustrie im kommenden Sommer abgewartet werden sollten."

Der Ablauf der Schutt- und Trümmerbeseitigungs-Aktion wird dadurch nicht aufgehalten.

(Schluß folgt.)

Neue Postleitzahlen

Die Reichspostdirektion Karlsruhe teilt mit:

1 Berlin, Innen- und Außenstadt: Groß-Berlin.

2 Provinz Brandenburg: Provinz Brandenburg ohne die östlich der Oder und östlich der Lausitzer Neiße liegenden Orte. Von den größeren Orten in der Nähe dieser Grenze gehören noch zum Briefleitgebiet 2: Küstrin-Kietz, Frankfurt (Oder) ohne Dammvorstadt, Forst (Lausitz) und die westlich der Neiße liegende Vorstadt von Guben.

3 Mecklenburg: Land Mecklenburg und Vorpommern mit den Inseln Rügen und Usedom ohne die Stadt Swinemünde sowie ohne das westlich der Odermündung liegende Gebiet bis zur Linie westlich der Orte Neuwarp, Stolzenburg, Nasenheide, Daber, Stöven, Colbitzow und Staffelde.

10 Sachsen: Land Sachsen und von Niederschlesien, (früher Leitgebiet 8), das westlich der Lausitzer Neiße gelegene Gebiet mit den Hauptorten Bernsdorf (Oberlausitz), Görlitz, Hohenbocka-Hosena (Lausitz), Hoyerswerda, Muskau, Niesky (Oberlausitz), Reichenbach (Oberlausitz), Rietschen (Oberlausitz), Rotheburg (Lausitz), Ruhland (Lausitz), Wehrkirch (Oberlausitz) und Weißwasser (Oberlausitz).

13a Nordbayern: Reg.-Bezirk Mainfranken, Oberfranken, Mittelfranken, Oberpfalz und nördlicher Teil des Reg.-Bezirks Niederbayern.

13b Südbayern: Reg.-Bezirk Oberbayern, Schwaben (ohne Landkreis Lindau/Bodensee) und südlicher Teil des Reg.-Bezirks Niederbayern.

14a Nord-Württemberg: Reg.-Bez. Stuttgart.

14b Südwürttemberg, Hohenzollern und Kreis Lindau/Bodensee: Regierungsbezirke Tübingen, Sigmaringen, Lindau.

15 Thüringen: Land Thüringen.

16 Groß-Hessen: Land Groß-Hessen.

17a Nordbaden: Landeskommissarbezirke Mannheim und Karlsruhe (ausgenommen die Kreise Rastatt und Bühl).

17b Südbaden: Landeskommissarbezirke Freiburg (Breisgau), Konstanz, sowie die Kreise Rastatt und Bühl.

18 Pfalz, Saargebiet: Rheinpfalz und Rheinhessen, das früher zum RPD-Bezirk Frankfurt gehörte, sowie Saargebiet.

19 Provinz Sachsen: Die früheren preußischen Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg sowie das Land Anhalt; ferner den in der russischen Zone liegenden Kreisen Blankenburg (Harz), des Landes Braunschweig (Hauptorte: Blankenburg (Harz), Hasselfelde, Rübeland (Harz), Stiege (Harz) und Tanne (Harz) sowie die Orte Elbingerode (Harz) und Königshütte (Harz).

20 Provinz Hannover, Braunschweig: Den RPD-Bezirk Hannover sowie den RPD-Bezirk Braunschweig mit Ausnahme des zum Leitgebiet 19 gehörenden Kreises Blankenburg (Harz) und der Orte Elbingerode (Harz) und Königshütte (Harz) (siehe unter 19).

21a Nord-Westfalen: RPD-Bezirk Münster (Westf.), d. s. die Reg.-Bez. Münster (Westf.) und Minden, sowie die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe.

21b Süd-Westfalen: RPD-Bezirk Dortmund, d. s. die Reg.-Bez. Dortmund und Arnsberg (Westf.).

22a Rheinland (britische Besatzungs-Zone): RPD-Bezirk Köln und Düsseldorf, d. s. die Reg.-Bez. Köln, Aachen und Düsseldorf.

22b Rheinland (französische Besatzungs-Zone): RPD-Bezirk Trier sowie RPD-Bezirk Koblenz mit den bisher zum RPD-Bezirk Pfalz gehörenden Kreisen Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen.

23 Gebiet Bremen, Oldenburg: RPD-Bezirk Bremen einschließlich des früheren RPD-Bezirks Oldenburg.

24 Gebiet Hamburg, Schleswig-Holstein: RPD-Bezirke Kiel und Hamburg.

7 Fragen an das Wirtschaftskontrollamt

Interview der BNN mit dem Amtsleiter

1. „In welcher Anzahl wurden bisher in Karlsruhe Wirtschaftsbetriebe zugelassen?"

„Die Stadt hat bisher insgesamt ein Kontingent von 800 numerierten Zulassungsschildern erhalten (es waren genau 799), von denen 99 abgezweigt wurden für Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft. 400 Zulassungen erhielten die Lebensmittelgeschäfte, so daß für den restlichen Komplex aller Wirtschaftsbetriebe nur 300 Zulassungen verfügbar waren. Neuerdings ist die Zulassungsbeschränkung seitens der Militärregierung weggefallen."

2. „Nach welchen Gesichtspunkten erfolgen die Zulassungen?"

„Die ernährungswichtigen Betriebe sind bevorzugt. Bei allen anderen Betrieben wird die Notwendigkeit verstärkt geprüft, allgemein im Zusammenhang mit der politischen Unbedenklichkeit, der vorhandenen Materialmenge, der Betriebsräume usw."

3. „Wer trifft die Entscheidung über Zulassung?"

„Nach Vorlage der von uns bearbeiteten Anträge wird die Entscheidung vom Oberbürgermeister getroffen, dem ein Wirtschaftskontrollausschuß von 7 Mitgliedern beratend zur Verfügung steht."

4. „Wie setzt sich dieser Kontrollausschuß zusammen?"

„Der Kontrollausschuß wird gebildet von je einem Vertreter der 4 Parteien, einem Vertreter des ADGB, der Handels- und der Handwerkskammer."

5. „Wie kommt es, daß Pg's ihre Zulassung erhielten?"

„Wir haben seinerzeit von den alten Firmen eidesstattliche Erklärungen über ihre Warenbestände angefordert und auf Grund der verfügbaren Waren den Besitzern Genehmigung erteilt, um diese Ware in den Verkauf bringen zu können. Bei belasteten Firmen wurde ein kommissarischer Leiter eingesetzt."

6. „Was geschieht mit diesen belasteten Firmen in der Zukunft?"

„Wenn nach Durchführung des Gesetzes Nr. 8 und jetzt des Befreiungsgesetzes der alte Inhaber entlastet wird, tritt der kommissarische Leiter zurück. Erfolgt keine Entlastung, so bleibt es vorläufig bei der kommissarischen Leitung, bis nach Maßgabe der Militärregierung eine andere Regelung erfolgen wird."

7. „Sind Sie, Herr Schwall, als Leiter des Wirtschaftskontrollamtes persönlich in der Lage, den gesamten Wirtschaftsprozeß zu übersehen, um die Zulassungsfragen zu klären?"

„Ich habe früher jahrzehntelang die unterschiedlichsten Wirtschaftsbetriebe betreut und außerdem stehen mir Kontrollorgane zur Verfügung, um den jeweiligen Stand der Wirtschaftslage im Hinblick auf die Zulassung von Betrieben zu erhalten. Dies erlaubt es mir, die schwere Aufgabe der Wirtschaftsgestaltung der Stadt in der heutigen Zeit nach Maßgabe des Möglichen zu betreiben."

Aufklärende Erziehung tut not

Vortrag von Dr. Friedrich Kappes

Innerhalb der Volkshochschulkurse sprach Dr. Kappes über die Geschlechtskrankheiten, die durch Ansteckung erworben werden.

1. Gonorrhöe oder Tripper, seit ältester Zeit in Europa bekannt, wird, wie Neißer 1879 feststellen konnte, durch Gonokokken hervorgerufen. Die Symptome sind eitriger Ausfluß und Entzündung der Geschlechtsteile. Bei neugeborenen Kindern treten Augenerkrankungen auf, weswegen bei allen als Vorbeugungsmaßnahme die von Crede erstmals 1881 angewandte Silbersalzlösung in die Augen eingespritzt wird. Durch gemeinschaftlichen Gebrauch von Badewasser, Handtüchern und Schwämmen kann, wenn auch selten, ebenfalls die Gonorrhöe übertragen werden. In erster Linie erfolgt die Ansteckung durch den wechselnden Geschlechtsverkehr. 1934 gab es im Reich etwa 25 000 Neuerkrankungen, durch Krieg und seine Folgeerscheinungen ist jetzt eine starke Verbreitung eingetreten.

2. Syphilis oder Lues kam wahrscheinlich nach der Entdeckung Amerikas von dort nach Europa und hatte schon zwei Jahre später bei der Belagerung Neapels durch den französischen König eine große Verbreitung; in der Zeit der Renaissance war fast ein Viertel der europäischen Bevölkerung daran erkrankt, viele bedeutende Männer sind daran gestorben. Vor 25 Jahren ergab eine Erhebung bei 10 Prozent aller Krankenhausinsassen das Vorliegen von Syphiliserkrankung. Seither ging die Krankheit sehr zurück, wuchs aber jetzt nach dem Kriege wieder stark an. Die Syphilis zeigt im Anfangsstadium verhärtete, schmerzlose Ansteckungsstellen. Nach etwa achtwöchentlicher Pause tritt die Krankheit in ein zweites Stadium mit Drüsenschwellungen und Ausschlägen; in der dritten Periode nach 3—4 Jahren treten Geschwülste auf, die sich zu gummiartigen Geschwüren umbilden; eine weitere Begleiterscheinung ist ein fleckenartiger Hautausschlag auf dem ganzen Körper. Die Heimtücke der Krankheit liegt in den verschiedenartigen Anzeichen, die mit Merkmalen harmloser Erkrankungen leicht verwechselt werden können. Werden aber die Symptome nicht als solche der Syphilis erkannt und geheilt, dann können noch in 20—30 Jahren nach der Ansteckung schwerste körperliche Schädigungen (Lähmungen) und Geisteskrankheiten auftreten. Es ist also von größter Wichtigkeit, daß die Krankheit in ihrem Anfangsstadium erkannt wird, da sie dann am schnellsten heilbar ist. Seit 1906 wird die Wassermannsche Blutprobe angewandt, nach der zweifelsfrei das Vorhandensein der Erkrankung festgestellt werden kann. Sofortige gründliche Behandlung durch den Arzt muß einsetzen, bei dem Manne dauert sie mindestens vier, bei der Frau zwei Jahre. Die Krankheit wird durch Vererbung und Ansteckung erworben; letztere ebenso wie bei der Gonorrhöe durch den wechselnden Geschlechtsverkehr und das Dirnenwesen.

Das Gebiet der Geschlechtskrankheiten hängt eng zusammen mit den Fragen der Erziehung und den Fragen der Lebensgemeinschaften, der Bekämpfung von Schmutz und Schund im Leben des einzelnen und der Oeffentlichkeit. Positive Hilfe sind: pflichtbewußtes Vorleben der Eltern, eine Erziehung, die frei von Prüderie ist und Aufklärung zur rechten Zeit gibt; Wahrhaftigkeit, Reinlichkeit und Liebe zum Edlen und Schönen, das ist auch in einem verarmten Land möglich. Möge die Jugend aus der Not der Zeit den Weg zu einem gesunden Körpergefühl finden, Sport, Volkstänze, Wanderungen, Zusammenschluß in der Jugendgruppe, im Wandervogel und Pfadfinderbund und nicht zuletzt in der Familie, gemeinschaftliches Vorlesen guter Bücher, Musizieren, gemeinsame Spaziergänge, in allem: Freude statt Lust.

Wer ist der höflichste Polizist?

Die Polizei im Blickfeld des Publikums

Die Polizei gehört zu den notwendigsten Einrichtungen eines Ordnungsstaates. Sie ist als Organ der Öffentlichkeit nicht wegzudenken. Die Stellung des Polizisten hat mit der Erweiterung des Aufgabenkreises eine Änderung erfahren. Er ist der Mann, der als Freund und Kamerad zu gelten hat. Abfällige Redensarten sind oft ohne Grund zu vernehmen. Ein Lob dagegen hört man selten, trotzdem in vielen Fällen die Polizei hilfsbereit zur Seite stand.

Es ist deshalb sehr begrüßenswert, wenn in der Bewertung der Arbeit des Polizeibeamten neue Wege eingeschlagen werden, ohne indessen berechtigten Beschwerden die Tore zu verschließen. Vor allem soll die Höflichkeit und die Hilfsbereitschaft der Polizei Berücksichtigung finden. Das Karlsruher Publikum wird gebeten, besonders bemerkenswerte Fälle von Hilfsbereitschaft und Höflichkeit der Polizeibeamten unter Nennung deren Namen den „Badischen Neuesten Nachrichten" mitzuteilen. Man will also eine Art Höflichkeits- und Hilfsbereitschafts-Wettbewerb unter den Polizeibeamten veranstalten. In diesem sind aber nicht nur die Beamten der Streifen- und Verkehrspolizei, sondern auch die Kollegen vom „Schalter" inbegriffen. Diese Maßnahme soll erzieherisch auf die Beamten der Polizei wirken und einen gesunden Ehrgeiz anregen, im Interesse von Publikum und Polizeibeamten.

Die Schaffung einer wirklichen Volkspolizei ist das Betsreben der maßgebenden Kreise. Der Weg dazu ist beschritten, und der Höflichkeitswettbewerb dürfte ebenfalls dazu beitragen. Unsere demokratische Polizei ist erst im Entstehen, zu ihr sind junge Leute gestoßen, die noch einer umfassenden polizeilichen Ausbildung bedürfen. Ein großer Teil des Publikums glaubt, in einem demokratischen Staate sei zügellose Freiheit gestattet. Eine allgemeine Nervosität läßt im Nu „Explosionen" entstehen. Diese und andere zeitliche Umstände bringen Schwierigkeiten vielfacher Art, die nicht als geeigneter Resonanzboden zwischen Polizei und Publikum angesprochen werden können. Das Publikum soll nicht nur berechtigte Klagen vorbringen, sondern auch besondere Fälle von Hilfsbereitschaft und Höflichkeit.

Machen Sie regen Gebrauch, die Schriftleitung nimmt gerne Ihre Mitteilungen entgegen. J. E-e.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal

Ein Freispruch

Vor dem Karlsruher Strafgericht hatte sich dieser Tage der 31jährige Volksdeutsche Johann Vadi aus Siebenbürgen zu verantworten. Die Anklage lautete auf vorsätzliche schwere Körperverletzung, ausgeführt mit einem Messer, die den Tod des ehemals kriminellen KZ-Häftlings Kühn zur Folge hatte. Mehrere Zeugenaussagen ergaben bei der Hauptverhandlung folgendes Bild:

Kühn saß mit mehreren Freunden in einem Lokal der Altstadt. Zwei Flaschen Schnaps machten die Runde. Das bereits am Vormittag begonnene Gelage hatte gegen Abend seinen Höhepunkt erreicht. Vadi, der in der Nähe wohnte und den Wirt kannte, brachte dessen Jungen, der in Vadis Wohnung aus- und einging, nach Hause. Während er die Plätze der Zechenden passierte, „kam" Kühn ihm mit seinem Stuhl ins Gesicht. Vadi, über die unsanfte Behandlung ärgerlich, drohte mit Ohrfeigen. Der Erfolg war verblüffend, denn nicht er, sondern Kühn, sein Freund Lehmann und ein Dritter teilten die Ohrfeigen aus. Und das so gründlich, daß Vadi blutend das Feld räumen mußte. Damit gab sich die betrunkene Gesellschaft noch nicht zufrieden. Kühn folgte mit einem Anhang von 20 bis 30 Personen Vadi in das Haus, wo letzterer mit seiner Frau bei den Schwiegereltern wohnte. Vor dem Haus bildete sich eine Menschenmenge. Kühn hatte die Glastüre zu Vadis Wohnung eingeschlagen, gab der dazwischentretenden Schwiegermutter einen Fußtritt und drang auf Vadi ein. Dieser sah angesichts der Menschenmenge nicht nur sich, sondern seine ganze Familie bedroht, griff in höchster Erregung zu seinem Taschenmesser und stach auf seinen Gegner ein. Mit Hilfeschreien: „Ich bin gestochen, ich verblute", verließ Kühn die Wohnung und verstarb kurz darauf unter den Händen eines herbeigeeilten Arztes.

Der Staatsanwalt erkannte die besonderen Umstände an, die erst in der Verhandlung klargelegt wurden, und stellte eine Verurteilung in das Ermessen des Richters. Vadi wurde freigesprochen. Schw.

Sittlichkeitsverbrechen

Wegen Sittlichkeitsverbrechen hatte sich der 63 Jahre alte Maurer Anton Giliar vor dem Karlsruher Schwurgericht zu verantworten.

Giliar war bereits 1934 wegen ähnlicher Dinge mit 8 Monaten Gefängnis vorbestraft. Während seiner Dienstzeit bei der OT. in Holland unternahm er an zwei kleinen Mädchen von 3 und 9 Jahren unzüchtige Handlungen. Erschwerend wirkte sich vor allem die Tatsache aus, daß Giliar das deutsche Ansehen im Ausland auf das gemeinste in den Schmutz gezogen hatte. Trotzdem blieb er unter Anrechnung mildernder Umstände vor dem Zuchthaus bewahrt. Das Urteil lautete 1 Jahr, 6 Monate Gefängnis.

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Schw.

Zuchthaus für Blutschande

Ein trauriger Fall wurde vor kurzem vor den Schranken des Karlsruher Schwurgerichts unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt.

Angeklagt waren die 37jährige verheiratete Karola Meindel geb. Antritter und deren 18jähriger Sohn

Badische Umschau

Zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus

Stuttgart, 30. April. (DANA) Aus einem Bericht der Militärregierung für Württemberg-Baden geht hervor, daß das Inkrafttreten des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus die Arbeit der Prüfungsausschüsse und der Landes-Prüfungsausschüsse verringern wird.

Es wird damit gerechnet, daß diese Ausschüsse bis zum 1. Juni, soweit es praktisch durchführbar sein wird, aufgelöst werden. Aus diesem Grunde sollen neue Fälle nach dem 15. Mai nicht mehr eingereicht werden, sondern nach dem deutschen Gesetz bearbeitet und dem Staatssekretariat für politische Säuberung eingesendet werden. Fälle, die bereits den Prüfungsausschüssen vorgelegt wurden und bei denen einzelne Informationen fehlen, werden nicht geprüft, wenn die Informationen vor dem 1. Mai nicht eingereicht worden sind.

Diese Regelung berührt nicht Personen, die eine leitende Stellung bei der Eisenbahn bekleiden und für die es keinen Ersatz gibt. Bis auf weiteres werden diese letzten Fälle nach den alten Bestimmungen bearbeitet.

Gute Hafererntе in Württemberg-Baden erwartet

Stuttgart, 30. April. (DANA) In Württemberg-Baden wird in diesem Jahr eine weit bessere Hafererntе als im Jahre 1945 erwartet. 28 700 Tonnen Hafer wurden 1945 ausgesät, aber wegen der Kriegsschäden und infolge trockenen Wetters nur 11 688,5 Tonnen abgeliefert. 59 500 Hektar sind den 1945 mit Hafer bepflanzt. In diesem Jahr sind es 69 800 Hektar.

Verlagerungsgut in der französischen Besatzungszone

Alle Unternehmen, welche noch in der französischen Besatzungszone Warenvorräte verlagert haben, werden ersucht, bis 10. Mai dem Landeswirtschaftsamt Baden, Referat Interzonenhandel, Karlsruhe, Hauptpost, eine entsprechende Meldung einzureichen, damit die Rückführung dieser Warenvorräte bei der französischen Militärregierung beantragt werden kann. Die Meldungen müssen folgende Angaben enthalten: Art der Ware, Stückzahl oder Menge, Wert, Anschrift des Lagerhalters.

Um die Wiedereröffnung des Grundbuchverkehrs

Eine der hervorragendsten Einrichtungen zum Schutze des Grundeigentums und zur Sicherung des Realkredites ist das Grundbuch. Es ist darin von jedem bebauten und unbebauten Grundstück festgelegt, welches Flächenmaß es umfaßt, wer Eigentümer ist, welche Rechte dinglicher Art darauf ruhen (z. B. Realrecht, Vorkaufsrecht, Erbbaurecht, Nießbrauch usw.) und in welcher Höhe das Grundstück belastet ist, die Verzinsung der betreffenden Belastung, der Gläubiger, Bedingungen usw. Bei den Grundakten sind die Kaufverträge, Eintragungsbewilligungen, Abtretungserklärungen, Vollmachten, Erbscheine, Meßbriefe usw. im Original oder in beglaubigter Abschrift verwahrt.

Obwohl das Rathaus in Karlsruhe bei dem Bombenangriff am 27. September 1944 fast völlig ausgebrannt ist, konnte das wertvolle Grundbuch der Stadt Karlsruhe, einschließlich den Grundbüchern der Vororte, gerettet werden. Auch das Grundbuch der 1938 eingemeindeten Stadt Durlach ist unbeschädigt geblieben.

Seit das Grundbuch geschlossen ist, wurden und werden laufend Kaufverträge, Erbauseinandersetzungsverträge, Schenkungsverträge, Hypothekenverträge usw. abgeschlossen, die ihrer Durchführung im Grundbuch harren. Außerdem sind einem großen Teil der Bevölkerung sämtliche Urkunden verbrannt, weshalb es von größter Wichtigkeit wäre, daß das Grundbuch dem rechtsuchenden Publikum die dringend erforderlichen Auskünfte, Auszüge und Abschriften geben kann. Um den hiernach zu erwartenden großen Anforderungen einigermaßen genügen zu können, wäre es allerdings Voraussetzung, daß dem Grundbuchamt Karlsruhe — zweckmäßig mit dem gleichzeitig anzugliedernden Grundbuchamt Durlach — Räume zugewiesen werden.

H. S.

Staffort hilft sich selbst

Staffort. Die in der Zeit vom 1. bis 15. April in der gesamten amerikanischen Besatzungszone durchgeführte Lumpensammlung brachte in unserer Gemeinde ein Gesamtergebnis von zirka 4 Zentnern gesammelter Lumpen. — Damit auch für unsere schwer mitgenommene Gemeinde endlich einmal die so äußerst dringend benötigten Dachziegel hereinkommen, hat sich kürzlich eine Kolonne von etwa 15 Personen auf den Weg nach Gochsheim begeben, um dort einige Wochen an der Ziegelherstellung mitzuarbeiten. Eine Reihe weiterer Arbeitswilliger dürfte in nächster Zeit noch nachfolgen.

Sch.

Volksvertretung einmal anders

Vor mir liegt das Verzeichnis der Mitglieder der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden. Auf drei Seiten 124 Namen. In den vergangenen 12 Jahren haben wir auch auf diesem Gebiet eine Farce, ein verzerrtes Bild genossen. So einfach wie die zackigen, braunen Diätenschlucker des „teutschen" Reichstages, deren Spezialität im rhythmischen Brüllen sich erschöpfte, haben die Abgeordneten im demokratischen Staate es nicht. Sie müssen selbst etwas zu sagen haben, und das kann nicht jeder.

Auch im äußeren Bild hat sich einiges geändert. Diesmal schaut von der Stirnseite des Tagungsraumes der göttliche Stifter des Christentums aus einem Wandgemälde auf die gewichtigen Menschlein herab. Er wird mit Wohlgefallen feststellen, daß in diesem Abgeordnetenhaus zum ersten Mal wieder auch hervorragende Vertreter der christlichen Kirchen anwesend sind. Es sind zwei katholische Generalvikare und einträchtig daneben zwei evangelische Landesbischöfe. Im Dienste seiner Kirche ergraut, hat der 79jährige Generalvikar vom bischöflichen Ordinariat in Rottenburg alle anderen Abgeordneten an Lebensjahren überflügelt. Das will schon etwas heißen, wenn sechs Mitglieder der Volksvertretung 70 und mehr Jahre alt sind. Der Präsident aber, gleichfalls im biblischen Alter stehend und auf einem katheder-ähnlichen Podium thronend, erinnert lebhaft an das Bild des Lehrers, der eine lebendige und eifrige Schulklasse in Zucht zu halten hat. In dieser Klasse sind alt und jung durcheinandergewürfelt, nur so ergibt sich im Austausch der Meinungen zwischen der bedachtsamen Weisheit des Alters und dem stürmischen Drang der Jungen die richtige Synthese. 28 Mitglieder gehören den Jahrgängen 1900 und später an. Der Jüngste, in der Jurisprudenz gerade sattelfest, ist 1916 geboren. Der Rest umfaßt das mittlere Alter. Es ist also kein junges Haus, die Alten aber sind auf dem demokratischen Gaul schon einmal geritten, sie müssen auch jetzt in die Bresche springen. Und sie tun es mit einem jugendlichen Elan, der ihnen alle Ehre macht.

Die Nazis schickten angeblich die „Elite des Volkes", nämlich größtenteils Nichtskönner, Bankrotteure und Abenteurer in den Gesangverein, genannt Reichstag. Ich habe mit einer gewissen Spannung mir ein Bild von den Persönlichkeiten der jetzigen Volksvertretung zu machen versucht. Um es gleich vorweg zu sagen, ich habe einen günstigen Eindruck von der soliden Berufsmischung der Abgeordneten gewonnen. Es war aber nicht das Gefühl zu vermeiden, daß manche Herren bei der Angabe ihres Berufes verschämt hinter dem Berge gehalten haben, nachdem sie mit Ministerpräsidenten, Ministern und Landesdirektoren sich in einer Reihe versammelt sehen. Man hat die Vermutung, daß hinter den Berufsbezeichnungen „Direktor" oder „Geschäftsführer" — im einen Falle drei, im andern vier — sich ein solider, angesehener, wenn auch manchmal bescheidener Beruf verbirgt. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß nur ein Abgeordneter sich Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs nennt. Der Titel „Direktor" ist sicherlich recht bedeutsam, er wirkt aber besonders deshalb undurchsichtig, weil daneben drei Fabrikanten und ein Betriebsleiter auftreten. Sollte man sie nicht auch Direktor nennen? Am Rande sei noch vorsichtshalber gesagt, daß der Landgerichtsdirektor oder die zwei Landesdirektoren hier mitnichten gemeint sind.

Sonst aber bildet das Abgeordnetenhaus einen bunten Querschnitt durch unser Volk. Neben sechs Handwerkern leuchten die Namen von vier angesehenen Vertretern der Wissenschaft, die einen verantwortlich für den materiellen, die andern für den geistigen Wiederaufbau. Ihnen schließen sich drei Arbeiter aus den Industriestädten an, die sich stolz und mit Recht zu ihrem Beruf bekennen. Ihre Interessen werden aber auch von drei Mitgliedern der Gewerkschaftsorganisation wahrgenommen. Den Juristen scheint nach jahrelanger Knebelung im demokratischen Staate wieder eine Chance geboten zu werden. Aber diese verlockenden Aussichten haben zwei Anwälte, von denen der eine noch dazu der stellvertretende Oberbürgermeister einer großen Stadt ist, nicht abgehalten, sich zur Politik hingezogen zu fühlen. Nicht minder scheint dieses Interesse auch bei den Landwirten — einer davon nennt sich „Gutsbesitzer", ein anderer „Bauer" — zu bestehen. Von ihnen drücken 11 biedere Gestalten die Sitze des Abgeordnetenhauses. Damit sind verschiedene Vorteile im allgemeinen und im besonderen verknüpft. Die allgemeinen sind unter dem Kapitel „Ernährungsproblem" überall nachzulesen. Die besonderen sehe ich darin, daß in Ermangelung eines Abgeordnetenrestaurants die Herren vom Lande Gelegenheit haben werden, ihren Kollegen mit belegten Broten auszuhelfen, wofür sich die Vertreter von Kunst und Wissenschaft gern mit um so tiefgründigeren geistigen Ergüssen revanchieren dürften. Das wäre ein nahrhafter Beitrag zur Verbundenheit von Stadt und Land. Daß die Presse allein fünf aktiv tätige Schriftleiter entsandt hat, bedeutet bei der geringen Zahl von Zeitungen in Württemberg-Baden viel und scheint darauf hinzudeuten, daß man die Presse wieder als neue Großmacht anzuerkennen bereit ist.

Der Rest der Mitglieder setzt sich zusammen aus Beamten, Angestellten und Vertretern freier Berufe. Einsam, wie zwei Rosinen im Kuchen, sitzen keck die einzigen Frauen unter den ausgesuchten Exemplaren der Männlichkeit, es sind zwei Kontoristinnen. Der verständlichen Neugier des Lesers nach dem Alter der beiden Damen möchten wir nicht nachgeben. Zur Beruhigung sei aber gesagt, daß für niemand Anlaß zur Besorgnis besteht. Wir freuen uns darüber, daß die Frauen wieder politisch mündig geworden sind.

-en.

Hilfe und Betreuung für Flüchtlinge

Vom Büro für Flüchtlingsbetreuung wird uns geschrieben:

Als im August vergangenen Jahres die ersten Nachrichten von der Ausweisung der Deutschen aus dem Osten kamen, hat die Stadtverwaltung bereits begonnen, die Vorbereitungen zu treffen. In stiller zäher Arbeit wurde seither von der Stadtverwaltung eine Organisation geschaffen, die die Gewähr dafür bietet, daß die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge in Bezug auf Ernährung, Bekleidung, Krankenfürsorge und Unterkunft soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, reibungslos vonstatten geht. Ende vorigen Jahres wurde in Anbetracht der Wichtigkeit des Problemes ein besonderes Kommissariat für das Flüchtlingswesen errichtet.

Am Hauptbahnhof wurde eine Leitstelle für Flüchtlinge geschaffen, welche den Flüchtlingen, heimkehrenden Evakuierten, entlassenen Soldaten mit Rat und Auskunft zur Seite steht. Bereits tausende von Flüchtlingen, die bisher umherreisten und nirgends Aufnahme finden konnten, wurden durch Vermittlung der Leitstelle in das für sie zuständige Gebiet eingewiesen und stehen bereits in Arbeit und Brot. Hunderte Jugendliche, die von den Kinderlandverschickungslagern unverantwortlich ihrem Schicksal überlassen wurden, sind aufgegriffen und nach ihrem Heimatort zurückgeschickt oder einem Jugendheim der caritativen Verbände eingewiesen worden.

Die Leitstelle am Bahnhof ist untergegliedert in die Auskunftsschalter gegenüber der Sperre, in die Verpflegungsstation, die Sanitätsstation und die für die weiterreisenden Flüchtlinge vorgesehene Unterkunftsbaracke, die auf Bahnsteig 15 ihrer Fertigstellung entgegensieht.

Die Flüchtlinge, die für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe vorgesehen sind, werden nach der Entlausungsanlage, die die Stadt seit einigen Wochen in den Industrie-Werken in Betrieb genommen hat, geleitet und dort gründlich von dem Wanderschmutz und Ungeziefer gereinigt und erst dann an das Auffanglager für Flüchtlinge in der Artillerie-Kaserne weitergeleitet.

Es kommen laufend geschlossene Transporte aus den Grenzauffanglagern nach Karlsruhe, die am Karlsruher Westbahnhof ausgeladen, in dem bereit gestellten Entlausungzug entlaust und vorläufig in der Artillerie-Kaserne Unterkunft erhalten. Alle Flüchtlinge, die endgültig im Stadt- und Landkreis Karlsruhe untergebracht werden, müssen durch das Auffanglager für Flüchtlinge in Karlsruhe gehen. Hier werden die Flüchtlinge registriert, ärztlich untersucht, einige Tage beobachtet und überprüft, von dem Vertreter des Arbeitsamtes berufmäßig erfaßt und dann nach Verlauf einer bestimmten Zeit in die einzelnen Gemeinden eingewiesen. In der Artillerie-Kaserne können sich die Flüchtlinge in der Duschanlage gründlich reinigen, durch Errichtung einer Waschanlage ist Gelegenheit zum Waschen der Kleider usw. gegeben. Für das leibliche Wohl sorgt eine gut eingerichtete Küche. Den Müttern wird für die Zeit des Aufenthaltes im Lager die Sorge um ihre Kinder abgenommen, die in einem Kindergarten betreut werden, in welchem vor- und nachmittags besonders gefertigte Kinderspeisen gereicht werden. Allwöchentlich findet ein bunter Unterhaltungsnachmittag für die Flüchtlinge statt, der mit dankbaren Herzen von diesen aufgenommen wird.

Für die Kranken ist ein Krankenrevier mit 60 Betten eingerichtet, in dem die leichteren Fälle stationär behandelt werden. Schwerkranke werden in das Krankenhaus überwiesen.

An Sonntagen werden für die Flüchtlinge Gottesdienste der verschiedenen Konfessionen in der Kaserne abgehalten.

So hat die Stadtverwaltung alles getan, um eine reibungslose Abwicklung dieses riesigen sozialen Problems zu gewährleisten. Es liegt nun an der heimischen Bevölkerung, den guten Ruf, den die Stadt Karlsruhe in der Behandlung von Flüchtlingsfragen seither genießt, zu befestigen.

Der Sport

Bad. Waldlaufmeisterschaften

Karlsruher und Pforzheimer Leichtathleten dominieren

Die gesamte badische Spitzenklasse hatte sich zu den Waldlaufmeisterschaften in Pforzheim eingefunden. Als die weibliche Jugend und die Frauen als erste auf die Reise geschickt wurden, umrahmte herrlicher Sonnenschein die ideal gelegene Rennstrecke im Nagoldtal.

Die zahlreich erschienen Zuschauer — unter denen sich auch der Sportbeauftragte von Baden, Müller, Karlsruhe, befand — erlebten in den einzelnen Klassen spannende Kämpfe, die manchmal erst in der Zielgeraden entschieden wurden. Der mit Spannung erwartete Hauptlauf der Senioren Klasse I, der über 4000 m ausgetragen wurde, konnte von Beerhorst, Karlsruher TSV 46, überlegen gewonnen werden. Sein schärfster Widersacher, Fichner T. u. Sp.V. Plankstadt, der bis 300 m vor dem Ziel noch geführt hatte, wurde von ihm im Endspurt klar hinter sich gelassen und die erzielte Zeit von 10.24.5 Minuten ist als beachtlich anzusehen.

Im Einzelnen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Senioren Klasse I (4000 m): 1. und Badischer Meister K. Beerhorst, Karlsruher TSV. 46 10.24.5 Min., 2. K. Fichner, TuSp. Plankstadt 10.45.2 Min., 3. F. Sporer, TuSp.V. Schönau/Heidelberg 10.46 Min., 4. B. Sprengler, Karlsruher TSV 46 10.46.5 Min., 5. H. Heck, TB Pforzheim/Weißenstein, 6. W. Oberst, TV Unteröwisheim. Mannschaftssieger: Karlsruher TV 46 14 Punkte, Sportclub Pforzheim 25 Punkte, TB Pforzheim/Weißenstein 32 Punkte. Senioren Klasse II (2500 m, Kurzstreckler) 1. Bernd v. Bremen, Karlsruher TSV 46 7,10 Min., 2. H. Oberst TV Unteröwisheim 7.12.1 Min., 3. E. Banzer Karlsruher MTV 7.13.5 Min. Mannschaftssieger: Karlsruher MTV 8 Punkte, TV Unteröwisheim 13 Punkte. Jugend, männlich (2500 m): 1. W. Federmann, Sportclub Pforzheim 6.58 Min., 2. W. Lambert, TV Ispringen 7.01 Min., 3. R. Brennfleck, TV Lauda 7.02 Minuten. Mannschaftssieger: TV Ispringen 15 Punkte, TV Brötzingen 24 Punkte, TV Unteröwisheim 34 Punkte. Alte Herren, 32—40 Jahre (2500 m): 1. G. Maier, TG Heidelberg 6.49 Min., 2. E. Ackermann, SV. Pforzheim-Buckenberg 6.52.2 Min., 3. E. Bossert, SV Eutingen. Alte Herren über 40 Jahre (2500 m): 1. W. Reinhardt, TSV Schwetzingen 6.55.1 Min. Frauen Klasse I (800 m): 1. G. Federmann, Sportclub Pforzheim 2.27.1 Min., 2. L. Federmann, Sportclub Pforzheim 2.35.2 Min., 3. E. Furch, Sportclub Pforzheim 2.38 Min., 4. L. Roß, Karlsruher MTV, 5. I. Boyten, Sportgemeinde Wartheim, 6. H. Ernst, TV Unteröwisheim. Mannschaftssieger: Sportclub Pforzheim 6 Punkte TV Unteröwisheim 21 Punkte. Weibl. Jugend (800 m): 1. W. Blank, TV Forst 2.39.8 Min., 2. R. Maier, TV 34 Pforzheim 2.40.1 Min., 3. L. Bacher, TV Forst 2.41.3 Min. Mannschaftssieger: TV Forst 8 Punkte, TV Pforzheim 34 12 Punkte, TV Unteröwisheim 30 Punkte, TV Brötzingen 42 Punkte. Besondere Anerkennung gebührt dem Fachwart für Leichtathletik, Karl Stahl, Pforzheim, der für die Durchführung der Meisterschaften verantwortlich war.

Fußball

Spiele der Enz- und Pfinzstaffel

Gruppe II: FC Königsbach — SV Dillweißenstein 0:2, FC Ispringen — FC Bauschlott 0:2, FC Ersingen — FC Büchenbronn 5:2, FC Eisingen — FC Stein 0:1, FC Huchenfeld — FC Göbrichen 4:1.

Auch die Pflichtspiele am Sonntag, den 28. April 1946 verliefen ohne Ueberraschungen. Die Favoritenmannschaften setzten sich überall glatt durch und behaupten auch weiterhin ihre Spitzenstellungen. Bedauerlicherweise muß wiederum von einer sportlichen Entgleisung berichtet werden. Nach dem Spiel Königsbach gegen Dillweißenstein kam es zu Tätlichkeiten, woran sich Zuschauer und auch Spieler der Königsbacher Mannschaft beteiligten. Diese Form des Sports und auch der Gastfreundschaft hat in letzter Zeit ein solches Ausmaß angenommen, daß es angebracht erscheint, die betreffenden Vereine mit Platzsperre zu belegen und die Spieler exemplarisch zu bestrafen. Der Tabellenführer, die SV Dillweißenstein, war gegen den FC Königsbach klar die bessere Mannschaft. Ihre eindeutige Ueberlegenheit spiegelt sich nicht richtig in dem Torergebnis wider, denn die Spielweise der Königsbacher ließ kein einwandfreies Spiel zustande kommen. Dem Schiedsrichter Höckele (Brötzingen) gebührt ein Sonderlob, denn ihm ist es zu verdanken, daß das Spiel gut über die Strecke gebracht wurde. Der FC. Bauschlott konnte in einem klassearmen Spiel gegen den FC Ispringen mit 2:0 gewinnen und behauptet weiterhin unangefochten den 2. Tabellenplatz. Ersingen war gegen den Tabellenletzten Büchenbronn klar die bessere Mannschaft und konnte diese Ueberlegenheit mit 5 Treffern, denen die Büchenbronner nur 2 entgegensetzen konnten, zahlenmäßig klar zum Ausdruck bringen. Mit dem knappsten aller Fußballergebnisse konnte Stein das Spiel gegen Eisingen gewinnen und die Huchenfelder errangen mit ihrem Sieg gegen Göbrichen 2 wichtige Punkte und überflügelten damit in der Tabelle den FC Eisingen.

H. W.

Schwerathletik

Der Kraft-SV Wiesental siegt im Ringen knapp mit 7:6 Punkten über den KSV Brötzingen

In einem Schulkampf im Ringen standen sich am Sonntag in der Brötzinger Turnhalle vor mehreren hundert Zuschauern der Kraft-SV Wiesental und die Mannschaft des KSV Brötzingen gegenüber. Die Pforzheimer Vorstädter bewiesen, daß auch in der Schwerathletik alles getan wird, um den Leistungsstandard zu heben und eine gute Mannschaft auf die Matte zu bringen. Nach ihrem klaren Sieg über die Karlsruher Mannschaft am 2. Ostertage mußten sie in ihrem Kampf gegen Wiesental eine knappe Niederlage hinnehmen.

Ergebnisse:

Im Bantamgewicht siegt Kirschenhäuser (W) über Kühn (B) entscheidend. Im Federgewicht kann Staib (B) seinen Gegner Machauer (W) schon in der 1. Minute durch Ausheber aus dem Stand auf die Schulter legen und im Leichtgewicht siegt Wollmer (B) über Schäfer (W) durch Rückfaller. Schurr (B) konnte diesen Vorsprung durch einen Schultersieg, der schon nach 30 Sek. feststand, über Mall (W) vergrößern, aber bereits im Mittelgewicht holen die Wiesentaler durch Wittmer, der Eberle (B) entscheidend besiegt, 2 Punkte auf. Groß (W) siegt über Rottenhofer (B) entscheidend und stellt damit den Gleichstand wieder her. Im entscheidenden Kampf im Schwergewicht muß Maier (W) alles aufbieten, um mit einem Punktsieg den erforderlichen Mannschaftssieg sicherzustellen. Den Einlagekampf gewinnt Schneider O. (B) entscheidend. Bereits am Samstag kämpfte die Mannschaft von Wiesental in Ispringen und konnte diesen Kampf mit nicht weniger als 12:0 Punkten für sich entscheiden

HW.

Schiedsrichter-Nachwuchs-Schulung für Handball

Die gemeldeten SR.-Anwärter der handballspielenden Turn- und Sportvereine des Stadt- und Landkreises Karlsruhe werden an die Pflichtversammlung am kommenden Sonntag, 5. Mai 1946, vormittags 9 Uhr, im „Roten Haus" in Karlsruhe, Waldstraße, erinnert. Die praktische Schulung wird nachmittags durchgeführt. Mittagessen kann im „Roten Haus" eingenommen werden. Fachwart Handball.

An alle Turn- und Sportvereine des Kreises Bruchsal

Betr. Wettkampfpässe

Um einen Ueberblick über die im Kreis Bruchsal benötigten Wettkampfpässe zu erhalten, sowie zu deren Bestellung beim Bad. Sportverband, bitte ich um umgehende Mitteilung über die Anzahl der von den Vereinen benötigten Stückzahl. Die Gebühr für den Paß beträgt RM. —.20.

Hans Kauffmann,
Sportbeauftragter Kreis Bruchsal, Hardtstr. 3

Radioprogramm

Stuttgarter Sender

Donnerstag, 2. Mai. 6.12 Morgenchoral. 6.15 Frühmusik. 6.30 Frühnachrichten und Wetterbericht von Frankfurt. 6.45 Morgengymnastik. 7.00 Melodien am Morgen und Programmvorschau. 7.15 Das Magazin der Stimme Amerikas. 7.30 Melodien am Morgen. 8.00 Die Stimme Amerikas. 8.15 Wasserstände und Musik von Frankfurt. 8.45 Polnisches Programm von Frankfurt. 9.00 Sendepause. 10.00 Schulfunk. 10.30 Kleines Konzert. 11.15 Radio-Stuttgart — Tanzquartett. 11.30 Musik. 11.45 Landfunk. 12.00 Musik zur Mittagsstunde und Programmvorschau. 12.30 Kommentare aus Nürnberg. 12.45 Es spielt das Templin-Sextett. 13.00 Nachrichten. 13.15 Die Stimme Amerikas. 13.30 Suchdienst von Frankfurt. 14.00 Schulfunk. 14.30 Sendepause. 17.00 Einladung zur Musik. 17.15 Neue Bücher. 17.30 Einladung zur Musik. 17.45 Suchdienst für Württemberg und Baden. 18.00 Kurznachrichten. 18.05 Die Anschlagsäule. 18.30 Wir stellen vor: Rokohl — Haldenwang, Violine — Klavier. 19.00 Wirtschaftsfragen. 19.15 Lyrik der Welt. 19.30 Echo des Tages. 19.45 Blick in die Welt. 20.00 Abendnachrichten von Frankfurt. 20.15 Nürnberger Prozeß. 20.30 Schlagercocktail. 21.00 Studio-Konzert. 21.30 Bruckner-Chor. 22.00 Die Stimme Amerikas. 22.15 Das Magazin der Stimme Amerikas. 22.30 Lutz Templin bittet zum Tanz. 23.00 Spätnachrichten von Frankfurt. 23.15 Gute Nacht. 23.30 Sendeschluß.

Freitag, 3. Mai. 6.12 Morgenchoral. 6.15 Frühmusik. 6.30 Frühnachrichten und Wetterbericht von Frankfurt. 6.45 Morgengymnastik. 7.00 Melodien am Morgen und Programmvorschau. 7.15 Das Magazin der Stimme Amerikas. 7.30 Melodien am Morgen. 8.00 Die Stimme Amerikas. 8.15 Wasserstände und Musik von Frankfurt. 8.45 Polnisches Programm von Frankfurt 9.00 Sendepause. 10.00 Schulfunk: Frühlingsliedersingen. 10.30 Bunte Melodien. 10.45 Hörspiel: „Die Unbekannte" von Hans Sattler. 11.45 Haus und Heim. 12.00 Musik zur Mittagspause und Programmvorschau. 12.30 Kommentare aus Nürnberg. 12.45 Silchersextett. 13.00 Nachrichten. 13.15 Die Stimme Amerikas. 13.30 Suchdienst von Frankfurt. 14.00 Schulfunk: Frühlingsliedersingen. 14.30 Sendepause. 17.00 Einladung zur Musik. 17.45 Polnisches Programm von Frankfurt. 18.00 Kurznachrichten. 18.05 Anschlagsäule. 18.30 Musikalische Diskussion. 18.45 Sport am Wochenende. 19.00 Parteien diskutieren. 19.30 Echo des Tages. 19.45 Gegen menschliche Leiden. 20.00 Abendnachrichten von Frankfurt. 20.15 Nürnberger Prozeß. 20.30 Schlagercocktail. 21.00 Große Meister. 22.00 Die Stimme Amerikas. 22.15 Das Magazin der Stimme Amerikas. 22.30 Lutz Templin bittet zum Tanz. 23.00 Spätnachrichten von Frankfurt. 23.15 Gute Nacht. 23.30 Sendeschluß.

Samstag, 4. Mai. 6.12 Morgenchoral. 6.15 Frühmusik. 6.30 Frühnachrichten und Wetterbericht von Frankfurt. 6.45 Morgengymnastik. 7.00 Melodien am Morgen und Programmvorschau. 7.15 Das Magazin der Stimme Amerikas. 7.30 Melodien am Morgen. 8.00 Die Stimme Amerikas. 8.15 Wasserstände und Musik von Frankfurt. 8.45 Musik. 11.15 Tanzkapelle Deuringer. 11.30 Musik. 11.45 Landfunk. 12.00 Musik zur Mittagsstunde und Programmvorschau. 12.30 Kommentare aus Nürnberg. 12.45 Musik zur Mittagsstunde. 13.00 Nachrichten. 13.15 Die Stimme Amerikas. 13.30 Suchdienst von Frankfurt. 14.00 Unsere Volksmusik mit Albert Hofele. 14.30 Ulrich Pönnier — Gemeinhardt, Violine — Cello. 15.00 Rund um die Stadt. 15.30 Uebertragung aus dem Staatstheater La Boheme. 17.30 Berühmte Novellen. 18.00 Kurznachrichten. 18.05 Anschlagsäule. 18.30 Musik. 18.45 Rechtsfragen des Alltags. 19.00 Wirtschaftsfragen. 19.30 Echo des Tages und 15 Minuten Radiowochenschau. 20.00 Abendnachrichten von Frankfurt. 20.15 Nürnberger Prozeß. 20.30 Musik der Theater. 21.00 Bunter Abend. 22.00 Die Stimme Amerikas. 22.15 Das Magazin der Stimme Amerikas. 22.30 Lutz Templin bittet zum Tanz. 23.00 Spätnachrichten von Frankfurt. 23.15 Gute Nacht. 23.30 Sendeschluß.

Südwestfunk Baden-Baden

Donnerstag, 2. Mai. 8.05—8.20 Familienfunk. 13.15—13.30 Musik nach Tisch. 13.30—14.00 Jugendfunk: Forum der Jugend. 18.45—19.00 Französischer Sprachunterricht. 19.00 bis 19.30 Kleine Unterhaltungsmusik. 20.15—21.45 Friedrich Dahlberg (Baß) singt Lieder von Wolf und Schubert. Das Lenzewski-Quartett spielt Bartok und Haydn. 21.45 bis 22.30 Tanzmusik.

Freitag, 3. Mai. 13.15—14.00 Aus Saarbrücken: Fröhlicher Alltag (Zeitsatire). 18.45—19.00 Französischer Sprachunterricht. 19.00—19.30 Kleine Abendmusik. 20.00—21.15 Schöne Stimmen. 21.15—21.45 Ein freies Wort an freie Herzen. 21.45 bis 22.00 Uhr Inge Warnke: „Ich bin Swing". 22.00—22.30 Rot-Ensemble des „Südwestfunks" (Original-Nickels).

Samstag, 4. Mai. 13.15—13.30 Musik nach Tisch 13.30—14.00 Geschichten für große und kleine Kinder mit Liselott Steinweg. 18.45—19.00 Französischer Sprachunterricht. 19.00 bis 19.30 Kleine Abendmusik: Es singt Herbert Heß (Tenor). 20.15—20.45 Gilles Guilbert spielt Debussy und Ravel. 20.45—22.00 Großer Operettenabend des „Südwestfunks" (Original Nickels).

Spuk nach Mitternacht

Von W. Boepple

Es war spät nach Mitternacht, als ich die gastliche Stube meines Freundes verließ. Wir hatten in seinem, der Vernichtung entronnenen Bücherschrank geschmökert und einige Seiten E. A. Poe gelesen. Ein leichtes Gruseln nahm ich mit auf den Weg. Ich hatte die letzte Straßenlaterne passiert, deren Licht sich in das Dunkel der Straße fraß. Mein Schatten schlich vor mir her, länger und länger werdend, als wolle er sich mit hochgezogenen Schultern hohnvoll lachend von mir lösen, schwenkte als Riesenleichenfinger über die Straße, schlang sich um eine Litfassäule um hinter derselben zu verharren. Mir schien, als hörte ich von dort ein Flüstern. Mit dem Gefühl der Erwartung näherte ich mich der Säule. Da trat ein schwarz vermummtes kleines Etwas hervor und verbeugte sich stumm und zeremoniös. Als es sich wieder aufrichtete, gewahrte ich einen vogelähnlichen Kopf mit einem schwarzen Schnäbelchen. „Folgen Sie mir", sprach das Gespenst. Ich war eigentümlicherweise gar nicht überrascht. Es war mir, als habe ich von der Existenz solcher Spukgestalten schon immer gewußt. „Sieh da", dachte ich, „nun krieg ich endlich mal einen solchen Kobold zu Gesicht". Gleichzeitig fühlte ich mich wie von Spinnweben umfangen und mit sanfter Gewalt hinter der Erscheinung hergezogen.

Wir gelangten vor ein Haus, das sich aus der Dunkelheit nur undeutlich gegen den schwarzen Hintergrund hob. Es schien ein repräsentatives Gebäude zu sein, irgend eine Mischung zwischen Bethaus und Ministerium, das zu Kultuszwecken dienen mochte. Schwarze Vögel, offenbar Abkömmlinge derer vom Kyffhäuser, saßen mit im Gefieder versteckten Schnäbeln auf dem Dachfirst. Mein Führer machte eine einladende Verbeugung. Ich betrat einen dunklen Korridor. Betäubender Duft von Räucherkerzen schlug mir entgegen. Irgendwo ertönte ein schwermütig feierlicher Gesang.

Plötzlich stand vor mir ein hochaufgeschossenes Wesen mit riesigem Vogelkopf. Es schaute mich aus klug blickenden Augen lange prüfend an. Der Kopf erinnerte irgendwie an einen greisen Gelehrten. Das Auffallendste an ihm war jedoch der ungeheure Schnabel. Es winkte mich geheimnisvoll zu sich heran und flüsterte: „Ich bin der Geist dieses Hauses und Herr über alle Seelen", trat zurück und versank in den Fliesen. — Wie seltsam.

Zögernd bog ich um die Ecke des Ganges und stand auf einem mäßig erleuchteten Vorplatz. Da — ein brauner Schatten. Er bewegte sich, schien emsig beschäftigt. Beim Näherkommen gewahrte ich voll Entsetzen, daß dieser Spukgeist Bündel von Totenschädeln in einen schäbigen alten Sack stopfte. Dabei sang er eine eintönige Weise vor sich hin, aus der ich nur den stets wiederkehrenden Refrain heraushörte: „Wir sind alle gleiche Brüder, mit verschiedenen Kappen". Ohne meine Frage abzuwarten, oder sich in seiner Tätigkeit zu unterbrechen, sagte es: „Sie staunen. Ich scheffle Totenschädel verstorbener Dichter. Ein Bund, noch ein Bund und noch einen. Alles für das Volk". Der Sack war gefüllt. Der Schatten schwang ihn, ohne mich eines Blickes zu würdigen, auf den Rücken und löste sich mitsamt seiner Bürde in braunen Dunst auf.

Ich mußte mich zunächst etwas sammeln. Die Erlebnisse waren doch etwas verwirrend. Ich suchte einen Sinn in das alles zu bringen, mußte es jedoch zunächst aufgeben, fest überzeugt, hinter die Dinge zu kommen, sobald ich dem benebelnden Einfluß dieser halbdunkeln, von einlullenden Düften und Gesängen erfüllten Mauern entronnen sei.

Jetzt öffnete ich eine gegenüberliegende Tür und betrat, von dem sich bietenden Anblick aufs neue überrascht, einen hohen, schwarz ausgeschlagenen, von gedämpftem Licht erfüllten Raum. Braune Weihrauchschwaden schwammen gleich trägen tellerflachen Inseln in der Luft. Hinter einem schweren Eichentisch saßen zwei Vogelgestalten ganz in schwarz. Sie mochten in hohem Alter sein, wovon ihre langen weißen Bärte Zeugnis gaben. Die beiden erhoben sich, verbeugten sich würdevoll und nahmen nach Art alter Herren auf ihren hohen steifen Lehnstühlen wieder Platz. Es folgte eine beklemmende Stille. Irgendwo hörte man das kribbelnde Geräusch rieselnden Kalkes. Rechts im Hintergrund gerade noch erkennbar gewahrte ich einen Käfig. Er hielt einen schwarzen Vogel gefangen, einen Artgenossen derer, die ich auf dem Dach bemerkt hatte.

„Mein Herr", begann der anscheinend ältere, „Sie wurden hierhergeführt, um unsere Stellungnahme zu einigen uns interessierende Fragen zu hören. Nehmen Sie zunächst zur Kenntnis, daß Sie sich hier im Allerheiligsten befinden. Wir sind die Redaktion der Zeitung „Heimlich und Leise". Der Sprecher schien seine Zunge nicht ganz in der Gewalt zu haben. Seine Worte klangen breiig, wobei er das „d" des Wortes Redaktion einfach zu verschlucken schien. „Sie haben sich ganz nach unseren allerheiligsten und bewährten Prinzipien zu richten. Carols-Ruhe nennt sich dieses Haus. Die Betonung, mein Herr, liegt auf Ruhe. Der Geist des heiligen Franz von Badenien schwebt über diesen geweihten Mauern." Erschöpft, seine linke Hüfte haltend, die ihn sehr zu schmerzen schien, lehnte sich der Sprecher in seinen Stuhl zurück.

Jetzt ergriff der jüngere, der einem zu pensionierenden Ministerialdirektor glich, das Wort. „

DIE WIRTSCHAFT

Internationaler Eisenverkehr

München, 30. April. (DANA) Zwischen dem Leiter der Industrieabteilung beim Amt der Militärregierung, Oberst Boyd und dem Bevollmächtigten des Länderrats für die Eisen- und Stahlwirtschaft in der amerikanischen Zone Dr. Johann Sebastian Geer, fanden Besprechungen über die Regelung des Interzonen-Verkehrs auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlwirtschaft statt. In bezug auf die in der britischen Zone seit dem 1. September 1945 und in der amerikanischen Zone seit März dieses Jahres angeordnete Eisen-, und Stahl-Kontingentierung bestehen in beiden Zonen Verschiedenheiten, welche in nächster Zeit ausgeglichen werden sollen.

Eine solche Vereinheitlichung liegt nach einer Erklärung von Dr. Geer im Zuge des Potsdamer Beschlusses, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wieder herzustellen. In diesem Zusammenhang will Dr. Geer auch sein Augenmerk darauf richten, den Verkehr zwischen den Zonen auf dem Eisengebiet zu beleben, nachdem die lange Zonensperre dem hindernd gegenüber gestanden hätte. Das Kontingent für Stahl und Eisen gegenüber der bisher verfügbaren Menge sei erhöht worden. Die Zuteilung an die bayerischen Firmen für das 2. Quartal werde in den ersten Maitagen durch die bayerische Landesstelle „Eisen und Metalle" erfolgen.

Zur Verstaatlichung der englischen Eisen- u. Stahlindustrie

Die Veröffentlichung eines Weißbuches der britischen Regierung über die Frage der Verstaatlichung der englischen Eisen- und Stahlindustrie wird jetzt erwartet. Darin soll auch der Rationalisierungsplan der Eisen- und Stahlvereinigung veröffentlicht werden, der Kapitalsanlagen von 168 Millionen Pfund Sterling (6720 Millionen Mark) in einem Zeitraum von fünf bis sieben Jahren vorsieht. Das Weißbuch begründet im einzelnen, warum die Verstaatlichung einer Kontrolle vorgezogen wurde. Einer der Hauptpunkte der Begründung ist das Fehlen einer Garantie dafür, daß die vorgesehenen großen Kapitalsanlagen tatsächlich von den einzelnen Industrieunternehmen durchgeführt werden würden. Nach Ansicht der Regierung sei daher ein umfangreiches Maß öffentlichen Besitzes der einzige Weg zur Sicherstellung einer durchgreifenden Neuordnung.

Ein Gewerkschaftsplan zur Verstaatlichung der Stahlindustrie war bereits in den Zwanziger Jahren veröffentlicht worden. Nach dem Rückschlag zu Beginn der Dreißiger Jahre war die Industrie der Leitung durch den beratenden Ausschuß für Einzelfälle unterstellt worden, der eine weitgehende Kontrolle ausübte. Ein von der Eisen- und Stahlvereinigung eingeleiteter Rationalisierungsprozeß war bei Kriegsbeginn noch in der Durchführung begriffen. Von Churchills Koalitionsregierung wurde dann die Vereinigung zur Ausarbeitung eines Modernisierungsplanes aufgefordert. Dieser Plan wurde gegen Ende des Vorjahres vorgelegt. Er sieht einschneidende Aenderungen im Aufbau der Industrie vor. Die englische Regierung hat den Wert des Planes anerkannt und schlägt daher im allgemeinen seine Anwendung vor. In dem Plan wird angenommen, daß ungefähr die Hälfte der vorgesehenen Kapitalsanlagen von 168 Millionen Pfund Sterling aus eigenen Mitteln der Industrie beschafft werden kann, während der Rest in der üblichen Weise auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden soll.

Eine Reihe von Betrieben soll stillgelegt werden, andere Arten von Betrieben werden neu errichtet. Die Modernisierung soll noch während der Neuordnung durchgeführt werden. Rohstoffbetriebe, die zu teuer arbeiten, sollen ausgeschaltet werden. Auch das Transportwesen, darunter besonders die Einrichtungen der Einfuhrhäfen für Rohstoffe soll neu organisiert werden. Ein Plan zur Verstaatlichung soll von einem Kontrollamt ausgearbeitet werden, das den Versorgungsminister beraten wird. Das Kontrollamt soll auch feststellen, welche Industriezweige zu verstaatlichen sind und welche Industrien weiterhin im Privatbesitz verbleiben sollen. (DP)

Sprechtage in Exportfragen

Das Wirtschaftsministerium für Württemberg-Baden hat in Mannheim und Heidelberg Sprechtage mit Exportfirmen abgehalten. Bei diesen Besprechungen berichtete ein Vertreter des Ministeriums über die Bearbeitung der bereits laufenden Ausfuhrangebote und die Aufgaben der in Gründung begriffenen Außenhandelskontor-G.m.b.H. Württemberg-Baden. Als erste Erfolge dieser Fühlungnahme der Behörde mit der Industrie hat sich bereits die Beschleunigung der Exportgüterproduktion auf Grund von Maßnahmen im Transportwesen und der Freimachung von verlagerten Gütern gezeigt. (DANA)

Sechs Wirtschaftsvereinigungen in Württemberg-Baden zugelassen. Das württembergisch-badische Wirtschaftsministerium hat die Bildung folgender Wirtschaftsvereinigungen zugelassen: Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlhändler von Württemberg-Baden, Gießereiverband Württemberg-Baden, Vereinigung der württembergischen Fachdrogisten, Verein des württembergisch-badischen Verkehrsgewerbes, Verband des Sortiments-Großhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln und verwandten Waren und den Verband des Kraftfahrzeuggewerbes. (DANA)

Leipziger Messe

Frankfurt, 30. April. (DANA) Zum Besuch der Leipziger Messe werden von der Frankfurter Industrie- und Handelskammer besondere Messeausweise ausgegeben, die zur Einreise in die sowjetische Zone und zur Benutzung eines der Sonderzüge, die von Kassel und Frankfurt aus eingesetzt werden, berechtigen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Reisegenehmigung ausschließlich zum Zwecke des Besuches der Messe erfolgt, sowie daß auf Grund dieses Ausweises andere Orte als Leipzig nicht besucht werden dürfen. Gleichzeitig wird an das Verbot erinnert, mehr als 1500 Mk. Bargeld mit über die Zonengrenze zu nehmen.

Weitere deutsche Außenhandelsabschlüsse

Die amerikanische Militärregierung hat nach einer Mitteilung des Leiters ihrer Wirtschaftsabteilung, Generalmajor William H. Draper, mit der UNRRA und einigen Staaten Export- und Importabkommen abgeschlossen, um den deutschen Außenhandel wieder zu beleben.

Die Verträge sehen die Ausfuhr von Gütern in einem Gesamtwert von 383 116 Dollar und die Einfuhr von Waren für insgesamt 1 280 820 Dollar vor. Während die Importe hauptsächlich die Landwirtschaft in der amerikanischen Besatzungszone in ihren Bestrebungen zur Ueberwindung der Ernährungskrise unterstützen sollen, werden die Exporte zur Deckung der durch die Lebensmitteleinfuhren entstandenen Kosten verwendet werden.

So sind 25 000 Fahrradspeichen mit einem Wert von 68 000 Dollar für die Ausfuhr nach Dänemark bestimmt. Das Material für ihre Herstellung ist bereits zugeteilt worden, und mit der Produktion kann in vier bis sechs Wochen begonnen werden, sodaß im Juni die Lieferung nach Dänemark zur Ausführung kommen wird. Die anderen Exporte, die mit einer Ausnahme alle nach Dänemark gehen, sind bereits transportfertig und werden so bald wie möglich verschifft werden.

Den größten Posten machen 30 Tonnen Hopfen für 124 600 Dollar aus, die nach Dänemark gehen. Außerdem sind folgende Güter für den Export vorgesehen: 2 500 Tonnen Kunstdünger mit 40%igem Pottaschegehalt in einem Wert von 85 000 Dollar an die UNRRA und 1 750 Tonnen dito im Werte von 59 000 Dollar an Dänemark. Glühkohlenstifte im Werte von 25 000 Dollar, Methyl-Chloride für 4 208 Dollar sowie einige andere technische und chemische Erzeugnisse.

Die für die Einfuhr vorgesehenen Güter sind fast ausschließlich landwirtschaftliche Produkte. Den größten Posten stellt ein Abschluß über 3 000 Tonnen Hanffasern aus Italien in einem Dollarwert von 731 700 dar. Mit ihrer Verschiffung ist bereits begonnen worden. Die Lieferungen sollen bis zum 15. Mai abgeschlossen sein. In Füssen in Bayern werden aus diesem Rohstoff Erntebinden hergestellt. Weiter sollen Saatkartoffeln aus der Tschechoslowakei, Schwefelprodukte für die Papierproduktion und 500 Tonnen Arsen aus Schweden im Laufe der ersten Maiwochen eingeführt werden, die in den Höchster und Darmstädter chemischen Werken zur Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln verwandt werden sollen. (DANA)

Landwirtschaftliche Berufsorganisation in Südbaden

Auf einer Versammlung der Bürgermeister des Landkreises Freiburg gab Bürgermeister Schill, Merzhausen, Aufklärung über den kommenden Aufbau der freien landwirtschaftlichen Berufsorganisation in der französisch besetzten Zone Badens. Im Anschluß an das Ernährungsministerium würde eine Landwirtschaftskammer mit dem Sitz in Koppel bei Freiburg gebildet. Jeder Landkreis habe in diese Kammer einen Vertreter zu entsenden. Diese Landwirtschaftskammer sei vor allen Dingen mit der Bildung der neuen freien Berufsorganisation, „dem badischen landwirtschaftlichen Hauptverband" beauftragt, die sich in Ortsvereine, Bezirksverbände und den Landesverband gliedern. Der Hauptverband umfaßt alle bisherigen Sondervereine wie Winzervereine usw. und setzt die Tätigkeit der früheren Bauern- und Landwirtschaftsvereine in engster Personalunion mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften fort. Sein Ziel ist die Hebung des Bauernstandes in sittlicher, geistiger und wirtschaftlicher Beziehung als konfessionell und politisch neutrale Berufsorganisation des badischen Bauernstandes. Als Publikationsorgan wird das „Badische landwirtschaftliche Wochenblatt" herausgegeben werden.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 10
Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst, frz. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen

Gottesdienste

Die Christengemeinschaft Karlsruhe. Freitag, 3. 5. 46, 20 Uhr, Karlstraße 87, pt., Betrachtungen über die Sakramente. Sonntag in Rüppurr, Montag in Durlach.

Amtliche Bekanntmachungen

Gartenbesitzer! Tomatenjungpflanzen konnten nur in begrenzter Menge herangezogen werden, weil der Samen nicht im erwünschten Umfange zur Verfügung stand. Wie üblich ist der Verkauf der frostempfindlichen Tomatenpflanzen bis 15. Mai verboten. Ab 16. Mai 1946 werden in den Gärtnereien zur gerechten Verteilung an gartenbesitzende Familien pro Person je 3 Tomatenpflanzen verkauft. Der Bezug wird durch Abstempelung oder Eintragung im Haushaltsausweis vermerkt und ist für Nichtbesitzer eines Gartens verboten. Der Kreisgärtnermstr.

Bekanntmachung. Infolge Arbeitsüberlastung sieht sich die Landesversicherungsanstalt Baden, Karlsruhe, Kaiser-Allee 8, gezwungen, den Publikumsverkehr auf folgende Tage zu beschränken: Montag, Mittwoch, Freitag, jeweils von 9—12 Uhr. Vorsprachen außerhalb der Sprechzeiten sind zwecklos.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden.

Auslegung der Wählerliste. Die Wählerliste (Wahlkartei) für die Wahl der Stadträte ist aufgestellt und liegt während 8 Tagen von **Freitag, den 3. Mai 1946, bis Donnerstag, den 9. Mai 1946,** zu jedermanns Einsicht auf der Wahlgeschäftsstelle beim Städt. Statistischen Amt, Gartenstraße 53, 4. Stock, aus. An den Werktagen in der der Zeit von 8 Uhr bis 18 Uhr; am Sonntag, den 5. Mai 1946, jedoch nur vormittags von 8.30 Uhr bis 12 Uhr. Innerhalb dieser Frist können Einsprüche bei der Wahlgeschäftsstelle schriftlich angezeigt oder zur Niederschrift gegeben werden. — **Einspruch** kann erheben, wer die Wählerliste (Wahlkartei) für unrichtig oder unvollständig hält. Soweit die Richtigkeit der Behauptungen nicht offenkundig ist, sind für sie Beweismittel beizubringen. Wenn der Einspruch nicht sofort für begründet erachtet wird, entscheidet über ihn die Staatsaufsichtsbehörde bis spätestens am vorletzten Tage der Wahl. Nach § 11 der Gemeindewahlordnung kann außerdem jeder Wahlberechtigte in schriftlicher Form bei der Wahlgeschäftsstelle die Streichung des Namens solcher Personen verlangen, die zu den unter § 7 Buchstaben c bis g des Gesetzes Nr. 32 über die Verwaltung und Wahlen in den Gemeinden vom 10. 1. 1946 (Amtsblatt Nr. 3, Seite 34) aufgezählten Gruppen (Nazis) gehören. Ueber solche Anträge entscheidet der allgemeine Wahlausschuß. — Dabei wird bemerkt, daß nach dem 9. Mai 1946 ein Einspruch nicht mehr zulässig ist und daß nur wählen kann, wer in der Wählerliste (Wahlkartei) eingetragen ist oder durch ein Zeugnis des Oberbürgermeisters nach § 14 Absatz 2 der früheren badischen Gemeindeordnung dem Wahlausschuß nachweist, daß sein Wahlrecht nach Abschluß der Liste durch höhere Entscheidung anerkannt worden ist.

Wer in der Wählerliste (Wahlkartei) eingetragen ist, hat durch die Wahlgeschäftsstelle in den letzten Tagen eine Wahlbenachrichtigungskarte (grüne oder rote Farbe) erhalten. Personen, die aus nachfolgenden Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben die Wahlbenachrichtigungskarte mit einem entsprechenden Vermerk zurückzugeben. Wer dagegen **keine** Benachrichtigungskarte erhalten hat, **steht nicht in der Wählerliste** (Wahlkartei) und muß während der Auslegung seine Eintragung veranlassen. Schriftlichen Anträgen auf Eintragung ist unbedingt ein ausgefüllter „Fragebogen zur Aufstellung der Wählerliste" beizufügen. Fragebogen-Vordrucke sind auf jeder Bezirksstelle erhältlich.

Zur Teilnahme an der Wahl sind alle deutschen Männer und Frauen berechtigt, die am Tag der Wahl das 21. Lebensjahr vollendet und seit mindestens 12 Monaten in der Gemeinde ihren Aufenthalt haben, **oder** z. Zt. der Wahl Bürgermeister **und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.** Wer das Wahlrecht infolge Wegzugs verloren hat, jedoch vor Ablauf von drei Jahren zurückkehrt, erhält mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder.

In Bezug auf das Wahlrecht gelten auch alle jene Personen als deutsche Staatsbürger, die das deutsche Staatsbürgerrecht zu irgend einem Zeitpunkt vor September 1939 besaßen und seitdem keine andere Staatsbürgerschaft erworben haben.

Nach § 7 des Gesetzes Nr. 32 vom 10. 1. 1946 **sind vom Wahlrecht ausgeschlossen:**

a) wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht,

b) wer rechtskräftig durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat,

c) Personen, die sich in Zwangshaft befinden,

d) Personen, die der NSDAP vor dem 1. Mai 1937 beigetreten sind und alle aktiven Mitglieder, die nach diesem Zeitpunkt eingetreten sind, ferner Amtsträger, ehemalige haupt- oder nebenamtliche Parteifunktionäre,

e) alle ehemaligen Mitglieder der SS, worunter auch die nach 1942 zwangsweise in die (Waffen)-SS Eingereihten fallen,

f) alle ehemaligen Amtsträger, Führer und Unterführer der SA, des NS-Studentenbundes, des NS-Dozentenbundes, der NS-Frauenschaft, des NSKK und des NSFK, Rangträger der HJ vom Unterbannführer, des Jungvolks vom Stammführer und des BDM von der Ringführerin an aufwärts,

g) andere Personen, die als Anhänger und Mitarbeiter der NSDAP besonders bekannt waren.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden.

Karlsruhe, den 30. Mai 1946.

Der Oberbürgermeister.

Oeffentliche Zustellung einer Klage. Frau Elise Wähler, geb. Schönthaler, in Fischweiher bei Ettlingen, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Diefenthäler in Ettlingen, klagt gegen ihren Ehemann Walter Erhard Wähler, früher Handelsmatrose, in Fischweiher, jetzt an unbekannten Orten, auf Grund des § 49 Ehegesetz, mit dem Antrag auf Scheidung der am 27. Mai 1944 in Burbach geschlossenen Ehe. Termin zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor der Zivilkammer II des Landgerichts Karlsruhe ist bestimmt auf **Freitag, den 12. Juli 1946, vorm. 9 Uhr,** Zimmer 103 des Gerichtsgebäudes Hoffstraße 10. Zu diesem Termin wird der Beklagte geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen, falls er der Klage entgegentreten will.

Karlsruhe, den 24. April 1946.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts.

Oeffentliche Zustellung einer Klage. Der Elektromonteur Erich Sulima in Untergrombach, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Wannenmacher in Bruchsal, klagt gegen seine Ehefrau Lilli geb. Rosenberg, zur Zeit an unbekannten Orten, auf Grund des § 47 Eheges. mit dem Antrag auf Scheidung der am 19. September 1924 in Dortmund-Mitte geschlossenen Ehe. Termin zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor der Zivilkammer II des Landgerichts Karlsruhe ist bestimmt auf Freitag, den 12. Juli 1946, vorm. 9 Uhr, Zimmer 103 des Gerichtsgebäudes, Hoffstr. 10. Zu diesem Termin wird die Beklagte geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen, falls sie der Klage entgegentreten will. Karlsruhe, den 24. April 1946. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts.

Aerzte

Dr. Philipp Schmidt, Frauenarzt, wohnt jetzt Grashofstraße 3. Tel. 5742.

Verloren

D.-Armbanduhr am 27. 4. 46 auf d. Wege Dragonerstr., Maxaustr. bis Daxlanden verl. Abz. geg. Bel. Daxlanden, Inselstraße 17.

Gld. D.-Armbanduhr a. 27. 4. a. d. Weg v. Kriegsstr. bis Mathystr. ca. 14.30 verl. Hohe Belohn. ausgesetzt. Reck, Khe., Kriegsst. 131, I.

Pakete mit Büchern etc. aus Umzugsgut in der Nacht v. 4.—5. April Nähe Karlsr. verloren. Nachricht erbittet Matuschka, Augsburg, Gentnerstraße 29.

Wellensittich entflogen, auf den Namen Butzi hörend. Abzugeb. bei Walzer, Khe., Maxaustraße 39.

Transporte

Wer nimmt Schrank u. Koffer als Beiladung v. Konstanz-Wollmatingen nach Karlsruhe auf? A. Heinz, Karlsruhe, Nokkstraße 1, III.

Wer nimmt von Karlsr. nach Heidelberg ein Bücherl mit? Angeb. a. S. Greulich, Khe., Gabelsbergerstr. 15, IV.

LKW sucht Ladung, Richtung München. J. Steinhardt & Co., Hübschstr. 21, T. 3756.

Welcher Besucher der Leipziger Messe bringt Fliegergeschädigtem v. dort einen Koffer oder auch einige Möbelstücke gegen gute Vergütung mit nach Nordbaden. Angebot an Otto Weinert, Rot, Station Rot-Malsch.

Kaufgesuche

Teppich, nicht zu klein, etwa 4×5 m, außerdem Büromöbel, Sessel, Schränke, sonstige Einrichtungs-Gegenstände eiligst zu kauf. ges. Angebote unter Nr. 1004 an BNN.

Oelgemälde alter und neuer Meister zu kaufen gesucht. Angebote erbeten u. M-H. 1044 an Ala Anzeigen-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, Wespinstraße 20.

Laufend Haushalt-, Stahl-, Textil-, Kurzwaren, Waren f. Verlosungshallen, z. kaufen ges. Angebote erbeten an Wilhelm Tilders, (22a) Kleve (Niederrh.), Doktor-Scholten-Str. 10.

Steno- u. Schreibmaschine, Gr. 36—37, sowie gute Tanzkostüme zu kaufen gesucht. Angebote u. 1536 an BNN.

Böhmische, Erzgebirgs-Sachsenhon, Cultarre u. 120bäss. Akkordeon für Berufszwecke zu kaufen gesucht. Angebote unter 1535 an BNN.

1 Teigknetmaschine od. 1 Klivmaschine, auch reparaturbedürftig, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1675 an BNN.

Kaufe: Hobelbank mit Werkzeug-Kasten u. Werkzeug, Drechsler- und Tischlermaschinen, Furnierabfälle für Einlegearbeiten, Sperrholz- u. Weichholzabfälle. Off. u. Nr. 1280 an Anz.-Büro Trunk, Karlsruhe, Welfenstraße 14 a.

Kompl. Schuhmachereinricht. oder Einzelmaschinen sowie jegl. Zubehör zu kf. ges. Angebote u. 1541 an BNN.

Schuhmacher-Nähmaschine, a. älter od. reparaturb., z. kf. ges. Mellert, Hardtstr. 69.

Zahnärztl. Einricht., neu od. gebr., auch Einzelteile, bes. Operationsstuhl, zu kaufen gesucht. Angebote u. 1530 an BNN.

Werkzeugfabrik Wilhelm Zimmermann, Karlsruhe, sucht 1 kl. Drehbank, 1 Hobelmaschine, 1 Planschleifmaschine, 1 kompl. Autogen-Schweißgerät. Angebote an Wilh. Zimmermann, Karlsruhe, Sofienstraße 100.

Kartonnagen: Faltschachteln, Wellpapp - Versandkartons, Tüten. Wir such. Verbind. mit Lieferungsfäh. Fabrik. Zarus - Fabrik, Kassel - B.

Chemikalien z. Herstellung v. Körperpflegemitteln, wie Cremegrundlag., äth. Oele, Borax, fern. Würzkräuter, Gewürzmehle, Hefepulver, etc. laufend zu kaufen gesucht. Zarus - Fabrik, Kassel - B.

Tuben, 20—50 g, Flaschen, 20—125 g, neu, in größeren Partien laufend gesucht! Zarus - Fabrik, Kassel - B.

Tauschgesuche

Geb. Bettwäsche, neuw. Ges. Damenschuhe, Gr. 38. Bofinger, Khe., Feierabendw. 4.

Fabrikneu, Förderband, 15 m Achsabstand, geg. Elektro- od. Dieselkompressor zu t. ges. Tel. 8837 Karlsruhe.

Anhänger, 3—4 t, zwill.-ber., geg. LKW 3—4 t zu tauschen. R. Werner, Karlsr., Sternbergstraße 16.

LKW 5 t, Allradantrieb, 3-Achser, fahrber., geg. 3—4 To. zu tauschen. R. Werner, Khe., Sternbergstr. 16.

Familien-Anzeigen

Karl Kies, Forstamtm., mein lb. Mann, uns gut. Vater, verst. am 28. 4. 46 i. Alt. v. 51 Jahr. an d. Folgen eines Unfalls. In t. Trauer: Fr. Th. Kies, gb. Stocker, u. Ang. D. Beis. f. am Do., 2.5., nchm., in Langensteinbach statt.

Emil Volz, unser lb. Vater, ist am 29. 4. 46 nach schw. Krankheit verst. Best. in Mühlb. Do., 2. 5. 46, 14 Uhr. Fam. Fritz Volz, Liesel Volz. 30. 4. 46. Eckenerstr. 1.

Friedrich Weißenburger, Obermstr., uns. lieber Vater, Schwiegerv. u. Opa, ist plötzlich von uns gegangen. Für erwiesene Teilnahme herzl. Dank. In tief. Trauer: Die Kinder nebst Anverwandten. Au a. Rh., 10. 4. 46.

Philipp Kilchling, Verw.-O.-Insp. a. D., unser lieber, gut. Vater, Bruder, Schwiegervater, Großvater, Schwager u. Onkel, ist am 26. 4. 46 sanft entschl. In tief. Trauer: Liesel Kilchling, Ernst Kilchling m. Familie.

Armin Heilmann, stud. jur., unser lieber Sohn u. Bruder, ist am 20. April 1945 in den Bergen tödlich verunglückt. In tiefem Leid: Familie Heilmann, Karlsruhe, Händelstraße 21.

Lina Frank, geb. Hagenbüchle, uns. lb. Mutter, Groß- u. Urgroßmutter, verschied am 3. 2. 1946 in Flehingen und wurde heute nach Khe. umgeb. Maria Scholler, geb. Frank, Freiburg/Littenweiler, Steinackerstr. 2. 29. 4. 46.

Adolf Kirschenbühler, Reichsbahn-Sekr., mein lb. Mann ist a. 8. 4. 45 in Celle (Hannover) gef. In still. Trauer: Maria Kirschenbühler u. Ang. Khe., Kapellenstr. 32.

Roland Hipp, Uffz., geb. 13. 6. 20, gef. 1. 1. 45 in Kaiserslautern, wurde nach Ueberführung am 27. 4. 46 hier beigesetzt. Frau Lisa Hipp Wwe., Pet : Hanemann u. Frau Luise verw. Hipp. Khe., Gottesauerstr. 1.

Kögel Philipp, Elektroschweißer, uns. lb. Vater, Bruder u. Großvater, verstarb am 24. 4. 1946 nach schw. Krankh. im Alter v. 60 J. Die Beerd. fand in all. Stille statt. In tief. Leid: Gattin u. Verw. K.-Durl., Auerstr. 13, III.

Paula Bauer, uns. lb. Mutter, starb a. 5. 4. 46 nach langer schw. Krankheit i. A. v. 54 J. In tiefer Trauer: Klara Bauer u. Angeh. Khe., Kreuzelbergstr. 32. Für erwiesene Aufmerksamkeiten herzlichen Dank.

Heinrich Cassimir, Musikprof. i. R., mein lieber Gatte, gt. Brud. u. Schw., ging a. 30. 4. inf. eines Schlaganf. rasch v. uns. Beerd. Rüppurr, Do., 4 Uhr. In t. Trauer: Emma Cassimir geb. Beck, Bussardweg 5, Dammerst.

Albert Birg, mein lb., treusorg. Mann, uns. herzensguter Papa, geb. a. 9. 7. 1910, gef. 3. 4. 1945. In tiefer Trauer: Frau Anna Birg, Kinder Hubert und Ursele, alle Angehörigen. Khe., Bannwaldallee 108.

Wir haben uns an Ostern verlobt: Elly Doerr, Rheinbischofsheim, Hauptstr. 28; Otto Oertel, Karlsruhe, Draisstr. 10.

Ihre Verlobung geben bekannt: Erika Ott, Heinrich Ernst, Bergshausen. Ostern 1946.

Ihre Vermählung geben bekannt: Walther Willy Vetter, Khe., Klauprechtstr. 37; Hello Vetter geb. Tröndle, Khe., Goethestr. 29. Trauung: 4. 5., 13 U. St. Michael, Beierth.

Ihre Vermählung geben bekannt: Rudolf Weiß, Ingeborg Weiß geb. Fröhlich, 2. Mai 1946 Karlsruhe, Roonstr. 21. Trauung: 11 Uhr, St. Michaelskirche.

Ihre Vermählung geben bekannt: Heinz Retzbach, Margret Retzbach geb. Kremer. Karlsruhe, Hindenburgstraße 41. Im April 1946.

Wir haben geheiratet: Wilhelm Stober und Frau Anna geb. Belz. Khe., Goethestr. 17, 27. 4. 1946. Für erwiesene Aufmerksamkeiten herzlichen Dank.

Veranstaltungen

Gloria-Palast (Rondellplatz). Der große Erfolg „Abenteuer in Panama" mit Humphrey Bogart, Mary Astor. Beginn 15, 17.30, 20.00 Uhr. Jugendliche nur zur 1. Vorstellung zugel.

Palast-Lichtspiele (Herrenstr. 11): Bis 3. 5. 46: „Sprechstunde für Liebe". 15.00, 17.30, 20.00 Uhr. Vorverkauf 10—12 Uhr.

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor): „Madame Curie", der Lebensroman einer interessanten Frau. Anfangszeiten: 14.00, 16.30 und 19.00 Uhr.

Rheingold-Lichtspiele, Khe., Rheinstr. 77, Ruf 6283. Wo., 13 u. 15 Uhr, So. 11, 13 und 15 Uhr. Heute und morgen letztmals „Alles was Geld kaufen kann". Regie: W. Dieterle. Darsteller: Ew. Arnold, James Craig und Anne Shirley, nach dem Roman von Steph. v. Benet.

Kali in K.-Durlach. Heute und morgen letztmals! „Sieben junge Herzen". Ein heiterer Liebesfilm mit sieben hübschen Mädchen. Beginn 3.45, 6.00, 8.30 Uhr.

MT. in K.-Durlach. Heute und morgen letztmals! „Du warst nie berücksender". Ein Revue- und Ausstattungsfilm. Beginn 3.15, 5.30, 8.00 Uhr.

Kaffee Kabarett Roland, Ecke Kreuz- und Hebelstraße: Eröffnung, 2. Mai, 19.30 Uhr. Tägl. 16 Uhr Konzert. Vorst. tägl. 19.30. Mi., Sa. u. So. 16 Uhr Nachmittagsvorstellung.

Wiedereröffnung der Konzertdirektion Kurt Neufeldt. Montag, 6. Mai, 18.15 Uhr, singt im Munz-Saal Martha Weymann die Romanzen der „Wundersamen Liebesgeschichte der schönen Magelone" von Brahms. Staatsschauspieler Friedrich Prüter spricht die verbindende Dichtung von Ludwig Tieck. Am Flügel: Kapellmeister Walter Born v. Staatstheater. Karten zu 5 und 4 (num.), 3 RM offen bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 83, neben dem früheren Gesch.-Lokal. Kassenstunden 10—12 und 15—17 Uhr.

Karlsruher Notgemeinschaft: Des außerordentlichen Erfolges wegen finden am Sonntag, den 5. und 12. Mai 1946 Wiederholungen des „Frühlingsfestes" zu Gunsten der Karlsruher Notgemeinschaft im Städt. Konzerthaus, 14 Uhr, statt. Eintrittskarten sind zu den üblichen Verkaufszeiten an der Theaterkasse erhältlich.

Bücher

Dr. med. Cornets **„Körperschule",** das Standardwerk der Körperkultur u. Hygiene, die hohe Schule d. energetisch. Gymnast., ein Selbstunterrichtswerk d. Körp.-Erzieh., ist noch in einig. numeriert. Rest-Exempl. — allerdings durch Kriegsereign leicht beschäd. — **als bibliophile Rarität lieferbar.** (Auflage 1931!). In el., gr. Mappe, mit Arbeitsplan, 12 Uebungstaf u. 42 Aufnahmen (Riebicke), Format 24×32 cm, allgem. Anweisungen über richt. Lebensweise u. Ratschlägen zur Ueberwindung der verschiedenst. Störungen u. Beschwerden. **(Preis RM. 15.—** (statt RM. 25.—) zuzügl. Spesen für Nachnahme, Porto u. Verpackung. Bestellungen unter Nr. 1710 an BNN.

Stellenangebote

Wir suchen geeignete Kräfte für den Innendienst unseres Amts, vorzugsweise des Jugendamts. In Betracht kommen politisch unbelastete Bewerber und Bewerberinnen mit Vorkenntnissen in der sozialen Gesetzgebung, der öffentlichen Erziehungsfürsorge und im Vormundschaftswesen. Bewerbungen mit Lebenslauf sofort an die Städt. Wohlfahrtsverwaltung, Karlsruhe, Ettlinger Str. 1, erbeten.

Eine führ. Lackfabrik sucht pers. techn.-kaufmännische **Vertretung** für Württemberg neu zu besetz. Fachlich vorgebild. u. auf gleichem od. ähnlich. Gebiete tätig gewes. Herren, mit best. Ruf u. ernst. Arbeitswillen, werden gebet. Bewerbung. einzureichen unt. S.L. 3684 an WEFRA-Werbegesellsch., Frankfurt/M., Stiftstraße 2.

Jüng. Kunstgraveur, nur erstkl. Fachkr., m. best. handwerkl. Kenntn. u. schöpfer. Begab. f. Neuentwürfe von Schmucksachen, Bekleid.-Verschlüss. u. Galanteriewaren mod. Geschmacksrichtung sowie

Emailliermeister, in allen technischen Fragen erfahren, der selbständig arbeiten, die Einrichtung einer Emailliererei überwachen und den Betrieb zuverlässig durchführen kann, gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisunterlagen unter 1531 an BNN.

Kaufmann, mit sämtl. Büroarbeit. vertr., auch schreibmaschinengewandt u. bilanzsicher, zum alsbaldigen Eintritt gesucht. Gefl. Bewerbungen unter 1698 an BNN.

Großhandlg. s. Platzvertr. für Khe. u. Umg. Geeign. Herren, in Lebensm.-G. best. eingef., wollen Ang. richten unter 1552 an BNN.

Nahrungsmittel-Chemiker od. Fachmann aus der Suppenindustrie, der auch mit der Herstellg. v. Würze und sonst. verwandt. Erzeugn. vertr. ist, von größ. Nahrungsmittelwerk in Mitteldeutschl. zum baldigen Eintritt in angenehme Dauerstellung gesucht. Angebote möglichst mit Lichtbild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbet. unter Nr. 1665 an BNN.

Von ausl. Firma wird f. spät. Vertreter f. Angelger. ges. Bew. u. Ba 181/Z Anz.-Büro Hackert, Heilbronn/N.

Für den Vertr. v. kosmet. Erzeugn. Stadtvertr. ges. Auch Bezirksvertr. zu vergeben. Ang. erb. u. 1653 a. BNN.

Backofenmonteur ges. für den Bau v. Bäckerei-Backöfen aller Systeme, spez. von Dampfbacköfen. Es wird angenehme Dauerstellung und guter Lohn geboten. Angebote erbeten an Metz-Backofenbau Hans Lutz, Diersheim b. Kehl a. Rhein.

Traducteurs de tout premier ordre sachant rapidement faire à la machine des traductions impeccables de textes allemands difficiles en français et vice-versa, demandés par Reichsbahndirektion Karlsruhe, 36, Kaiserstraße, Bureau No. 1, IIIe etage.

Suche einen Rundfunkmechaniker u. einen jüng. Elektriker m. Kenntnissen in der Rundfunkbranche. Ang. unter Nr. 1656 an BNN.

Tüchtiger Schreiner für unseren Kaufhausbetrieb gesucht. Angebote brw. Vorstellung erbeten Kaufhaus Hälscher, Karlsruhe.

Suche zum sofortigen Eintritt einen tücht. selbst. Schreinermstr. od. Schreiner für Bau- u. Möbelschreinerei i. Mittelbaden. Wohnung ist vorhanden, falls solche gewünscht wird. Angebote unter 1280 an BNN Pforzheim.

Schneidermeister ges. f. mittl. Alter, der kl. Geschäft vorstehen kann. Angebote u. 1543 an BNN.

Autolackierer sofort gesucht. Autohaus Veit, Bretten.

Kraftfahrzeughandwerk., möglichst Meister, der an selbständ. Arbeit. gewöhnt ist, für Fuhrbetrieb in Dauerstellung gesucht. Angebote unter Nr. 1624 an BNN.

Zuverlässiger Kraftfahrer für Lanz-Bulldog. Erfahrung in Lanzbulldogtransport. erford., in Dau